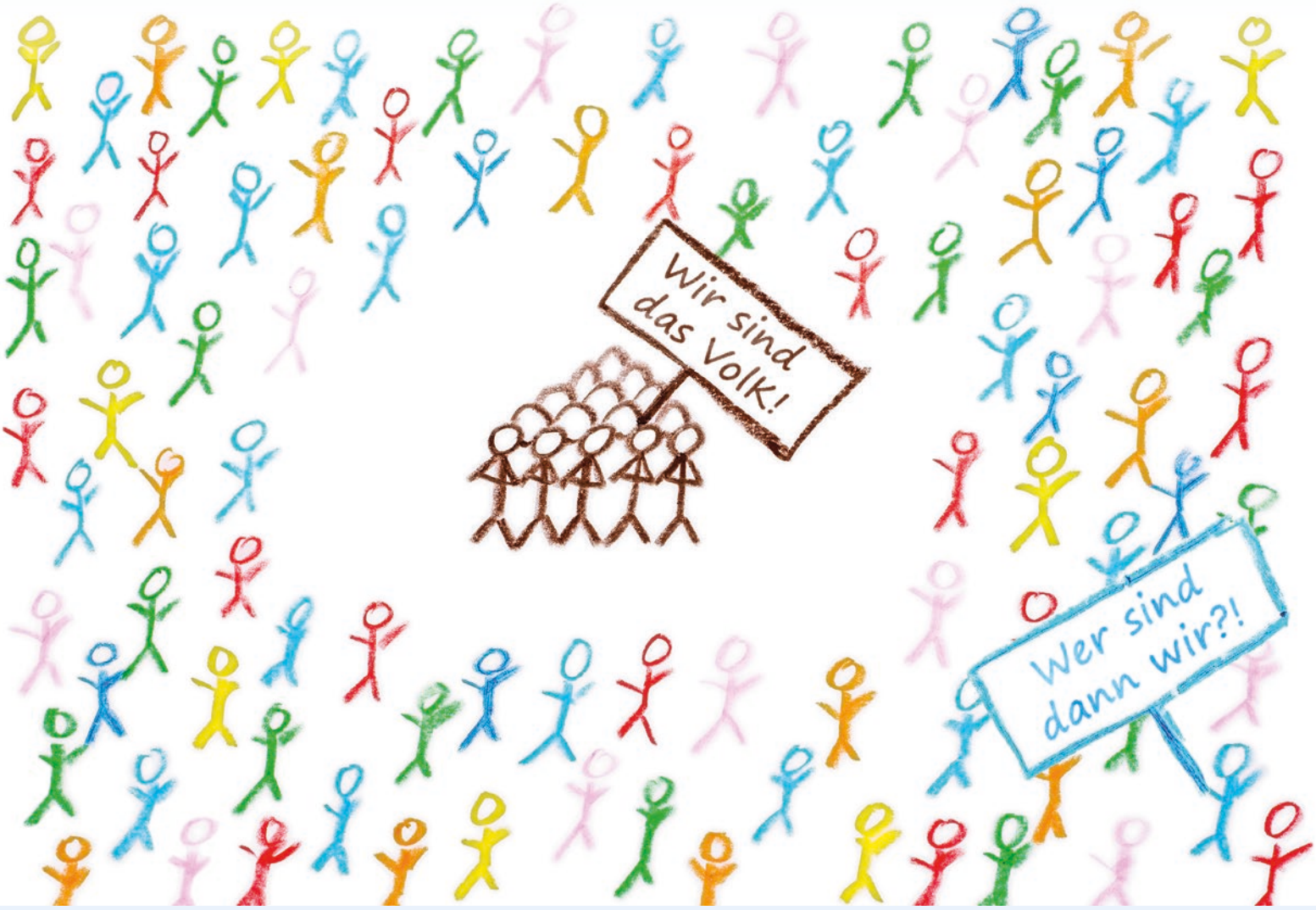
Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

Schwerpunkt

Rechtspopulismus im ländlichen Raum
Verstehen – Sensibilisieren – Handeln



ASG-Frühjahrstagung in Goslar

Ergebnisse des „Planspiels Flächenhandel“

H 20781 | 68. Jahrgang | 02/2017 | www.asg-goe.de

Inhaltsverzeichnis

ASG

1 Editorial
2 Frühjahrstagung 2017 in Goslar: Digitalisierung als Chance für strukturschwache ländliche Räume
8 3. Internationale deutschsprachige Tagung in Schwäbisch Hall: Frauen bewegen Landwirtschaft – Landwirtschaft bewegt Frauen
10 Minister Thomas Schmidt zur sächsischen „ELER-RESET“-Initiative: Vereinfachung fördert Akzeptanz für Europa
11 Manfred Merforth verstorben

Agrarpolitik

12 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Alles wird gut!

Ländlicher Raum

14 Studie und Modellprojekt H!ERgeblieben: Warum Jugendliche im ländlichen Raum bleiben
16 Gärten, Bleichen, Schützenplätze: Dörfliche Freiraumkultur im 19. und frühen 20. Jahrhundert
22 Wende im Flächenverbrauch durch Zertifikatehandel
24 Fokus Flächensparen im Wettbewerb "Kerniges Dorf!"

Schwerpunkt Rechtspopulismus im ländlichen Raum – Verstehen – Sensibilisieren – Handeln

25 Aufstand der Etablierten?
29 Lesetipp: Hillbilly-Elegie
30 FES-Mitte-Studie 2016: Rechtspopulismus im ländlichen Raum
32 Was begründet rechtspopulistische Wahlerfolge in ländlichen Räumen?
34 Lesetipp: Schweigen heißt Zustimmung
35 Lesetipp: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa
36 Filterblasen, Echokammern und die Öffentlichkeit der Intermediäre
38 Mehr Populismus durch Gebietsreformen?
40 Verstetigung der Jugendbeteiligung
42 Toleranz und Demokratie im Landkreis Birkenfeld
43 Lesetipp: Wut, Verachtung, Abwertung
44 Das „Demokratische Wohnzimmer“
45 VereinspilotInnen
46 Für Gleichwertigkeit und Meinungsfreiheit: Amadeu Antonio Stiftung
47 Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit in Jena gegründet

Personalie

47 Die ASG gratuliert Dr. Hans-Hermann Bentrup zum 80. Geburtstag

Termine

47 Denkmal!Kunst – KunstDenkmal! 2017
47 LandKULTUR – kulturelle Aktivitäten und Teilhabe in ländlichen Räumen

Lesetipps

47 Niemand ist bei den Kälbern
48 Konkrete Nachhaltigkeit – Welche Natur wir für zukünftige Generationen erhalten sollten

Aus der Forschung

48 Pegida im Spiegel der Medien – Vom „bürgerlichen Protest“ zur „Bedrohung von rechts“
48 Wirtschaftliche Auswirkungen von guter Erreichbarkeit und schnellem Internet

Illustration Titelseite: © Ralf85 – Fotolia.com. Sofern keine Nachweise an den Fotos und Abbildungen stehen, wurden diese der Redaktion von den Autoren, Fotografen und Verlagen überlassen oder stammen aus dem Bildarchiv der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Wie essen Sie Ihren Burger am liebsten? Mit frischem Salat oder Rindfleisch? Mit Schwein, Tofubratling, Falafel oder Käse? Mit oder ohne Zwiebel? Soll es noch etwas BBQ-Sauce im Bun sein? Guacamole, Sour Cream oder Senfsauce? Sie wählen, was rein soll. Das gilt auch für die Gemeindevertretungen, Länderparlamente, den Bundestag und das Europäische Parlament. Sie wählen, wer rein soll.

Die ländlichen Räume Europas und Deutschlands verändern sich. Viele Dörfer – gerade in den peripheren Gebieten – sind gekennzeichnet von Überalterung, Abwanderung, schrumpfender sozialer Infrastruktur, fehlender Finanzkraft und nicht zuletzt auch unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten. Das verunsichert die Menschen, so dass mittlerweile harmlose Anlässe, aufkommender Frust oder das Gefühl von Heimatlosigkeit genügen, um Populismus den Weg zu ebnen.

Durch Globalisierung und Überbürokratisierung wird die Welt zunehmend unübersichtlich für uns alle. Die Herausforderungen wirken angesichts massiven Drucks von Rechts teilweise so groß, dass viele sich klein vorkommen. Da hilft nur eins: auf den gesunden Menschenverstand vertrauen und sich nicht diesem Gefühl ausliefern, egal wie groß die Versuchung ist, auf einfache Lösungen zu vertrauen. Jeder Einzelne kann das Land bewegen. Der Gang zur Urne ist eine Möglichkeit, mit der eigenen Stimme die gewollte Situation herbeizuführen. Schweigen heißt, anderen die Lösung zu überlassen, Zweifel sind Wasser auf die Mühlen eines jeden Populisten. Wer soll denn etwas bestimmen, wenn nicht wir? Lassen Sie sich auf die hier im Heft vorgestellten Projekte ein. Klare Kante zu zeigen ist wichtig in einer Gesellschaft, die der Mehrheit eine Stimme gibt, ohne andere Menschen in ihrer Würde zu verletzen.

Aus Sicht der Landjugend kann ich Sie nur dazu motivieren, Zeichen zu setzen. Motivieren Sie die jungen Menschen im ländlichen Raum, sich nicht nur für die richtigen Zutaten des Burgers zu entscheiden, sondern sich auch aktiv an Wahlen zu beteiligen. Die Null-Bock-Generation ist passé, doch wünschen sich die Jüngeren auch ernst genommen zu werden. „Denn eins ist so klar wie unser Nein zum Rechtspopulismus: Wir lassen uns nicht einlullen“, sagte kürzlich der Bundesvorsitzende vom Bund der Deutschen Landjugend, Sebastian Schaller. Je höher die Beteiligung junger Wähler ist, desto schwieriger wird es für rechtspopulistische Parteien, ihre gesetzten Wahlziele zu erreichen.

Demokratie muss gelebt werden. Das gilt gerade in Zeiten, in denen Verlustangst um sich greift, in denen Freiheit und Sicherheit miteinander konkurrieren und Frieden in unserer Nachbarschaft weniger selbstverständlich erscheint als noch vor ein paar Jahren. Ja, in den ländlichen Räumen läuft nicht alles rund. Ja, Deutschland muss optimistischer werden. Wir müssen uns auf das Positive besinnen und nicht immer das, was nicht läuft, herausstellen. Genau diesen negativen Ansatz wählen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien, um Wählerstimmen zu generieren: Sie knüpfen ihre rechten Ideologien an Fragmente traditioneller Werte, die im ländlichen Raum teilweise stärker ausgeprägt sind als anderswo. Hier setzen wir mit dem Schwerpunkt dieses Heftes zum Thema Rechtspopulismus in ländlichen Räumen an, indem wir die Situation analysieren lassen und positive Beispiele aufzeigen, wie dem Rechtspopulismus begegnet werden kann.

Katrin Fischer

Vorstandsmitglied der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. und
Vertreterin des Bundes der Deutschen Landjugend e.V. im ASG-Vorstand

Frühjahrstagung 2017 in Goslar:

Digitalisierung als Chance für strukturschwache ländliche Räume

„Es wäre gut, wenn der Breitbandanschluss als Universaldienstleistung definiert würde und damit genauso wie ein Stromanschluss für alle Endnutzer unabhängig von ihrem Wohn- oder Geschäftsort zum gleichen Preis zur Verfügung stünde."

Christian Meyer,
Niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Niedersachsen schaffe lebendige ländliche Räume, indem Initiativen von unten gestärkt würden, beispielsweise durch die fast flächendeckenden LEADER-Regionen und die Förderung von Dorfmoderatorinnen und -moderatoren, so Christian Meyer. Auch würden durch Koordinierung und Vernetzung vorhandene Mittel ressortübergreifend genutzt. In der Förderperiode 2014 bis 2020 habe Niedersachsen eine Vorreiterrolle übernommen, indem es ein Multifondsprogramm aufgelegt habe, in das die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für die ländlichen Räume (ELER) einflössen.

„Die Chancen, die sich durch die Digitalisierung für die ländlichen Räume bieten, erfordern ressortübergreifende politische und haushaltspolitische Ansätze."

Dr. Juliane Rumpf,
Vorsitzende der Agrarsozialen Gesellschaft

Warum beschäftigt sich nun auch noch die Agrarsoziale Gesellschaft mit dem Thema Digitalisierung? Ein kurzer Blick in die Satzung der Agrarsozialen Gesellschaft gäbe die Antwort, so Dr. Juliane Rumpf. Die Aufgabe der ASG sei „die wissenschaftliche und praktische Förderung der Entwicklung der ländlichen Räume mit dem zentralen Ziel, zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der ländlichen/landwirtschaftlichen Bevölkerung beizutragen." Im Zentrum der Tagung stünden die Menschen im ländlichen Raum und damit auch die Auswirkungen, die die Digitalisierung auf sie habe und künftig haben werde.

Hans-Peter Dreß wies auf die Bedeutung des Tagungsthemas für den Landkreis Goslar hin. Der demografische Wandel sei hier besonders ausgeprägt und innovative Ideen sehr gefragt. Er sehe in der Digitalisierung große Chancen für ländliche Räume. Aufgabe der Politik bzw. der öffentlichen Hand sei es, die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Der Landkreis Goslar übernehme eine Vorreiterrolle, indem voraussichtlich noch in diesem Jahr eine flächendeckende Breitbandversorgung mit 30-50 Mbit/s erreicht werde.

„Nur mit Hilfe der Digitalisierung konnte Bad Harzburg innerhalb weniger Jahre von einem Seniorenort zu einem Zentrum des Sport-/Fitness-/Relax- und Wellnesstourismus werden."

Hans-Peter Dreß,
stellvertretender Landrat des Landkreises Goslar

Ingelore Hering beschrieb die Digitalisierung als den Megatrend des 21. Jahrhunderts, Standortnachteile ländlicher Räume könnten kompensiert und Vorteile aktiviert werden. Die Landesregierung habe dies früh erkannt und insgesamt 10 Leitlinien definiert. Diese beträfen u. a. die Infrastruktur und den digitalen Wandel in den ländlichen Räumen. Eine nachhaltige und zukunftssichere Breitbandversorgung sei Grundvoraussetzung für deren Weiterentwicklung. Das Fördervolumen für den Ausbau des Netzes umfasse 400 Mio. € (Landes-, Bundes- und EU-Mittel), zusätzlich würden bis zu 500 Mio. € von der NBank zur Verfügung gestellt. Bis 2020 werde die Versorgung mit mindestens 50 Mbit/s in nahezu 100 % der Landesfläche erreicht werden. So könne Telearbeit auch im ländlichen Raum familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ermöglichen und den Pendlerverkehr reduzieren. Als Motoren der regionalen Wirtschaft würden in Niedersachsen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) auf ihrem Weg in die Digitalisierung besonders gefördert. Dies geschehe durch

Ingelore Hering, MinDir Thomas Windmöller, Moderatorin Katrin Reichenecker, Ines Fahning und Lukas Underwood (v.l.n.r.)

die Beratungsangebote des Kompetenzzentrums Mittelstand 4.0 in Hannover, eine Roadshow mit dem „Digital Truck“, der die Möglichkeiten einer vollvernetzten Produktion zeige, dem Netzwerk Industrie 4.0 Niedersachsen, das die verschiedenen Akteure aus Wirtschaft und Forschung vernetze, und der Förderung von Existenzgründungen. Die Etablierung von vier Berufsschulen für digitale Bildung, eine davon in Goslar, diene der Qualifizierung der zukünftigen Fachkräfte. Durch das Südniedersachsenprogramm werde dieser strukturschwache Raum besonders gefördert. Das Programm umfasse Projekte aus den Bereichen Breitbandausbau, regionale Mobilität sowie Wissensaustausch und Technologietransfer. Ein Beispiel sei der SüdniedersachsenInnovationsCampus (SNIC), der zahlreiche dezentrale Kooperations- und Beratungsangebote koordiniere. 17 Projekte mit einem Volumen von 70 Mio. € seien im Rahmen des Südniedersachsenprogramms bereits bewilligt worden, weitere 10 Vorhaben mit einem Volumen von 23 Mio. € befänden sich in der Beantragung. Finanziert werde das Programm aus Bundes- und Landesmitteln, den europäischen Strukturfonds sowie durch Kommunen und Landkreise, Hochschulen, Wohlfahrtseinrichtungen und Unternehmen.

„Nachhaltig und zukunftssicher ist die Breitbandversorgung nur mit Glasfaser und dem Mobilfunkstandard 5G.“

Ingelore Hering,
Abteilungsleiterin Industrie und maritime Wirtschaft,
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Einen Überblick über die vom BMEL im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) geförderten Vorhaben und Projekte gab MinDir Thomas Windmöller. Ziel der Förderung sei, den Akteuren vor Ort die Freiräume zu schaffen, die sie benötigten, um innovative Lösungen entwickeln und in der Praxis erproben zu können. Die finanzielle Aufstockung des Bundesprogramms auf 55 Mio. € für das Jahr 2017 (2015 und 2016 jeweils 10 Mio. €) ermögliche es, neue Modell- und Demonstrationsvorhaben durchzuführen. U. a. würden durch „LandKULTUR“ kulturelle Aktivitäten in ländlichen Räumen gefördert. Für deren Attraktivität, insbesondere als Wohnstandort, seien neben ärztlicher Versorgung sowie Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangeboten auch ein reiches Kulturleben sowie vielfältige Angebote zur Teilnahme an Kunst und Kultur von Bedeutung.

„Wenn die flächendeckende Versorgungsstruktur wegbricht, weil es sich für den Einzelhändler, den Bäcker, den Gastwirt oder den Arzt nicht rechnet, dann sind innovative Lösungen gefragt.“

MinDir Thomas Windmöller,
Abteilungsleiter Ländliche Räume, Strategische und politische Konzeptionen,
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Ein neuer Baustein des Bundesprogramms sei das Modell- und Demonstrationsvorhaben „Land.Digital“. Bis 14. Juli 2017 würden innovative Projekte auf örtlicher Ebene gesucht, die die Chancen der intelligenten Nutzung und Vernetzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Lösung von Problemen im ländlichen Raum dauerhaft nutzen wollen. In Vorbereitung sei ein Programm zur Unterstützung des Ehrenamtes in strukturschwachen ländlichen Räumen, mit dem die Ehrenamtsinfrastruktur gestärkt werden solle. Eine externe professionelle Unterstützung, beispielsweise eine Beratung über die Möglichkeiten der finanziellen Förderung sowie in

Rechts- und Haftungsfragen solle der Verstetigung von notwendigen Grundstrukturen dienen. Über das Modellvorhaben „Land(auf)Schwung“ würden 13 strukturschwache ländliche Regionen, die in besonderem Maße durch den demografischen Wandel betroffen sind, bei der wirtschaftlichen Entwicklung und Sicherung der Grundversorgung mit jeweils 1,5 Mio. € unterstützt. Darüber hinaus würden im BULE zahlreiche Einzelprojekte gefördert.

„Die Auswertung der Interviews zeigt, dass die Akteur/-innen zwischen Fatalismus, freudiger Erwartung und mutigem Ausprobieren schwanken. Diese Extreme markieren die Grenzen der Debatte um Digitalisierung.“

Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning,
Geschäftsführerin Agrarsoziale Gesellschaft

„Mit der Digitalisierung gehen massive Veränderungen einher, welche nicht für alle Betriebe positive Auswirkungen haben werden. Für viele Betriebe bietet sie jedoch individuelle Chancen, neue Räume und Märkte zu besetzen.“

Lukas Underwood M. A.,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Agrarsozialen Gesellschaft

Die Digitalisierung werde nicht per se zu einer Revitalisierung der ländlichen Räume beitragen, so Ines Fahning und Lukas Underwood von der Agrarsozialen Gesellschaft. Die Auswertung der qualitativen Daten aus dem Forschungsprojekt „Die Erwerbssituation von Frauen in ländlichen Regionen unter dem Einfluss der Digitalisierung der Arbeitswelt“ zeigten deutlich, dass alle von ihnen befragten Akteur/-innen die Herausforderungen der Digitalisierung angenommen hätten. Dennoch zeige sich in Bezug auf die Haltung zu dieser noch immer ein sehr breites Bild, welches zwischen starker Ablehnung und freudiger Erwartung schwanke. Am Beispiel der Branchen Handwerk und Handel werde deutlich, dass die Digitalisierung neue Herausforderungen für die Unternehmen in ländlichen Räumen mit sich bringe. So öffne die Digitalisierung lokale Märkte für internationale Großunternehmen, was zu einer verschärften Konkurrenzsituation führe. Die Aufgabe für die ländlichen Räume und die lokalen Unternehmer/-innen sei es, die widersprüchliche Entwicklung der Digitalisierung ernst zu nehmen. Dabei werde die Digitalisierung unweigerlich die ländlichen Regionen verändern, was auch negativen Wandel impliziere. Es liege aber an den Akteur/-innen vor Ort, die Räume, die durch die Digitalisierung entstünden, für sich zu nutzen. So könnte die Digitalisierung dazu genutzt werden, die regionalen Profile zu schärfen und für KMU neue Märkte zu eröffnen.

„Arbeit wird in Zukunft von zwei grundlegenden Prinzipien definiert werden: Dezentralität und Vernetzung.“

Tobias Schwarz,
Unternehmensberater und Co-Working-Manager,
Mitbegründer des Think Tank „Institut für Neue Arbeit“

Co-Working-Spaces seien heute schon die Realität der Arbeitswelt – ihre Zahl verdoppele sich weltweit jedes Jahr – und Co-Working werde in Zukunft die Basis für menschliche Arbeit sein, prognostizierte Tobias Schwarz. Nur auf den ersten Blick handele es sich lediglich um geteilte Infrastruktur und Ressourcen wie Wi-Fi, Drucker etc. Co-Working sei jedoch keine Weiterentwicklung des Büros, sondern entstamme der Kaffeehauskultur, also der Suche nach Gemeinschaft mit anderen, und schaffe Wissen und gegenseitige Unterstützung. Die dadurch entstehende Kreativität dürfe nicht unterschätzt werden. Die neue Arbeit sei mobil, gerade in ländlichen Räumen hätten Co-Working-Spaces eine Zukunft. Der wichtigste Faktor sei die Lage und Bahnhöfe seien ideale Standorte. Co-Working-Spaces könnten eine neue Art von Bürger- und Gemeindehaus werden und die Gäste aus den Metropolen könnten der Bevölkerung vor Ort die Vorteile und Möglichkeiten der neuen Arbeit vorleben. Neue Impulse würden die lokale Wirtschaft beleben und vor Ort Arbeitsplätze schaffen. Durch die Perspektive von Arbeit wachse auch die Motivation, aufs Land zu ziehen oder dort wohnen zu bleiben. Die Stadt-Land-Lücke könne überwunden werden. Bisher profitierten die meisten Menschen in ländlichen Regionen jedoch noch kaum von der Digitalisierung, dies müsse sich ändern. Zu den sich entwickelnden Geschäftsmodellen auf dem Lande könnten u. a. eine neue Art von Tourismus mit maßgeschneiderten Remote-Work-Angeboten oder Handwerksbetriebe, die Ersatzteile am 3D-Drucker herstellen, gehören. Die gesellschaftliche Bedeutung von Co-Working werde sich vor allem in den ländlichen Regionen beweisen müssen.

„Wichtig ist, ein integriertes Gesamtkonzept zu entwickeln, aus dem Projekte abgeleitet werden, statt Einzelprojekte durchzuführen.“

Julia Wohland,
wissenschaftliche Mitarbeiterin, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Technische Universität Kaiserslautern

Die in den ländlichen Räumen vorhandenen Potenziale zu nutzen, neue zu erschließen sowie kreative Lösungen zu entwickeln, stelle eine zentrale Her-

Tobias Schwarz, Julia Wohland, Kristiina Omri, Moderatorin Katrin Reichenecker, Dieter Zorbach und Christoph Meineke (v.l.n.r.)

ausforderung der Daseinsvorsorge dar, betonte auch Julia Wohland. Durch die Digitalisierung von Dienstleistungen sei es möglich, auch für Angebote der Daseinsvorsorge digitale Lösungen zu finden. Im Rahmen des Projekts „Internationale Erfahrungen“ des Aktionsprogrammes „Regionale Daseinsvorsorge“ sei eine Reihe von Tagungen durchgeführt worden, in denen erfolgreiche Projekte aus Deutschland und anderen europäischen Ländern vorgestellt worden seien. Ein Beispiel im Bereich medizinische Versorgung und Altenpflege sei das österreichische Projekt „Active Assisted Living – Innovationen für aktives und gesundes Altern“ des Austrian Institute of Technology (AIT), welches z. B. Notrufsysteme beinhalte und Sensoren, die Feuchtigkeit von Bettunterlagen anzeigten, wodurch das Pflegepersonal entlastet werden könne. Einen ähnlichen Ansatz verfolge die SOPHIA („Soziale Personenbetreuung – Hilfen im Alltag“) living network GmbH mit altersgerechten Assistenzsystemen und Konzepten für ein selbständiges Wohnen im Alter und bei Behinderung. Das Smart House SOPHIA gäbe mit Hilfe von Sensoren Alarm bei Sturz, wenn Türen oder Fenster länger nicht geschlossen würden, Wasser überlaufe oder der Herd nicht abgeschaltet werde. In Schweden habe der Kommunförbundet Västernorrland (Kommunalverband aus sieben Gemeinden in der Provinz Västernorrland) ein E-Health Support-System etabliert, um ältere pflegende Angehörige im ländlichen Raum zu unterstützen. Über das Internet erhielten die Angehörigen Informationen und könnten mittels Webcam mit ihrem sozialen Umfeld, aber auch mit Pflegepersonal in Kontakt treten. Auch die Forschungsinitiative „Smart Rural Areas“ des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering IESE in Kaiserslautern ziele darauf ab, innovative softwarebasierte Lösungen und Zukunftskonzepte zu erarbeiten, beispielsweise in den Bereichen Nahversorgung und Mobilität. Digitale Anwendungen müssten von den Bedürfnissen der Benutzer her gedacht werden, so Wohland.

> ***„Die digitalen Dienstleistungen bedeuten für uns in Estland nicht nur eine Alternative zu den traditionellen Lösungen, sondern sie bilden eine Norm für uns.“***
>
> *Kristiina Omri,*
> *Wirtschafts- und Handelsdiplomatin, Botschaft von Estland, Berlin*

Es sei kein Zufall, dass sich Estland den Ruf einer digitalen Gesellschaft erworben habe; in der kleinen offenen Volkswirtschaft gälte Effektivität als ein Schlüsselbegriff. Dank einer papierlosen Verwaltung, deren Grundstein die sichere elektronische Identifizierung bilde, könne Estland pro Person eine ganze Arbeitswoche im Jahr sparen. Oder – anders gesagt – 2 % des BNP werde durch elektronische Dienstleistungen erwirtschaftet. Heute könne sich keiner mehr in Estland vorstellen, für die wichtigen Dinge des Alltags Zeit oder Papier zu verschwenden – z. B. könne in Estland eine Firma in 18 Minuten gegründet und eine Steuererklärung in 10 Minuten erstellt werden. Allerdings läge das auch an dem – mit einer Flat-Tax – einfachen Steuersystem. In Estland gäbe es eine E-Regierung, ein E-Gesundheitssystem, ein E-Grenzübergangssystem sowie E-Gerichte, E-Polizei, E-Handelsregister sowie E-Plattformen für Unternehmer und Start-ups.
Pro Kopf habe Estland die meisten Unternehmensgründungen in Europa. Im Jahr 2005 hätten in Estland die ersten Wahlen weltweit stattgefunden, bei denen es auch vor dem Wahltag möglich gewesen sei, seine Stimme elektronisch abzugeben. 2016

habe der Anteil der E-Stimmen bereits über 30 % betragen. Leider habe die E-Wahl die Wahlbeteiligung nicht erheblich erhöht; allerdings sei der Rückwärtstrend gestoppt worden. In Estland habe man neben der Sicherheit der Cybersysteme auch der subjektiven Sicherheit der Wähler viel Aufmerksamkeit geschenkt. Viele andere Länder hätten im Hinblick auf die E-Wahlen keine so positiven Erfahrungen gemacht, diese verfügten jedoch auch nicht über fünfzehnjährige Erfahrungen im Bereich der sicheren E-Identitätsfeststellung und der damit verbundenen digitalisierten Unterschrift. 2014 habe Estland erneut etwas völlig Neues und Einmaliges auf den Weg gebracht: die E-Residency. Hiermit könnten Ausländer eine ID-Karte bekommen und von der bürokratiearmen Verwaltung in Estland profitieren. Beispielsweise könnten von überall in der Welt aus Verträge in Estland unterzeichnet, Online-Banking betrieben oder ein Unternehmen digital gegründet werden.

„Der Mensch als soziales Wesen sucht den Kontakt zu anderen Menschen, vielleicht gilt das besonders im Alter.“

Dieter Zorbach,
Sprecher der Initiative 55 plus-minus, ev. Dekanat Nassauer Land

Apps böten die technische Möglichkeit, Menschen in Kontakt bringen, so Dieter Zorbach. Die App „Mein Dorf 55 plus –Trotz Alter bleibe ich!“ sei von der Initiative 55 plus-minus in Zusammenarbeit mit der Fernuniversität Hagen mit dem Anspruch programmiert worden, ältere Menschen aus der Vereinzelung herauszubringen. Gerade allein lebende Menschen bräuchten verlässliche Kontakte. Wenn die traditionelle Großfamilie weitgehend nicht mehr unterstützend verfügbar sei, könne auch die soziale Familie im Dorf einspringen. Natürlich werde die neue Gemeinsamkeit schneller lebendig, wenn jeder ältere Mensch seine Fähigkeiten und Interessen aktiv im sozialen Raum einbringe. Für all diese Aspekte des Lebens könne die App ein Werkzeug sein. Sie stelle Kontakt zu den Nächsten her, informiere über Veranstaltungen und ermögliche über die Funktionen „Gebote“ und „Gesuche“ einen Austausch von Dingen und Dienstleistungen.

Aktuell sei nicht zu erwarten, dass alle älteren Menschen selbstverständlich und souverän mit modernen Medien umgehen könnten, daher sei ein Netz von „Ansprechpartnern für soziale Kontakte“ bei der Initiative 55 plus-minus aufgebaut worden. Diese Personen unterstützten ehrenamtlich beim Umgang mit der App und übernähmen stellvertretend das Knüpfen von zwischenmenschlichen Kontakten, indem sie selber die App als Informationspool nutzten. Die Akzeptanz der Angebote beruhe zu einem großen Teil darauf, dass Ältere hier noch einmal erlebten: „Ja, ich kann mit meinen Kompetenzen und Interessen Gutes bewegen. Ich finde neue Freunde und Anerkennung!“

„Bei 50 Mbit/s download sind Sie vielleicht bei 10 bis 20 Mbit/s upload, das ist für viele Firmen und freie Berufe zu wenig und ein Grund, den ländlichen Raum zu verlassen.“

Christoph Meineke,
Bürgermeister in Wennigsen, Geschäftsführer des Vereins Wirtschaft in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg

Entstanden aus den Zwängen hoher Verschuldung und dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf zeitgemäße Partizipation, habe die 15 000 Einwohner zählende Gemeinde Wennigsen (Deister) in der Region Hannover den digitalen Weg konsequent beschritten, so Christoph Meineke. Angefangen habe der Prozess mit niedrigschwelligen Projekten der digitalen Bürgerbeteiligung wie z. B. einem Fotowettbewerb in Kooperation mit der Wikimedia Deutschland e.V., welcher zu einem öffentlichen Baudenkmälerarchiv und ganz neuen Touristenzahlen geführt habe. Für zwei größere Projekte im Bereich Klimaschutz und Revitalisierung eines Wohnquartiers mit demografischer Überalterung sei eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Informationsmanagement (ifib) der Universität Bremen erfolgt. Auf Grund der großen Zustimmung durch die Bevölkerung und der gewonnenen Erfahrungen hätten später komplexere Projekte bewältigt werden können, wie der flächendeckende VDSL-Ausbau sowie die Glasfaser-Erschließung kommunaler Gebäude und freies WLAN. Aktuell arbeite die Gemeinde Wennigsen u. a. an drei zukunftsweisenden Themen: Erstens würden in Zusammenarbeit mit der ILE-Region Calenberger Land Co-Working-Spaces in leerstehenden zentralen Handelsimmobilien eingerichtet werden, zweitens würden durch das „Internet der Dinge“ technische Geräte und Anlagen mit Sensoren und Aktoren ausgestattet und vernetzt, so dass Bürger z. B. ihre Stromverbräuche und ihr Nutzerverhalten online analysieren und optimieren könnten, und drittens werde das Bürgerportal mit einem ChatBot ausgestattet, der die oft gleichen Fragen seitens der Bürger/-innen zu Öffnungszeiten, Formularen, Preisen, Dienstleistungen usw. beantworten könne. Nicht zuletzt werde auf digitale Bildung, schnelles Internet in den Schulen und deren Zusammenarbeit mit kompetenten Partnern besonderer Wert gelegt.

Diskussion

Sowohl mittlere als auch kleine Unternehmen seien stark an den digitalen Möglichkeiten interessiert, erläuterte Ingelore Hering auf Nachfrage, wobei das Niedersächsische Wirtschaftsministerium Unternehmen mit 1 000 oder 2 000 Beschäftigten zu den mittleren Unternehmen zähle. Seit zwei Jahren funktionierten die ressortübergreifende Abstimmung und der Ausbau des Breitbandes sehr gut, es habe vieles aufgeholt werden können, was in den vorangegangenen zehn Jahren versäumt worden sei. Auch MinDir Thomas Windmöller sprach von einer guten interministeriellen Zusammenarbeit unter Vorsitz des BMEL bei Themen, die die ländlichen Räume beträfen.

MinR Dr. Ulrich Neubauer, Referat Entwicklung Ländlicher Räume, Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung", BMEL

Das besondere Interesse des Plenums galt den Verhältnissen in Estland. So erkundigte sich MinR Dr. Ulrich Neubauer nach speziellen digitalen Dienstleistungen für den ländlichen Raum. Kristiina Omri erläuterte, dass es diese zwar nicht gäbe, die Verwaltung jedoch insgesamt proaktiv handele. So müssten Kindergeld und Rente nicht beantragt werden. Sofern Kinder vorhanden seien oder das Rentenalter erreicht werde, erfolgten die Bescheide automatisch. Nicht jeder Hof in den ländlich geprägten Regionen Estlands sei bisher an das Glasfasernetz angeschlossen, allerdings sei eine flächendeckende Versorgung mit dem Mobilfunkstandard G4 vorhanden. Für die Ansiedelung im ländlichen Süden des Landes könnten junge Leute eine finanzielle Unterstützung bekommen, auch könnten hier Quereinsteiger/-innen in den Lehrerberuf eine Stelle finden. Dieses Angebot werde gut nachgefragt.

Sowohl Julia Wohland als auch Tobias Schwarz betonten auf Fragen von Moderatorin Katrin Reichenecker, dass es nicht darum gehen könne, bisher bestehende Berufe und Arbeitsplätze zu schützen, sondern dass Menschen ermutigt werden sollten, auch neue Wege einzuschlagen. Der Weiterbildung werde eine immer größere Bedeutung zukommen. Allerdings müsste den bisherigen Berufserfahrungen ein höherer Wert beigemessen werden und dürften nicht nur formale Abschlüsse ausschlaggebend für berufliche Chancen sein, so Schwarz. Er bezeichnete Initiativen wie „Hier bleiben!", welches das Motto der Job-Messe in Magdeburg sei, als den falschen Weg. Es sei wichtig, seine Herkunftsregion einmal zu verlassen, um den eigenen Horizont zu erweitern. Für die Kommunen gelte es, die gesamte Migration in den Blick zu nehmen. So werde der Landkreis Stendal mit einem Angebot von 500 Mbit/s bald als Arbeitsplatz für Start-ups aus Berlin-Mitte attraktiv sein, da dort das Netz an seine Grenzen gekommen sei. Auf die Frage von Ute Göpel, ob es in der Co-Working-Bewegung auch einen Diskurs gebe, ganz aufs Land zu gehen und dessen Vorteile wiederzuentdecken, erläuterte Tobias Schwarz, dass Nachhaltigkeit und Teilhabe zwar zu den ursprünglichen Werten der Co-Working-Bewegung gehörten, Ansätze, sich in sehr ländlichen Gebieten niederzulassen, jedoch noch eine Ausnahme darstellten und noch nicht klar sei, ob sie erfolgreich sein würden.

Ute Göpel, Fachreferentin, Evangelische Kirche Kurhessen-Waldeck, Herleshausen

Dominik Schmengler wies darauf hin, dass auch der Staat zu einer Verbesserung der Arbeitswelt und der Nachhaltigkeit beitragen könne. So gäbe es in den Niederlanden einen Rechtsanspruch auf Homeworking, sofern der Arbeitsplatz hierfür geeignet sei. Dies vermindere die Pendlerströme und verbessere durch mehr Zeit am Wohnort die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie den sozialen Zusammenhalt und erzeuge Nachfrage bei lokalen Einzelhandelsgeschäften. Dies könne besonders den ländlichen Räumen zugutekommen. ■ ba

Dominik Schmengler, Ratsherr Gemeinde Schwanewede

ASG-Herbsttagung am 8. und 9. November 2017 in Göttingen

www.frauen-landwirtschaft.de

Frauen
bewegen
Landwirtschaft

Landwirtschaft
bewegt
Frauen

D - 74523 Schwäbisch Hall

Weibliche Arbeits- und Lebensrealitäten in der Landwirtschaft

Vom 4. bis 6. April 2017 fand die 3. Internationale deutschsprachige Tagung zum Thema Frauen in der Landwirtschaft in Schwäbisch Hall statt. 160 Frauen – Praktikerinnen, Beraterinnen, Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen und Vertreterinnen von Verbänden – aus Österreich, der Schweiz, Südtirol, den Niederlanden und Deutschland trafen sich zum Austausch über Forschungsergebnisse und Praxisberichte zu den Rollen von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben. Eine Exkursion führte am dritten Tag zu den Betrieben von drei innovativen Betriebsleiterinnen auf Hohenloher Höfen.

Das Organisationsteam, bestehend aus Veronika Grossenbacher, Ev. Bauernwerk in Württemberg, Ines Fahning, ASG, Prof. Dr. Tanja Mölders, Leibniz Universität Hannover, und Prof. Dr. Brigitte Wotha, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, stellte an den Beginn der Tagung eine Begriffsklärung. Begriffe wie Landwirtin und Bäuerin, Betriebsleiterin und Mitunternehmerin werden in verschiedenen Ländern und Regionen unterschiedlich verwendet. Den Begriff Bäuerin z. B. allgemein für Frauen in der Landwirtschaft zu verwenden, würde in manchen Regionen zu einem Protestschrei der ausgebildeten Landwirtinnen führen. Bei einer Abfrage unter den Teilnehmerinnen, welchem Begriff sie sich zuordnen würden, stellte sich heraus, dass die meisten eine landwirtschaftliche Ausbildung oder ein Studium, einige eine hauswirtschaftliche Lehre absolviert hatten; Ökotrophologinnen waren nicht dabei. Etwa die Hälfte war selbständig, die andere Hälfte angestellt, überwiegend in der Landwirtschaft bzw. Hauswirtschaft, aber auch in Wissenschaft und Lehre, in der Politik dagegen kaum.

Hildegard Kuhlmann, Landwirtschaftskammer NRW, berichtete aus einer Untersuchung, dass in NRW zwar 83 % der Frauen auf dem landwirtschaftlichen Betrieb mitarbeiten, aber auch 36 % einer außerbetrieblichen Arbeit nachgehen. Bundesweit würden nur 8 % der Betriebe von einer Frau geleitet, viele von diesen seien lt. Talea Becker, Universität Göttingen, Quereinsteigerinnen, oft durch den Tod oder Weggang des Betriebsleiters. Auch landwirtschaftliche Betriebsleiterinnen, die diesen Beruf bewusst gewählt und eine landwirtschaftliche Ausbildung absolviert hätten, müssten häufig mit Vorbehalten kämpfen. „Hast du keinen Bruder?!“ lautet der Titel von Talea Beckers Buch, in dem sie zahlreiche Erfahrungen mit Skeptikern darstellt, die von jungen Landwirtinnen während der Tagung bestätigt wurden.

In der Schweiz gibt es nur 5,4 % Betriebsleiterinnen, Dr. Sandra Contzen, Berner FH-Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften, beobachtet jedoch die Tendenz zu Betriebsübernahmen durch Frauen, seit die Berechtigung auf Direktzahlungen bei Landwirten mit dem 65. Lebensjahr erlischt. Laut Theresia Oedl-Wieser, Bundesanstalt für Bergbauernfragen, sind in Österreich über 30 % der Betriebe zumindest formal in Frauenhand, wofür oft sozialversicherungsrechtliche Gründe verantwortlich sind. Von 12 % weiblichen Betriebsleiterinnen in Südtirol berichtete Verena Niederkofler, Südtiroler Bäuerinnenorganisation. Sie seien bestrebt, den Beruf der Bäuerin aufzuwerten und böten den Frauen eine Fortbildung in einer einjährigen Bäuerinnenschule an.

■ Ines Fahning / Ute Gruber

Während der Tagung entstand der im Folgenden abgedruckte Forderungskatalog. Viele Informationen zur Tagung inkl. zahlreicher Presseberichte und Fotos finden sich auf www.frauen-landwirtschaft.de. Die Vorträge werden im Herbst in einem Tagungsband veröffentlicht.

Ergebnisse und Forderungen der Teilnehmer/-innen aus Präsentationen und Diskussionen

Wir fordern:

1. Differenzierte statistische Berichterstattungen in Agrarstatistiken und Agrarberichten über die Lebens- und Arbeitsrealitäten von Frauen in der Landwirtschaft
2. Hinwirken auf ein stärkeres Engagement von Frauen in landwirtschaftlichen Organisationen, z. B. in Molkereien, Erzeugerringen, Genossenschaften, Bauernverbänden
3. Stärkung der Netzwerke von Frauen in der Landwirtschaft und Vernetzung mit anderen selbständigen Frauen wie z. B. Unternehmerinnen und Handwerkerinnen
4. Sensibilisierung für Geschlechterrollen von Frauen und Männern in der Selbstwahrnehmung und Selbstdarstellung
5. Sensibilisierung für die Darstellung von Geschlechterrollen in Unternehmen und Agenturen, in Marketing, Werbung und Social Media, z. B. Rollenbilder, Bild der modernen Landwirtin
6. Sichtbarmachen der selbständigen Betriebsleiterin als hauptverantwortliche Person und Unternehmerin
7. Quotierungen in Gremien, damit sich Grundhaltungen ändern, z. B. 30 % Frauenquote bei der Wahl zur Landwirtschaftskammer Niedersachsen ab 2017
8. Sichtbarmachen von Arbeit in ihrer Vielfalt als Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Ehrenamt, Betreuungs- und Pflegearbeit, z. B. durch quantitative Zeitanalysen, Arbeitsvoranschlag, Profiling als Mitunternehmerin
9. Verankerung von Gleichstellungsfragen und Ergebnissen der Geschlechterforschung in den akademischen und nichtakademischen Ausbildungen
10. Verankerung von Soft Skills wie Kommunikationsfähigkeiten und Konfliktmanagement in der Ausbildung zur Landwirtin / zum Landwirt
11. Ermutigung von Frauen zur Hofübernahme durch gezielte Beratung
12. Sensibilisierung der Menschen in der Landwirtschaft und der Akteure in Bildung und Beratung für Geschlechtergerechtigkeit bei Verträgen, z. B. Ehe-, Hofübergabe-, Kredit- und Versicherungsverträgen, etc.
13. Die selbstverständliche Beteiligung von Frauen in betrieblichen und familiären Entscheidungsprozessen und in der Beratung
14. Individuelle und familiäre Risikoabsicherung für jedes Familienmitglied
15. Etablierung von Eigenverantwortung als Selbstsorge, z. B. Auszeiten nehmen, früh genug Hilfe holen
16. Kritische Reflexion und Diskussion gesellschaftlicher und ökonomischer Zwänge und Leitbilder, z. B. Definition von Arbeit in ihrer Auswirkung auf „das gute Leben“ in und mit der Landwirtschaft
17. Wahrnehmung und Anerkennung alternativer Lebensentwürfe und Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft
18. (Re-)Institutionalisierung von Geschlechterforschung in der Landwirtschaft an Universitäten und Hochschulen

Zusammengestellt von:

Veronika Grossenbacher, Dipl.-Ing. agr. (FH)
Evangelisches Bauernwerk in Württemberg e.V.
v.grossenbacher@hohebuch.de
www.hohebuch.de

Ines Fahning, Dipl.-Ing. agr.
Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
ines.fahning@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Prof. Dr. Tanja Mölders
Leibniz Universität Hannover,
t.moelders@archland.uni-hannover.de

Prof. Dr. Brigitte Wotha
Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
b.wotha@ostfalia.de

Sächsische „ELER-RESET“-Initiative:

Vereinfachung fördert Akzeptanz für Europa

„Eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz der europäischen Förderpolitik für Landwirtschaft und ländliche Räume ist die Vereinfachung für Förderempfänger und Verwaltung“, betonte Sachsens Umwelt- und Landwirtschaftsminister Thomas Schmidt anlässlich der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Kuratorium der ASG am 21. April 2017. Ziel sei es, die Programme zu erhalten sowie verständlich und handhabbar zu machen. Für die Initiative zur grundsätzlichen Neuausrichtung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) nach dem Jahr 2020 unter dem Titel „ELER-RESET“ habe Sachsen in den vergangenen Monaten europaweit viel Zustimmung erfahren.

Foto: M. Busch

Minister Schmidt, der dem ASG-Vorstand angehört, hatte im Juni 2016 den Vorschlag für eine Neuausrichtung der ELER-Förderung bei EU-Agrarkommissar Phil Hogan vorgestellt. Diese beinhaltet für die Förderperiode ab 2021 eine grundlegende Überarbeitung aller ELER-Regelungen. Der Fokus solle wieder auf den Erfolg der europäischen Strategien und die zu erreichenden Ziele gelegt werden. Ein wichtiger Kritikpunkt sind auch die derzeitigen, vielschichtigen Prüfungs- und Kontrollsysteme, an deren Stelle das sog. „Single-Audit-Prinzip“ treten soll. Den Regionen wird damit mehr Verantwortung übertragen, sowohl für die Ausgestaltung der Programme als auch für die ordnungsgemäße Umsetzung. Die positiven Effekte sollen die Akzeptanz für Europa erhalten und stärken.

Seit der Erstvorstellung hat der Minister intensiv für einen unbürokratischen Neuanfang geworben und erwartet konkrete Ergebnisse für diesen Sommer. Zustimmung erhält er inzwischen von hochrangigen Vertretern der EU-Kommission, des EU-Parlaments sowie Landwirtschaftsministern anderer Mitgliedsstaaten. Auch innerhalb Deutschlands unterstützen immer mehr Bundesländer sowie Verbände und Nichtregierungsorganisationen den sächsischen Vorschlag. Ministerin a.D. Dr. Juliane Rumpf, Vorsitzende des Vorstands der ASG, bekräftigte, dass auch die ASG diese Initiative unterstütze.

Um den Erarbeitungsprozess auf EU-Ebene aktiv mitzugestalten, riet Minister Schmidt den Anwesenden, insbesondere bei EU-Parlamentariern für ihren Vorschlag zu werben. „Ich bin mir sicher, dass wir insbesondere für den ländlichen Raum eine Förderpolitik gestalten können, die nicht zu Frust führt, sondern wieder Lust auf Europa macht.“

Inzwischen haben u. a. folgende ELER-RESET-Elemente Eingang in die Stellungnahme des Agrarausschusses des EU-Parlaments zur sog. Omnibus-Verordnung gefunden:

- Erhöhung des tolerierbaren Fehlerrisikos von 2 % auf 4 %,
- Einstieg in die konsequente Umsetzung des „Single-Audit-Prinzips“ (Prüfung des Systems in den Ländern / Mitgliedsstaaten künftig nur noch durch eine Stelle, die ihrerseits zertifiziert ist wie beispielsweise der TÜV; keine Mehrfachprüfungen mehr),
- deutliche Erhöhung der Bagatell-Grenzen bei Wiedereinziehung von zu Unrecht gezahlten Beträgen (Harmonisierung mit Regularien der Strukturfonds),
- Konkretisierung des Rückwirkungsverbotes (Vermeidung von Problemen durch nachträgliche Neuinterpretation von Rechtsvorschriften durch EU-Prüforgane),
- Beschränkung der de-facto-Rechtsetzung durch sog. soft-law (nicht-verbindliche Übereinkünfte).

Hierbei handelt es sich jedoch um Einzelaspekte und nicht um einen umfassenden Systemwechsel, wie er durch die „ELER-RESET“-Initiative angeregt wird. Es wird davon ausgegangen, dass sich die o. g. Vorschläge auch in der Stellungnahme des EU-Parlaments wiederfinden. Wann und wie EU-Parlament, -Rat und -Kommission im Trilogverfahren über die Verordnung entscheiden werden, ist allerdings noch nicht absehbar.
■ bu/fa/t

Informationen zur Initiative des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft mit dem Titel „ELER-RESET“:
www.smul.sachsen.de/ELER-RESET

Manfred Merforth verstorben

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. trauert um ihren langjährigen Vorsitzenden StS. a.D. Manfred Merforth. Der gebürtige Vogtländer ist am 11. Mai 2017 im Alter von 90 Jahren in Wiesbaden verstorben. Mehr als 60 Jahre war Merforth der ASG verbunden. Von 1989 bis 1998 gehörte er dem Vorstand an, davon sechs Jahre als Vorsitzender.

„Durch seine hohe fachliche Kompetenz, seine Geradlinigkeit und Verlässlichkeit hat der Verstorbene bundesweit hohes Ansehen erworben“, so ASG-Vorsitzende Ministerin a. D. Dr. Juliane Rumpf. „Immer hat Manfred Merforth sich in der Sache engagiert und viel für die Landwirtschaft und für die ländlichen Räume erreicht. Dabei war ihm – ebenso wie der Agrarsozialen Gesellschaft – die Situation der hier lebenden und arbeitenden Menschen ein besonderes Anliegen. Sein Werdegang wurde durch die ASG und die mit ihr verbundenen Personen geprägt, wie auch er von vielen Positionen aus die Entwicklung der ASG gestaltete und beeinflusste.“

Der Präsident des ASG-Kuratoriums, Heinz Christian Bär, kennt Merforth bereits aus seiner Zeit als Vorsitzender der Hessischen Landjugend: „Ich habe Manfred Merforth besonders während dessen Tätigkeit als persönlicher Referent des damaligen hessischen Landwirtschaftsministers Tassilo Tröscher in den 60er und 70er Jahren als fairen Diskussionspartner kennengelernt, der

sich von plausiblen Argumenten überzeugen ließ. Später war ihm die wirtschaftliche Konsolidierung der ASG, die er als Voraussetzung für eine handlungsfähige und zukunftsweisende Agrarsoziale Gesellschaft ansah, ein großes Anliegen. In einer schwierigen Phase hat er viel für die ASG bewirkt.“

Merforth wurde am 27. Dezember 1926 im vogtländischen Auerbach geboren. Nach dem Abitur absolvierte er eine landwirtschaftliche Lehre und studierte Agrarwissenschaften in Göttingen. 1954 trat er seine erste Stelle als Diplom-Landwirt in der ASG-Geschäftsstelle an, 1958 wechselte er zur Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e.V (AVA). 1964 ging er zunächst als Pressereferent und dann als persönlicher Referent des Ministers und ASG-Gründungsmitglieds Dr. Dr. h. c. Tassilo Tröscher in das hessische Landwirtschaftsministerium. 1973 holte ihn der damalige niedersächsische Landwirtschaftsminister und ebenfalls ASG-Gründungsmitglied Klaus Peter Bruns als Abteilungsleiter in das Landwirtschaftsministerium nach Hannover. Ab 1988 bis zu seinem Ruhestand 1991 war Merforth Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerium.

Neben dem Aufbau der ASG-Geschäftsstelle in den 1950er Jahren brachte sich Merforth in unzähligen Diskussionen sowie immer wieder mit Texten für die Zeitschrift „Ländlicher Raum“ ein. Auch die Auswahl der Redner bei den Tagungen wurde stark durch ihn geprägt. Ein besonderes Anliegen war für den Verstorbenen das Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland. Unter seinem Vorsitz wurden vier ASG-Frühjahrstagungen in den neuen Bundesländern durchgeführt: in Neuhardenberg (1993), Zittau (1995), Wittenberg (1997) sowie in der Hansestadt Wismar (1998). Ebenfalls auf seine Initiative hin entstand das Buch „Zeitzeugen berichten“, das Erfahrungen und Erlebnisse beim Aufbau der Agrarverwaltungen in den neuen Ländern enthält. Verbunden fühlte sich Merforth mit der Tassilo Tröscher-Stiftung. An den Aktivitäten der ASG nahm er bis zuletzt Anteil. Sein besonderes Augenmerk galt der Weiterentwicklung der von ihm früher selbst bearbeiteten Themen.

Die ASG wird Manfred Merforth stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Alles wird gut!

Von neuer Hoffnung auf dem Land, dem rasanten Abschied von einstmals grüner Stärke und überraschenden Einsichten von anderer Seite

Heiterkeit ist zurückgekehrt in die Landstriche zwischen Marsch und Alpenvorland, zwischen Niederrhein und Oderbruch. Wo sich noch unlängst Melancholie und Schwermut in den Dörfern ausgebreitet hatten, ist heute Jubilieren und Frohlocken eingezogen. Landwirte, die ehedem gekrümmt und mit versteinerten Mienen ihr Tagwerk verrichteten, vollführen Freudentänze auf offenem Feld, Traktoren rattern beschwingt über Äcker und Wiesen, Melkzeuge klappern im Dreivierteltakt, Schweine quieken vergnügt in Buchten und Ständen. Besonderes Wohlbehagen und Entzücken treibt die Vertreter berufsständischer Verbände und Vereine um. Gebückte Haltung war gestern, aufrechter Gang und stolzer Blick sind heute. Was sich bereits seit geraumer Zeit in einzelnen Gegenden angedeutet hatte, hat sich am 14. Mai in großen Teilen des westlichen Landes Bahn gebrochen. Mit dem vollständigen Ende der bäuerlichen Tristesse rechnet das gepeinigte Landvolk für den 14. Januar 2018, wenn sich die dann fünfjährige Regentschaft eines gewissen Christian M. ihrem wohlverdienten Ende zuneigen möge, so die zumindest gegenwärtig nicht völlig unbegründete Erwartung in den Tiefen der norddeutschen Ebenen.

Nur noch mit Schaudern erinnern sich die Landleute an die dunkelgrünen Zeiten, in denen bis zu sieben, agrarwendebewegte Landwirtschaftsministerinnen und -minister in Landeshauptstädten von Süd bis Nord ihre Zepter schwangen und der Landwirtschaft ihre neuen grünen Märsche bliesen. Die Vision einer vollständigen feindlichen Übernahme bundesdeutscher Agrarpolitik und deren Überführung in grüne Hände erschien plötzlich als realistische Option und ein kalter, grüner Wind fegte übers Land. Schon wussten Auguren zu berichten, ein gewisser Anton H. bereite sich auf den Empfang höchster Agrarweihen vor, nachdem sämtliche ebenfalls in Frage kommenden grünen Bundesministerkandidaten bereits in den Ländern Ministersessel erklommen hatten. Und der Wind, der übers Land fegte, war ob dieser Aussichten eisig.

Aber wenn du denkst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her. Ein gutes Jahr erst ist ins Land gegangen, dass der Wind sich zu drehen begann und Lichtstrahlen am Ende des langen Tunnels sichtbar wurden. Zugegeben, das schwäbisch-badische Wahlvolk strafte die grüne Regierungspartei nicht ab für eine vermeintlich falsche Landwirtschaftspolitik, sondern belohnte sie für solides Regieren unter weiser und gemächlicher Führung. Zum Opfer dieses Erfolges wurde freilich ein gewisser Alexander Bonde, der sich im Ministeramt allerdings ohnehin vornehmlich dem Repräsentieren und anderen Aktivitäten gewidmet hatte. Nicht ganz so dicke kam es für Parteifreundin Ulrike Höfken im benachbarten Rheinland-Pfalz. Die bienenfleißige Ministerin gewann zwar nach der dortigen Landtagswahl einen Koalitionspartner hinzu, verlor aber bis auf deren Ökoteile die Zuständigkeit für Acker-, Weinbau und Viehzucht sowie obendrein die Bezeichnung „Landwirtschaftsministerin“ einschließlich der damit verbundenen Lizenz zur aktiven Teilnahme an den illustren Agrarministerkonferenzen und der Mitwirkung an nachhallenden Agrarwendebeschlüssen.

Allenfalls vordergründig gestoppt wurde der Trend zum „Entgreening“ der Länderressorts anschließend in Sachsen-Anhalt. Verzweifelte Appelle aus den Reihen der CDU-Agrarier im Bund an die Parteifreunde im Land der Frühaufsteher, sie mögen bitte, bitte eine Koalition mit den geläuterten SED-Nachfolgern eingehen, um nicht ein weiteres Landwirtschaftsministerium in den grünen Höllenschlund abgleiten zu lassen, erwiesen sich einerseits als vergeblich, andererseits aber als völlig unnötig. Zum einen überlässt nämlich die unvermittelt ins Landwirtschaftsministeramt gespülte Spitzen-Grüne Claudia Dalbert die Agrarpolitik weitestgehend ihrem zwar ebenfalls grünen Staatssekretär, der allerdings auf einen reichhaltigen Erfahrungsschatz als früherer Bauernverbandsmitarbeiter zurückgreifen kann und dies auch

regelmäßig tut. Zum andern wacht die größere Regierungspartei CDU misstrauisch über jeden Schritt der Ministerin und ihres Gefolges. Dies gilt im Prinzip auch für die ebenfalls mit grün geführtem Agrarressort ausgestattete schwarz-grüne Regierungskoalition in Hessen. Vorab bekundete berufsständische Sorgen haben sich auch dort in den bislang drei Jahren grüne Landwirtschaftsministerin als reichlich unbegründet erwiesen, bietet die brave Priska Hinz doch weder dem Bauernverband noch den Christdemokraten bis zum heutigen Tag Anlass zum Argwohn. Und der grüne Wind, der übers Land wehte, wurde lauer und lauer.

Selbst im Norden, wo die Brisen traditionell steif wehen und die Wellen naturgemäß hoch schlagen, tat sich Erstaunliches. Der dort vor fünf Jahren ins schleswig-holsteinische Agrarministeramt gekommene Robert Habeck war von anderem Holz geschnitzt, als man es aus südlicheren Gefilden kannte. Der kämpfte seither unerschrocken für Knicks und gegen Nährstoffeinträge, verlangte unverdrossen Filter für Schweineställe und Abdeckungen für Güllebehälter, forderte kühn einen schrittweisen Abbau der europäischen Direktzahlungen und die Umwidmung der Gelder für die Bezahlung öffentlicher Leistungen – und erntete dafür zwar Gegenwind, entfachte aber überraschend wenig Sturm. Folglich nahm das Grünen-Bashing bei der Landtagswahl zwischen den Meeren Anfang Mai eine Auszeit und die Partei ging mit knapp 13 % durchs Ziel. Mit einem für grüne Verhältnisse nahezu atemberaubenden Anteil von 6 % der Wählerstimmen bei den Landwirten zeigte Habeck im Übrigen, dass sich Grün und Grün zwar nach wie vor nicht unbedingt gern gesellen, aber jegliche grüne Regierungsmüh' in Landwirtekreisen nicht vollends vergeblich sein muss. Zur Belohnung winkt den Grünen ein Verbleiben auf der Kieler Regierungsbank und das in einer Konstellation, die – wenn nicht alles täuscht – auch auf anderer Ebene in nicht allzu ferner Zukunft Nachahmer finden könnte – Habeck sei Dank.

Nicht brav, aber pragmatisch, standfest in grüner Programmatik, aber nicht ideologisch, alles andere als konfliktscheu, aber sachlich in der Auseinandersetzung und schließlich zum Austausch bereit mit Bauernverband und anderen aus Grünen-Sicht Wegbereitern des nahenden Weltuntergangs oder Schlimmerem, so das Modell Habeck. Das Gegenmodell hatte sich nur eine Woche später in Nordrhein-Westfalen zu bewähren und fiel durch. Der dort beheimatete Johannes Remmel hat es in seiner siebenjährigen Landwirtschaftsministerzeit verstanden, sich ein nachhaltiges Image in bäuerlichen Kreisen zu erwerben: Ziemlich ideologisch, wenig entgegenkommend, kaum kooperativ, mit dem Hang zur politischen Besserwisserei. So viel lässt sich sagen, der grüne Minister Remmel hat zumindest nicht verhindert, dass sich Mitte Mai lediglich 6,4 % der Wähler veranlasst sahen, ihr Kreuz bei den Grünen zu machen und der einstigen Regierungspartei eine mehrjährige Ruhepause vom anstrengenden Regierungsgeschäft zu verschaffen. Nicht ausgeschlossen, dass Grüne, die Wind säen, Sturm ernten und möglicherweise der Ton die Musik macht. Fast überflüssig zu erwähnen, dass die siegreiche CDU ihre besten Ergebnisse in den ländlichen Wahlkreisen erzielt hat.

Steht nur noch besagter 14. Januar nächsten Jahres aus, um das Bauernglück vollkommen zu machen. Spätestens dann dürften die grünen Agrargespenster vollständig vertrieben, umzingelt oder gezähmt sein. Bliebe dann nur noch die Aufgabe, deren unseliges Gedankengut zurück in die Flasche zu bekommen. Dazu zählen eine nicht hinzunehmende Kritik an einer Tierhaltung mit „großen Beständen, hohen Belegdichten, nicht artgerechter Haltung und Fütterung, nicht-kurativen Eingriffen am Tier, Antibiotikaverwendung, Fütterung mit Importfuttermitteln sowie Emissionen". Oder auch Vorhaltungen wegen „hoher Nährstoffüberschüsse, Gewässereutrophierung, Artenschwund, übermäßiger Verwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln und vereinfachten Fruchtfolgen" inklusive nachdrücklicher Forderungen, diese Probleme dringend in den Griff zu bekommen. Schließlich gehört dazu die Einsicht, dass die Agrarpolitik bisheriger Prägung dauerhaft keinen Vertrauensschutz genieße, Subventionen an die Erbringungen öffentlicher Leistungen zu koppeln seien und sich aktiv wirtschaftende Betriebe auf eine schrittweise Kürzung der Direktzahlungen einzustellen hätten. Unglaublich, was die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft fortwährend ins öffentliche Horn bläst und dafür auch noch Rückenwind bekommt. Man sollte sie abwählen! ■ *Rainer Münch*

Studie und Modellprojekt H!ERgeblieben:

Warum Jugendliche im ländlichen Raum bleiben

Jan Schametat

Das Projekt H!ERgeblieben in der bundesländerübergreifenden Region Holzminden-Höxter (Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) wird im Rahmen des Modellvorhabens Land(Auf)Schwung durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gefördert. Auf der Grundlage empirischer Befunde sollen Strategien zur Stärkung der Bindung von jungen Erwachsenen an die ländliche Region entwickelt werden.

Während sich der wissenschaftliche Diskurs der vergangenen 25 Jahre zum demografischen Wandel in Folge der deutschen Wiedervereinigung im Wesentlichen mit den Gründen für Abwanderung beschäftigt hat (vgl. Dienel 2005; Schubarth, Speck 2009), ist in jüngeren Arbeiten ein Perspektivwechsel dahingehend zu beobachten, dass zunehmend auch die Frage nach Haltefaktoren gerade für Jugendliche einen größeren Stellenwert einnimmt (vgl. Beierle, Tillmann, Reißig 2016). Die mediale Reproduktion demografischer Schreckensmeldungen führt im historischen Verlauf zur Herausbildung typischer Bedeutungszuschreibungen, die wiederum auf die Bürger/-innen zurückwirken (vgl. Christmann 2008: 2). Dieses negative regionale Selbstbild wird aus Sicht von Unternehmer/-innen in der Untersuchungsregion bereits als Hemmfaktor für positive Regionalentwicklung angesehen (vgl. Engel et al. 2010: 245).

Foto: ZZHH

Jan Schametat

HAWK Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/ Holzminden/Göttingen

jan.schametat@hawk-hhg.de

Das Projekt H!ERgeblieben konzentriert sich auf Jugendliche in der Berufsorientierungsphase. Mit Blick auf Wanderungsprofile gilt die Altersgruppe der 18-25-Jährigen als besonders mobil, die auch in der Untersuchungsregion den größten Teil der Abwanderer ausmacht. Der Fortzug ist für viele eine logische Konsequenz, die mit den für die Lebensphase konstitutiven Entwicklungen wie dem Erwerb von Kompetenzen außerhalb des Elternhauses und der Herausbildung der eigenen Identität einhergeht. Gerade das Aufwachsen in ländlichen Regionen wird von vielen als ein Ausschluss aus zentralen Beteiligungskontexten gesehen, die für diese Entwicklungen förderlich sind (vgl. Vogelgesang, Kersch 2016: 201).

Bindungsneigung Jugendlicher umso größer, je kleiner der Wohnort

Im Projekt wurde zunächst untersucht, was Jugendliche in ihrer ländlichen Heimatregion hält. In einer repräsentativen Studie unter Neuntklässler/-innen wurden die Einstellungen zur Region sowie die individuellen Überlegungen in der Berufsorientierungsphase erhoben. Die Einstellungen wurden explizit in der Mitte der schulischen Berufsorientierung ermittelt, um Strategien für eine Zielgruppe zu entwickeln, die ihre Berufs- bzw. Migrationsentscheidung noch nicht final getroffen hat. Eine spannende Erkenntnis war, dass die Bindungsneigung der Zielgruppe zunimmt, je kleiner die Wohnortgröße ist. Erstaunlich ist hier besonders, dass Proband/-innen aus kleineren Ortschaften die Angebote der Daseinsvorsorge und sogar Mobilitätsstrukturen positiver bewerteten als ihre Altersgenossen aus den ländlichen Städten. Die Wahrnehmung von Angebotsstrukturen entspricht also nicht zwangsläufig dem objektiven Angebot in einer Kommune. Dies zeigte sich in den Ergebnissen auch deutlich daran, dass es mit Blick auf die Bewertung der Region etwa gleich starke Gruppen gab, die das Freizeitangebot in der Region entweder als Stärke oder als defizitär angesehen haben. Auch die Kategorien Mobilität/Erreichbarkeit oder Einkaufsmöglichkeiten fanden sich sowohl bei den Vorteilen wie auch bei den Nachteilen der Region.

Mittels statistischer Berechnungen wurde ein Modell entwickelt, das die regionale Bindung von Jugendlichen erklärt. Der wesentliche Bindefaktor ist dabei die Region selbst: Nur wer mit dem Angebot einer Region zufrieden ist, erwägt, dort zu bleiben und seinen späteren Beruf dort auszuüben. Der zweitstärkste Faktor sind Gemeinschaftskontexte und

hier vor allem familiäre Bindungen, gefolgt von den Freizeitmöglichkeiten einer Region: Wer Wert darauf legt, neben der Arbeit besonders viel Freizeit zu haben, entscheidet sich tendenziell eher für einen Verbleib in der Region. Schaut man sich die Bindungsneigung nach Typen an, so wird deutlich, dass vor allem Gemeinschafts- und Paarbeziehungsorientierte in der Region bleiben möchten, wohingegen Einzelgänger oder Personen, die sich stark an anderen orientieren, sowie Karriereorientierte die Region eher verlassen wollen.

Berufsorientierung: Viele Akteure, wenig Überblick

Alarmierend waren die Erkenntnisse zur Berufsorientierung. Rund einem Drittel fällt es schwer, sich einen Überblick über Berufsmöglichkeiten zu verschaffen, obwohl die Schüler/-innen aus Haupt- und Realschule im 2. Halbjahr der 9. Klasse bis zu 15 unterschiedliche Angebote der Berufsorientierung aufzählen, an denen sie bereits teilgenommen haben. Trotzdem wissen 25 % nicht einmal, ob eine Ausbildung in ihrem Wunschberuf in der Region möglich ist.

Der H!ERgeblieben-Ansatz

Im Projekt wird der Frage nachgegangen, ob sich die Abwanderung junger Erwachsener am Übergang Schule-Beruf (Bildungswanderung) über eine gezieltere Ansprache der Stärken einer Region im Berufsorientierungsprozess reduzieren lässt. Bisher setzen die Angebote der Berufsorientierung in der Untersuchungsregion wenig an den Vorteilen der Region als solche an. Zwar bestehen ausgeprägte Kontakte zu regionalen Unternehmen über Praktikums-Kooperationen, diese enden für viele Schulen allerdings bereits in einem sehr engen Radius und das gesamte Potenzial der Region wird nur selten abgebildet. Zudem setzen sich vorhandene Programme nicht mit regionalen Stärken außerhalb von beruflichen Kontexten auseinander, die später jedoch einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben: Naturnähe, Wohnumfeld, gute soziale Kontakte, Sicherheit, niedrige Lebenshaltungskosten und die Möglichkeit, vergleichsweise günstig zu mieten oder Wohneigentum zu schaffen (vgl. BMEL 2016: 21f.). Diese Themen werden im Projekt H!ERgeblieben durch Botschafter/-innen in einer Kampagne sowie in Workshops an Schulen stärker in den Fokus gerückt. In den Workshops berichten die Botschafter/-innen den Schüler/-innen aus ihrer eigenen (Berufs-) Biografie und vor allem, was sie bei der Berufswahl beeinflusst hat. Schulleitungen, Lehrer und Schulträger begrüßen diese Workshops sehr, da sie die üblichen Angebote der Berufsorientierung ergänzen. Die Evaluation zeigt, dass vor allem die Erzählungen der Botschafter/-innen über ihren Entscheidungsprozess für die Schüler/-innen hilfreich sind. Vor dem Hintergrund der Angebotsfülle in der Berufsorientierung und vor allem, um Parallelstrukturen zu vermeiden, wird derzeit ein Konzept entwickelt, um die Inhalte aus dem Projekt in andere Formate der Berufsorientierung zu integrieren.

Gefördert durch:
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Die Studie erscheint voraussichtlich im Januar 2018 im Verlag Beltz Juventa (Weinheim und Basel)

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0217-Literatur-Schametat.pdf

Bedingt durch die Unterhang- oder Tallagen der meisten Ortschaften im Kreis Olpe (hier Stelborn im östlichen Bergland) befinden sich die Obstwiesen in der Regel block- oder streifenförmig oberhalb an den süd- bis westexponierten Hängen.
(Ansichtskarte von 1951, Kreisarchiv Olpe)

Gärten, Bleichen, Schützenplätze:

Dörfliche Freiraumkultur im 19. und frühen 20. Jahrhundert

Dr. Roswitha Kirsch-Stracke

Das „alte Dorf“ mit Bauerngarten, Obstwiesenkranz und Dorflinde – überall in Deutschland tauchen diese Bilder in der Produkt- und Tourismuswerbung, in Filmen, Bildbänden und einer mittlerweile unübersehbaren Flut von Zeitschriften auf. Die Sehnsucht der Menschen nach der heilen (Dorf-)Welt ist allgegenwärtig und wird für viele Zwecke (aus-)genutzt. Ziel einer Forschungsarbeit war es, diesen immer wiederkehrenden Bildern vom alten Dorf eine differenzierende Aufarbeitung entgegenzusetzen und die räumliche, zeitliche und gesellschaftliche Variabilität von Freiraumkultur – also der Nutzung, Gestaltung und Wertschätzung von Freiräumen – nachzuweisen.[1]

Am Beispiel des Südsauerlandes (Kreis Olpe) wurde veranschaulicht, wie vielfältig schon allein in diesem kleinsten Flächenkreis Nordrhein-Westfalens die dörflichen Freiräume und der Umgang mit ihnen im 19. und frühen 20. Jahrhundert waren. Es kam ein Bündel von Methoden zum Einsatz, die zu sich ergänzenden Ergebnissen führten: Literaturarbeit, Akten-, Karten- und Bildauswertung, Interviews und Spurensuche vor Ort. Das enge Zusammenwirken von Bürgerwissenschaft und Fachwissenschaften stellte sich dabei als besonders fruchtbar heraus.

Am Anfang der Untersuchung stand die Analyse der preußischen Urhandrisse aus den 1830er Jahren, um die darin belegten Freiraumarten zu identifizieren und um Informationen über ihre Häufigkeit, Größe, Lage, Verteilung und Eigentumsverhältnisse zu gewinnen. Es konnte nachgewiesen werden, dass natürliche Voraussetzungen wie Boden, Relief und Klima, Erbrechtstradition und Ortsgröße – Kirchdorf oder Kapellendorf – die jeweiligen Freiräume bestimmten, aber auch unvorhergesehene Geschehnisse wie ein Dorfbrand.

In den drei Teilräumen des Untersuchungsgebietes ließen sich deutliche Unterschiede feststellen, vor allem zwischen den lockeren Dörfern des Attendorner Kalkgebietes mit herrschendem Anerbenrecht und besten Ackerböden und den verdichteten Dörfern des südlichen Hügellandes mit herrschender Realteilung und dominierender Viehhaltung. Innerhalb des dritten Teilraums, dem östlichen Bergland, bestanden Unterschiede zwischen den Dörfern im breiten Lennetal und den verdichteten Dörfern in den engen Seitentälern des Rothaargebirges.

Die Tatsache, dass um 1830 bereits in fast jedem Schulort ein Schulgarten mit Obstbaumschule existierte, weist auf einen frühen Weg zur Förderung der Freiraumkultur unabhängig von den genannten günstigen oder ungünstigen natürlichen Voraussetzungen: Über die Dorfschullehrer als Multiplikatoren versuchten der Staat und die Landes-Kultur-Gesellschaft zu Arnsberg die Entwicklung in den Dörfern voranzutreiben.

Wandel dörflicher Freiräume durch …

Entlang von drei wesentlichen Entwicklungssträngen wurde der Wandel dörflicher Freiräume im Südsauerland von 1830 bis 1930 untersucht: Die Ver-

Dr. Roswitha Kirsch-Stracke

Institut für Umweltplanung,
Fakultät für Architektur und Landschaft,
Leibniz Universität Hannover

Tel. (0511) 7 62 - 26 53
kirsch@umwelt.uni-hannover.de
www.umwelt.uni-hannover.de/kirsch-stracke.html

[1] Die vollständige Untersuchung „Dörfliche Freiraumkultur im 19. und frühen 20. Jahrhundert, dargestellt am südlichen Sauerland“ von Roswitha Kirsch-Stracke steht über den Kasseler Dokumentenserver KOBRA (Kasseler OnlineBibliothek, Repository und Archiv) unter der Adresse www.nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hebis:34-2016112351543 kostenfrei zur Verfügung.

änderungen in der Landwirtschaft, die Entwicklungen im Garten- und Obstbau sowie das Aufkommen der Freizeit am Ende des 19. Jahrhunderts wurden jeweils in ihren Auswirkungen auf die dörfliche Freiraumkultur betrachtet.

… Veränderungen in der Landwirtschaft, …

Seit ihrer Gründung im Jahr 1809 förderte die Landes-Kultur-Gesellschaft zu Arnsberg die Entwicklung der Landwirtschaft, sie setzte sich für die Drainage auch innerörtlicher Wiesen ein, experimentierte mit neuen Feldfrüchten und Sonderkulturen und förderte den Bau ummauerter Dungstätten – eine Maßnahme, die das zuvor vielfach beklagte schmutzige Aussehen der Dörfer verbesserte. Die Unterstützung der Viehzucht führte dazu, dass vor allem im südlichen Hügelland Viehmarkt- und Tierschau-Festplätze benötigt wurden, was schon früh grundsätzliche dorfgestaltende Maßnahmen auslöste.

Im Rahmen der staatlichen landeskulturellen Verfahren wurden in der ersten Phase 1821 – 1890 die alten Nutzungsrechte weitgehend abgelöst, Gemeinheitsflächen geteilt und erste Wiesenbaumaßnahmen durchgeführt. Auch innerhalb von Ortschaften wurden Wege und Gräben z. T. geordnet und neu angelegt. Die landeskulturellen Verfahren der zweiten Phase, die ab 1890 vor allem im Realteilungsgebiet durchgeführt wurden, boten die Möglichkeit, sehr dichte Siedlungsbereiche aufzulockern und die Ortsentwicklung zu lenken. Durch Umlegungen konnten Flächen für den Gemeinschaftsbedarf ausgewiesen werden. Damit wurden die räumlichen Voraussetzungen für bestehende gemeinschaftliche oder dorföffentliche Freiraumnutzungen gesichert oder verbessert, so für Wasch- und Bleichplätze, Viehtränken, Feuerlöschteiche, Friedhöfe, Schul- und Spielplätze. Gleichzeitig konnte über die landeskulturellen Verfahren Raum für ganz neue, gemeinschaftliche Freiraumbedürfnisse bereitgestellt werden, etwa für Sport- und Festplätze.

Mit der Mechanisierung und Motorisierung der Landwirtschaft veränderten sich die Hofräume deutlich. Die neuen Landmaschinen benötigten Unterstellmöglichkeiten. Kleine Stauteiche wurden angelegt, um Wasserkraft zur Erzeugung elektrischer Energie zu nutzen.

… Entwicklungen im Garten- und Obstbau …

Die Entwicklungen im Garten- und Obstbau, gefördert durch die Landes-Kultur-Gesellschaft und die gartenbaulichen Vereinigungen, teils in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen, verliefen wenig kontinuierlich: Es gab Phasen der Förderung und der Vernachlässigung, die von den gesamtpolitischen Entwicklungen abhängig waren und deren Erfolg und Misserfolg z. B. an den staatlichen Obstbaumzählungen abzulesen ist. Wichtige Maßnahmen zur Förderung des Obstbaus waren Sortenempfehlungen, Lehrgänge sowie Ausstellungen und Prämierungen.

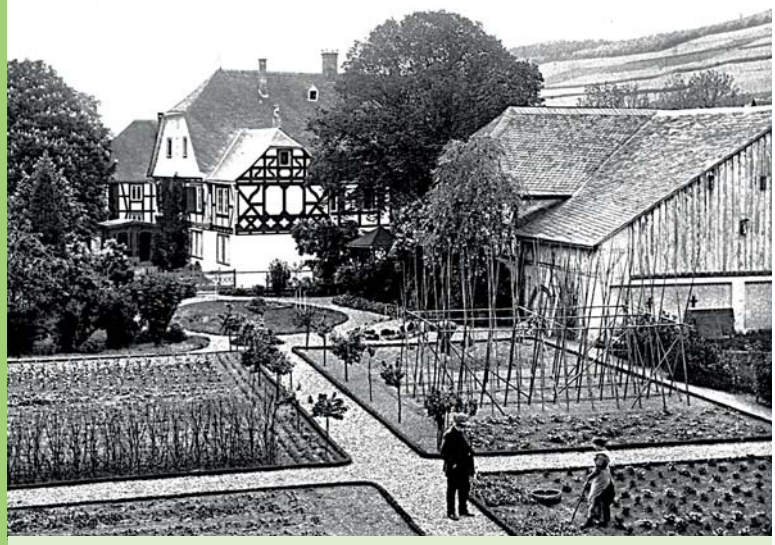
Die Förderung des Garten- und Obstbaus über Schul- und Lehrgärten und Lehrbücher zeigt sich auf vielfältige Weise. Die Entwicklung der Gärten an den Dorfschulen und damit ihr Einfluss auf die dörfliche Freiraumkultur verlief vom frühen 19. Jahrhundert bis in die 1930er Jahre in mehreren Wellen und mit unterschiedlichen Zielen: Auf Phasen intensiver Wertschätzung und Förderung folgten Vernachlässigung und Verfall, bevor, angetrieben durch die Initiative gartenbaulicher Vereinigungen und durch staatliche Unterstützung, die Schulgartenidee wieder auflebte und motivierend in die Breite wirken konnte. Wie stark dieses Wiederaufleben vor Ort war, hing maßgeblich von der Persönlichkeit des Schullehrers ab.

Die vielen Schulhausbauten während der Weimarer Republik brachten eine bisher noch nicht da gewesene, neuartige (Freiraum-)Architektur in die Dörfer, die Schulgebäude und umgebende Freiräume als eine funktionale und gestalterische Einheit verstand. Ebenso wie die Gärten an den Volksschulen stellten Ende des 19. Jahrhunderts die Lehrgärten und Saatkämpe an der weiterführenden landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Schule für den Kreis Olpe neue Freiraumtypen dar. In Altenhundem wur-

Die Schule in Lenne, 1929 eingeweiht, liegt am Hang. Der Schulplatz musste aufwändig planiert werden. Über zwei Meter hohe Stützmauern fangen das Gelände neben dem Schulhaus ab.
(Gemeindearchiv Kirchhundem)

Der Garten der Elspe Haushaltungsschule um 1920. Deutlich zu erkennen ist die Beeteinfassung aus Ziegelsteinen. Diese wurden so aufgestellt, dass jeweils eine kurze Kante nach oben zeigte. Auf diese Weise bildeten sie eine dekorative Zackenlinie. (Aus einer Festschrift der Landwirtschaftlichen Haushaltungsschule zu Elspe um 1924, Stadtarchiv Lennestadt)

de 1929 durch die Initiative von Dr. Wilhelm Arnoldi, Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium und gebürtig aus Altenhundem, eine Einrichtung von überregionaler Bedeutung geschaffen, die sich besonders dem Vogelschutz, der Bienenzucht und dem Obstbau widmete. Sie brachte zu diesem Zweck einen völlig neuartigen Freiraumtyp hervor: die Staatliche Vogelschutzwarte mit angeschlossenem Lehrbienenstand und Freiluft-Lehrraum. Dr. Arnoldi konnte Erwin Barth für die Gestaltung des Freigeländes gewinnen, einen der angesehensten Gartenarchitekten in Deutschland, der damals Gartendirektor von Berlin und anschließend Professor an der dortigen Humboldt Universität war. In kürzester Zeit entwickelte sich die Vogelschutzwarte Altenhundem für den Kreis Olpe und ganz Westfalen zu einem Kristallisationspunkt der Aus- und Weiterbildung in Bienenkunde und Obstbau und des Naturschutzes.



Ein ländlicher Garten, wie er den Ausführungen in Davidis' Gartenbuch entsprach: Hof Gerlach in Saalhausen. Größe und rechteckige Grundstücksform aufgrund der ebenen Lage im breiten Lennetal ermöglichten hier den idealtypischen Zuschnitt und eine ebensolche Aufteilung des Gartens. (Um 1906; Stadtarchiv Lennestadt)

Neben den Schul- und Lehreinrichtungen wirkte nachweislich ein besonderes Gartenlehrbuch, dessen Status als Bestseller im Südsauerland durch Werbeanzeigen belegt ist: Mit allein neun Auflagen (1850 – 1874) zu Lebzeiten der Autorin ist das Gartenlehrbuch der Henriette Davidis ein wichtiges gartenhistorisches Dokument. Der Vergleich der Auflagen miteinander lässt den Wandel der Gartenkultur erkennen. Zum einen behandelt die Autorin, die aus Wetter-Wengern am Nordrand des Sauerlandes stammt, immer wieder neue Techniken und Materialien (etwa Ziegelsteine als Beeteinfassungen), zum anderen vollzieht sie in ihren Inhalten, dem Zeitgeist entsprechend, die Entwicklung des ländlichen Gartens vom reinen Küchengarten zum Garten mit Repräsentations- und Wohnfunktion.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es auch im Südsauerland zu einer Professionalisierung des Gärtnerberufs. Die Samen- und Pflanzenhändler, die bisher das Südsauerland vor allem vom Rheinland aus bereisten und ihre Produkte direkt an die ländlichen Haushalte verkauften, bekamen mehr und mehr Konkurrenz durch Samenhandlungen und Handelsgärtnereien innerhalb des Sauerlandes. Das östliche Bergland entwickelte sich durch die entstehenden Baumschulen zu einer „gestreiften Landschaft". Mit ihrem umfassenden Sortiment nicht nur an Forstpflanzen, sondern auch

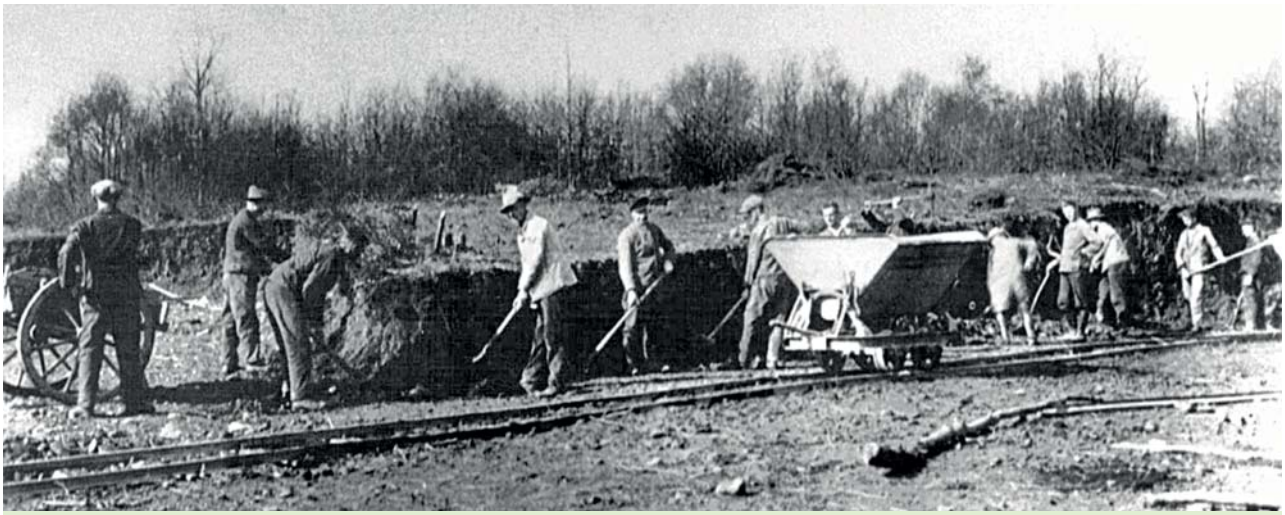
an Ziergehölzen hielt z. B. die damals größte Baumschule des Südsauerlandes um 1900 ein breit gefächertes, mehr als 500 Gehölzsippen umfassendes Sortiment bereit, das an externe Kunden versandt wurde und ebenso in der Region seine Abnehmer fand. So bezeugen beispielweise noch heute alte Blutbuchen und Trauer-Blutbuchen, dass in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Gehölze mit buntem Laub und außergewöhnlichen Wuchsformen Einzug in die kleinstädtischen und in die dörflichen Freiräume hielten. Für das Angebot der „Kunst- und Landschaftsgärtner“ bildete sich erst nach der Eröffnung der Eisenbahnlinie 1861 durch das Lennetal, der dadurch initiierten Industrialisierung und dem so bewirkten demografischen Wandel ein ausreichender „bürgerlicher“ Kundenstamm: Hierzu gehörten Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem Fabrikantenfamilien und Kaufleute, im späten 19. Jahrhundert auch Wirtsleute, die im aufblühenden Tourismus ihre Chance sahen und zunehmend Freiräume für ihre Gäste anlegen ließen. Wohlhabende Bauernfamilien nahmen sich nach und nach die (groß-)bürgerlichen Villengärten zum Vorbild und ließen einen Teil ihres Hausgartens repräsentativ gestalten.

Im östlichen Bergland dienten die ehemaligen landwirtschaftlichen Hofräume dem Packen und Verladen der Baumschulware, hier in den 1930er Jahren im Dorf Heinsberg.
(Foto aus: Arbeitsgemeinschaft „Unser Dorf soll schöner werden“: Heinsberg – ein Dorf im Sauerland, Heinsberg 1995.)

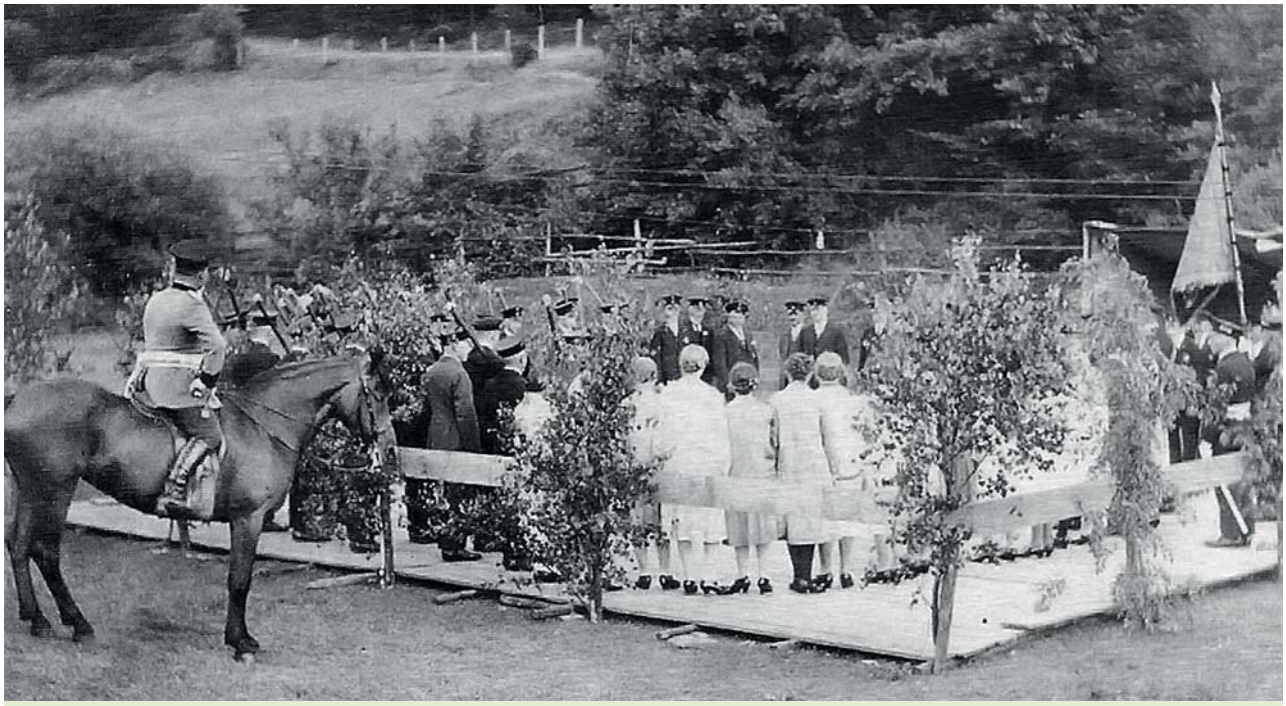
… sowie durch das Aufkommen von Freizeit

Das Aufleben des Bergbaus und der Industrialisierungsschub entlang der neuen Bahnlinie lösten eine Fülle weiterer Veränderungen aus. Dazu gehörte auch das Aufkommen der Freizeit als Folge der Arbeitskämpfe um geregelte Arbeitszeiten. Die entstandene Freizeit verursachte und beschleunigte tiefgreifende Veränderungen der Freiraumkultur: Dörfliche Freiräume im Südsauerland wandelten sich ab dem späten 19. Jahrhundert einerseits, weil die hier lebenden und arbeitenden Menschen ihren Bedürfnissen nach Erholung und Gemeinschaft auf neuartige Weisen nachgingen. Zum anderen wurde die Region konfrontiert mit den Freiraumbedürfnissen von Erholungssuchenden aus den nahen Ballungsräumen.

Erholen, Spielen und Sporttreiben ließen nun ganz neue Freiraumtypen entstehen. Dabei fand eine Auffächerung statt, in der sich die diversifizierende ländliche Gesellschaft widerspiegelte. Auf den Bauernhöfen, wo die landwirtschaftliche Arbeit nach wie vor



Sportplatzbau im Amt Wenden 1932 durch den Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD). Mühsam wurde eine ebene Fläche geschaffen; Gleisschienen und Loren halfen beim Abtransport des Bodenmaterials. (Kreisarchiv Olpe)



Mit Birken geschmückter Tanzboden auf einer dorfnahen Weidefläche beim Schützenfest in Neuenkleusheim 1927.
(Foto aus Hildegard Brüggemann: Damals – als unser Dorf noch ein „Dorf" war. Ein historisches Bilderbuch von Neuenkleusheim. Neuenkleusheim 2006.)

nur kurze Pausen ermöglichte, hielt man sich auch in der freien Zeit wie zuvor meist am Haus, in Hof und Garten auf. Dies galt besonders für die Älteren und die Frauen. Dem männlichen Teil der Bevölkerung bot sich in den überall entstehenden Gartenwirtschaften mit Kegelbahnen eine Möglichkeit, die Freizeit gemeinschaftlich zu verbringen. Turnen und Fußballspiel fanden zunehmend in den neu entstehenden Vereinsstrukturen statt, die vor allem eine integrierende Wirkung für die vielen zugezogenen Bergleute und Industriearbeiter hatten. Sportplätze, vor allem angelegt für das Fußballspiel, stellten ab den 1920er Jahren die nach Anzahl und Fläche bedeutsamsten Freiräume für Spiel und Sport dar. Es gab aber bereits auch einen Tennisplatz und Landeplätze für Segelflieger. Die Entwicklung der Freibäder stand in den 1920er Jahren noch am Anfang und beschleunigte sich in den 1930er Jahren mit dem zunehmenden Tourismus.

Auch neue Formen der Geselligkeit brachten neuartige Freiraumnutzungen mit sich: Es gab Umzüge und Feierlichkeiten unter freiem Himmel, die weder familiäre noch kirchliche Anlässe hatten – allen voran das Schützenfest mit dem oft extra dafür angelegten Festplatz.

Bereits seit den 1870er Jahren führte die verbesserte Erreichbarkeit durch den Bau der Eisenbahn dazu, dass immer mehr Menschen aus den schnell wachsenden Ballungsräumen an Rhein und Ruhr den negativen Begleiterscheinungen der Industrialisierung entkommen wollten und zur Erholung das Sauerland aufsuchten. Positive Landschafts-

Gasthof Müller
Listernohl
vis a vis Bahnhof.

Neu gebaut und comfortabel eingerichtet, hält sich den Herren
Reisenden, Touristen und Sommerfrischlern
bestens empfohlen.
Schöne romantische Partien in unmittelbarer Nähe des Hauses.
1/2 Hektar Garten-Anlagen mit herrlicher Aussicht auf Lister- und Biggethal.
Post, Telegraph und Telephon im Hause.
Brückenwaage neues System.

Hotels, Gasthöfe und Wirtschaften werben 1899 im Adressbuch des Kreises Olpe mit ihren Gartenanlagen und der romantischen Landschaft.
(Adressbuch des Kreises Olpe 1899)

beschreibungen und die werbenden und strukturierenden Maßnahmen des Sauerländischen Gebirgsvereins (SGV) motivierten zusätzlich, die Region touristisch zu entdecken. Zudem nahm 1909 die Jugendherbergsbewegung im Sauerland ihren Anfang. Schon bald bildeten sich unterschiedliche touristische Freiraumbedürfnisse und Angebote im Freien heraus: Reisende Geschäftsleute hielten sich vor allem in den frisch erbauten Hotels in Bahnhofsnähe auf, die ihnen nach getanen Geschäften einen angenehmen Feierabend in neuen Gartenanlagen, teils ausgestattet mit Kegelbahn, Schießstand und anderen Möglichkeiten der Zerstreuung, boten.

Touristen mit Neugier auf Land und Leute erkundeten das Sauerland vor allem bahnfahrend und wandernd. Sie ließen sich eher abseits der Bahnhofsdörfer an landschaftlich attraktiven Orten nieder. Hier quartierten sie sich in Gasthäusern und Pensionen ein, die ihre Freiräume den Bedürfnissen der Gäste entsprechend herrichteten. Überdachte Sitzplätze in Hausnähe waren besonders beliebt und manche Gasthäuser stellten Konzessionsanträge zum Betrieb einer Gartenwirtschaft. Als touristisch begründetes Projekt baute die Ortschaft Bilstein das erste moderne Freibad im Südsauerland, das 1929 fertig gestellt wurde. Sommerfrischler verbrachten mehrwöchige Urlaube auf dem Bauernhof. Viele Betriebe gestalteten ihre Hofräume zu Vorgärten mit Blumenbeeten und Gartenlaube um, Obstwiesen wurden zu Liegewiesen für Luft- und Sonnenbäder. Als neuartiger Freiraumtyp entstand um 1890 in Elspe ein erster kleiner Kurpark – und in ihm das wohl erste Wassertretbecken Westfalens, angelegt für Anwendungen nach der Kneipp'schen Methode. Der aufblühende Kurbetrieb löste im gesamten Ort Verschönerungsmaßnahmen in privaten und gemeinschaftlichen Freiräumen aus und führte sogar zu einem Dorfpark im stillgelegten Steinbruch – mit künstlich angelegtem Wasserfall.

Nicht jede neue Freiraumnutzung konnte konfliktfrei eingeführt werden. Besonders bei Freibädern stießen unterschiedliche Vorstellungen von Sitte und Anstand zwischen Touristinnen und einem Teil der heimischen Bevölkerung aufeinander, so dass beispielsweise Sichtschutzzäune um Freibäder erbaut werden mussten. Insgesamt konzentrierte sich die touristische Entwicklung im Norden und Osten des Kreisgebietes. Das südliche Hügelland blieb nahezu unberührt und zeigte folglich auch kaum touristisch bedingte Veränderungen in den Freiräumen: Hier im Realteilungsgebiet hatten die kleinen Höfe keinen Raum für Sommerfrischler und die Familien waren mit Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Bergbau völlig ausgelastet.

Innovative Wirkung von Einzelpersonen, Vielfalt der Erscheinungen und Aufräumen mit Klischees

Zwischen 1830 und 1930 bewirkten also die Entwicklungen in der Landwirtschaft, im Garten- und Obstbau sowie das Aufkommen der Freizeit einen Wandel der Freiraumkultur, der zu völlig neuartigen Freiraumtypen führte. Solche, die dem Lebensbereich „Erholen, Spielen, Feiern" zuzuordnen sind, tauchten erst ab Ende des 19. Jahrhunderts und dann in einem sich schnell verbreiternden Spektrum auf; dabei bestanden alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Nutzung. Räumlich differenzierend wirkten zwar weiterhin natürliche und erbrechtliche Unterschiede, jedoch verloren sie an Bedeutung. Wichtig war nun vor allem Verkehrsgunst bzw. -ungunst. Besonders auffallend bei neuartigen Freiraumentwicklungen ist darüber hinaus die innovative Wirkung von Einzelpersonen, sei es als Dorfschullehrer, Baumschulgründer oder Kurarzt, als Gartenbuchautorin oder Staatsbeamter mit starkem Heimatbezug.

Und was ist mit nun mit Bauerngarten und Obstwiesenkranz, Dorflinde und Dorfteich im 19. und frühen 20. Jahrhundert? Die Gärten weisen reliefbedingt eine große Vielfalt in Größe, Zuschnitt und Wegesystem auf. An Beeteinfassungen sind neben Buchsbaum auch Küchenkräuter und Polsterstauden, Ziegelsteine und Natursteine, Bretter und Glasflaschen zu finden. Obstwiesen-„kränze" gab es im Sauerland wohl nie: Die Obstwiesen liegen im Gebiet mit Anerbenrecht eher blockartig verteilt, im Realteilungsgebiet sind sie bei den meisten Dörfern in der klimatisch günstigsten Hanglage an einer Seite des Ortes zu finden. Und die Dorflinde? Ja, es gibt sie, aber auch Rosskastanie und Bergahorn, Eiche und Esche, Bergulme und Rotbuche treten im Sauerland als „Dorfbäume" auf – und bereits um 1900 gehört die Fichte dazu.

Mit den Ausführungen zur historischen Bedingtheit und zum Wandel dörflicher Freiraumkultur soll den Klischees vom „alten Dorf" entgegengewirkt werden. Dörfliche Freiraumkultur ist ein komplexes System (und Teil des noch komplexeren Systems „dörfliche Lebenswelt"). Es ist lohnend, sich mit ihren verflochtenen Entwicklungen zu befassen, denn sie öffnen den Blick auf eine völlig unterschätzte Vielfalt in räumlicher, gesellschaftlicher und zeitlicher Dimension. Wer – etwa im Rahmen aktueller Dorfentwicklungen und Dorfgestaltungsmaßnahmen – auf historische Vorbilder zurückgreifen will, sollte sich nicht an verbreiteten Klischees orientieren, sondern die (Freiraum-)Geschichte des eigenen Ortes erforschen – es ist erstaunlich, wie viel Vergessenes und Verkanntes, gleichzeitig Lehrreiches und Nützliches zum Vorschein kommt. ■

Wende im Flächenverbrauch durch Zertifikatehandel

Dr. Ralph Henger

Der sparsame Umgang mit Freiflächen ist auch vor dem Hintergrund angespannter Wohnungsmärkte ein wichtiges umweltpolitisches Ziel. Bis zum Jahr 2020 möchte die Bundesregierung erreichen, dass nur noch täglich 30 ha für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen benötigt werden. Die Bundesregierung hat daher in einem bundesweiten Feldversuch den Handel mit Flächenzertifikaten getestet. Die Ergebnisse sind äußerst vielversprechend. Nun liegt es an der Politik, das Instrument auch umzusetzen.

Auf gutem Weg, aber noch nicht am Ziel

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich beim Thema Flächensparen einiges getan. Zum einen ist das Thema klar in das Bewusstsein der meisten Planer, Bürgermeister und Kämmerer gerückt. Auch im öffentlichen Bau- und Planungsrecht (Raumordnungsgesetz, Baugesetzbuch etc.) ist der sparsame und schonende Umgang mit Grund und Boden in Leitsätzen mittlerweile fest verankert. Zudem wurden wichtige regulatorische Rahmenbedingungen zur Stärkung der Innenentwicklung vorgenommen (z. B. BauGB-Novelle 2013). Das Ergebnis: Während in den 1990er Jahren noch rund 120 ha pro Tag für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen neu in Anspruch genommen wurden, sind es heute nur noch gut halb so viele.

Trotz dieser Verbesserungen ist die flächenpolitische Situation jedoch weiter unbefriedigend. Der „Flächenverbrauch“ ist zum einen ein ökologisches Problem, da die Verfügbarkeit von Freiflächen die Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen beeinflusst und wertvolle, landwirtschaftlich genutzte Böden zerstört werden. Zum anderen führen die mit weiter steigender Siedlungs- und Verkehrsfläche einhergehenden Infrastrukturfolgekosten für Straßen und Leitungen selbst bei ungefähr konstanter Bevölkerung in Deutschland in Zukunft zu erhöhten Pro-Kopf-Kosten.

Der Zertifikatehandel ist die beste Option, die wir haben

Ohne den Einsatz neuer Instrumente oder die grundlegende Verbesserung der Steuerungsleistung bestehender Instrumente ist das 30-Hektar-Ziel nicht zu erreichen. Der Grund ist einfach: Auch für problembewusste Kommunen ist es immer noch fast unmöglich, allein aus der Konkurrenzsituation mit anderen Kommunen auszusteigen und Flächen auf der grünen Wiese für Wohnungen und Gewerbe nicht auszuweisen. Denn solange die örtliche Bevölkerung das überörtliche Umweltproblem oder das abstrakte Infrastrukturkostenproblem nicht wahrnimmt, stehen Kommunalpolitiker unter direktem Erfolgsdruck bei der Ansiedlung neuer Einwohner und Unternehmen. Mit anderen Worten: Solange Freiflächen keinen Preis erhalten, die den wahren Wert des Bodens reflektieren, werden „aktive“ und angebotsschaffende Baulandstrategien auch zukünftig für die Kommunen attraktiv bleiben, auch wenn sie an der Nachfrage der Bevölkerung und Unternehmen vorbeigeplant sind.

Will man den Städten und Kommunen so weit wie möglich Spielräume erhalten, bietet sich das Instrument des Flächenzertifikatehandels an. Der Charme: Flächensparziele können zielsicher erreicht werden und die Kommunen können vor Ort weiterhin frei entscheiden. Die qualitative Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung übernimmt die Planung wie bisher. Die quantitative Steuerung übernimmt der Flächenhandel.

Zertifikatehandel: Einfache Funktionsweise

Beim Flächenhandel wird die Gesamtmenge an Zertifikaten festgelegt und am Anfang jedes Jahres ausgegeben. Die Kommunen erhalten über einen festen Schlüssel Zertifikate zugeteilt, die zur Ausweisung von jeweils 1 000 m² (= 0,1 ha) Bauland im Außenbereich berechtigen. Der Schlüssel orientiert sich an den Einwohnerzahlen. Die Kommune, die im Rahmen der bestehenden Raumplanung bisher ungenutzte Flächen im Außenbereich festsetzen will, muss die entsprechende Zahl an Zertifikaten bereitstellen. Hat sie zu wenige, muss sie zusätzliche kaufen. Hat sie zu viele, kann sie Zertifikate verkaufen. Die Zertifikate sind zwischen den Kommunen (bundesweit) frei handelbar. Auf diese Weise verfolgen die Gemeinden nur noch diejenigen Bebauungs-

Foto: IW Köln

Dr. Ralph Henger

Leiter des bundesweiten Modellversuchs „Planspiel Flächenhandel“, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Tel. (0221) 49 81 - 744
henger@iwkoeln.de
www.iwkoeln.de

pläne, bei denen sie sicher sein können, mit der Aufsiedlung auch die zusätzlichen Zertifikatskosten begleichen zu können. Jede Gemeinde kann dieses Kalkül im Rahmen der Raumplanung selbst aufstellen und sie kann selbst entscheiden, ob sie eher dazukauft oder verkauft. Unabhängig davon, wie sie entscheidet, bleibt das Flächensparziel gewahrt, weil nur eine bestimmte Menge zur Verfügung steht. Für Rückplanungs- und Rückbaumaßnahmen können die Kommunen zudem zusätzliche Zertifikate – sog. Weiße Zertifikate – erhalten. Die Regelungen des Raumordnungs- und Naturschutzrechts bleiben vom Zertifikatehandel unberührt.

Abbildung: Karte der Modellkommunen

Modellkommunen des Planspiels
Teilnehmerkreis

87 Kommunen aus 12 Bundesländern

- 3 Kernstädte (Karlsruhe, Kassel, Reutlingen)
- 12 Zentren in Ballungsgebieten (z.B. Deggendorf, Dessau-Roßlau)
- 10 Zentren in ländlichen Gebieten (z.B. Bad Säckingen, Schkeuditz)
- 62 kleine Gemeinden (z.B. Duchroth, Euerbach, Meerane)

→ **Guter repräsentativer Querschnitt**

Quelle: Planspiel Flächenhandel, 2017

Der Zertifikatehandel hat den Einführungstest erfolgreich bestanden

Der nun endende 5-jährige, bundesweite Modellversuch „Planspiel Flächenhandel“ mit 87 teilnehmenden Städten und Gemeinden konnte zeigen, dass das Instrument sehr gut funktioniert.[1] Die überörtlich errechneten Mengenvorgaben konnten die Städte und Gemeinden durch den Kauf und Verkauf von Zertifikaten flexibel vor Ort umsetzen.

Die wichtigsten Ergebnisse im Einzelnen:

1. Der Flächenhandel stärkt die Innenentwicklung und aktiviert die Bodenmärkte. Der Zertifikatehandel konnte den Flächenverbrauch im Außenbereich um fast die Hälfte reduzieren. Im Innenbereich wurden dagegen fast alle geplanten Projekte realisiert. Die Nutzung von Potenzialen der Innenentwicklung – Brachen und Baulücken, die bundesweit ungefähr 7 % der Siedlungsflächen ausmachen – konnte die im Modellversuch vollzogenen Einsparungen im Außenbereich vollständig ersetzen.

2. Aktuell stellt jedes dritte geplante Siedlungsprojekt aus rein ökonomischer Sicht für die Kommunen ein Verlustgeschäft dar. D. h., mit der Entwicklung der Fläche würde eine Kommune mehr Ausgaben haben, als sie Einnahmen erzielen kann. Im Modellversuch lagen fast alle der fiskalisch unrentablen Baugebiete im Außenbereich. Im Durchschnitt haben die Kommunen im Modellversuch auf rund zwei Drittel der ursprünglich geplanten Bauprojekte mit negativem Fiskalwert verzichtet.

3. Der Flächenhandel kann in der Praxis seine Wirkung am besten entfalten, wenn die Zertifikate vollständig kostenlos an die Kommunen verteilt werden. Die auf Basis der Bevölkerungszahl einer Kommune vorgenommene Erstzuteilung der Zertifikate hat sich bewährt und erfährt von Seiten der Städte und Gemeinden eine hohe Akzeptanz – insbesondere da sie eine ausreichende Eigenentwicklung garantiert.

4. Jeder Kommune ist bekannt, wie viele Zertifikate sie jährlich erhalten wird, und sie kann diese über mehrere Jahre ohne Restriktionen ansparen. Das ermöglicht allen Kommunen, ihre langfristigen flächenpolitischen Planungen zuverlässig und strategisch nach Maßgabe der zu erwartenden Zertifikate durchzuführen. Der Zukauf von Zertifikaten versetzt Kommunen in die Lage, flexibel auf ggf. höhere Nachfragen zu reagieren.

5. Die Kommunen können zusätzliche Einnahmen erzielen, wenn sie bei mangelnder Flächennachfrage Baurechte zurücknehmen und dafür im Gegenzug zusätzliche Weiße Zertifikate erhalten. Diese können dann entweder für die Außenentwicklung genutzt oder aber verkauft werden, um zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Der Modellversuch belegt den großen Anreiz für die Kommunen, von diesem Instrument Gebrauch zu machen.

[1] www.flächenhandel.de

6. Durch ein Flächenhandelssystem entsteht ein fairer Lastenausgleich zwischen Kommunen, die Bauflächen im Außenbereich ausweisen, und Kommunen, die die Gemeindeentwicklung auf den Innenbereich konzentrieren. Die Ergebnisse des Modellversuchs zeigen, dass wachsende Städte und Gemeinden Zertifikate hinzukaufen müssen, während Kommunen in Regionen mit starker Abwanderung Zertifikate verkaufen können. Damit wird nicht nur eine nachhaltige Siedlungsentwicklung gefördert. Auch die Kommunalfinanzen werden entlastet, da besonders teure Entwicklungsmaßnahmen an falschen Standorten unterbleiben.

7. Nach dem im Modellversuch entwickelten Verfahren können die Kommunen die Anzahl der nachzuweisenden Zertifikate selbst berechnen. Das ist im Rahmen der üblichen Planverfahren ohne großen Aufwand möglich. Die Kommunen melden die benötigten Zertifikate an eine zuständige Verwaltungsbehörde auf Regional- oder Landesebene. Die überprüft die Daten auf Plausibilität und leitet sie an die zuständige Stelle auf Bundesebene weiter. Hierfür sind keine neuen Behörden und nur wenig neues Fachpersonal nötig. Auch die Organisation des Handels über einen Börsenplatz ließe sich schnell und günstig umsetzen.

Flächenhandel ist eine ernsthafte Politikoption

Eine Flächenwende ist nur zu erreichen, wenn sich Flächensparpolitiken für die Kommunen auch finanziell rechnen. Hierfür benötigen wir eine bundeseinheitliche Lösung und einen Preis für Freiflächen, der für alle Kommunen in Deutschland gleichermaßen gilt. Durch einen Flächenzertifikatehandel lässt sich eine effiziente Koordination aller Flächensparmaßnahmen über alle Städte und Gemeinden sowie einzelne Flächennutzungen hinweg herstellen. Die Regionen mit aktuell angespannten Wohnungsmärkten können sich trotzdem ausreichend frei entwickeln, da das System dazu führt, dass neue Flächenentwicklungen nur dort vermieden werden, wo sie nicht sinnvoll sind.

Fokus Flächensparen im Wettbewerb "Kerniges Dorf!" 2017

Der Fokus im Wettbewerb "Kerniges Dorf!" 2017 auf Flächensparen führt die thematischen Schwerpunkte Innenentwicklung und Dorfumbau der Wettbewerbsdurchgänge 2013 und 2015 weiter.

Der Flächenverbrauch ist in ländlichen Räumen deutlich höher als in städtischen Gebieten. Dennoch liegt in den meisten ländlichen Regionen das Augenmerk selten auf einem sparsamen Umgang mit Flächen. Vielmehr ist die Ausweisung von Neubaugebieten vielerorts das Mittel, Zuzug zu generieren. Gleichzeitig stehen in einem Großteil der ländlichen Räume der Erhalt der Wohnfunktion und -qualität in den Ortskernen sowie der Umgang mit Leerstand im Vordergrund.

Solche Ansätze zur Innenentwicklung sind eng mit dem Flächensparen im Außenbereich verbunden. Sie stellen ein wichtiges Instrument für die reduzierte Flächenneuinanspruchnahme dar.

Der von der ASG durchgeführte und im Rahmen des BULE geförderte Wettbewerb "Kerniges Dorf!" greift die Herausforderungen der Innenentwicklung mit dem Ziel auf, gelungene Maßnahmen zu stärken und einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Dabei geht es um die Nach- bzw. Umnutzung von bestehenden Gebäuden oder den Rückbau mit folgender Freiflächengestaltung bzw. Neubebauung. Innenentwicklungskonzepte, die eine Bestandsaufnahme von Gebäuden, Flächen und Infrastruktureinrichtungen umfassen, sind ebenfalls wichtige Maßnahmen. Auch Sensibilisierung durch Beratung und Öffentlichkeitsarbeit oder die Förderung von Initiativen zur Entwicklung von (langfristigem) Leerstand können dazu beitragen, die Ortskerne zu beleben und so Flächen im Außenbereich zu sparen.

Bei den 2017 eingegangenen Bewerbungen findet sich eine große Bandbreite von Ideen, Konzepten und Umsetzungsbeispielen, die als Modell für andere Dörfer und deren Entwicklung genutzt werden können. Anfang August 2017 entscheidet eine Fachjury aus fünf Expertinnen und Experten über die Auswahl von 20 Finalisten, aus denen, nach Besuchen vor Ort, die fünf Sieger ausgewählt werden. Andrea Moser, ASG

Aufstand der Etablierten?

Prof. Dr. Cornelia Koppetsch

Die Bundesrepublik Deutschland (und später auch das vereinigte Deutschland) schien aufgrund jahrzehntelanger wirtschaftlicher Prosperität, aber auch infolge der intensiven Aufarbeitung des NS-Erbes lange Zeit gefeit gegen ernstzunehmende Erfolge rechtspopulistischer Parteien. Der Erfolg der Partei Alternative für Deutschland (AfD) war deshalb für Viele eine Überraschung. Dabei sind es keineswegs die offensichtlich Erfolglosen und Benachteiligten, die die AfD wählen. Vielmehr stellt sich der Zusammenhang zwischen dem Wandel von Ungleichheitsordnungen und der politischen Mobilisierung von rechts sehr viel komplexer dar, als bisher vermutet.[1]

Im Zentrum der folgenden Ausführungen steht die These, dass der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien durchaus als politischer Ausdruck sozialer Spaltungen verstanden werden kann. Wohlstandseinbußen spielen dabei zumeist eine untergeordnete Rolle. Vielmehr sind es Macht- und Geltungseinbußen spezifischer Gruppen in der Mittelschicht, die mit dem Verlust von bislang garantierten Privilegien gegenüber anderen Gruppen im gesellschaftlichen Rollengefüge einhergehen. Zwar hat es immer wieder Warnungen vor einer Spaltung der Gesellschaft gegeben, aber diese bezogen sich zumeist darauf, dass das untere Drittel der Gesellschaft von der Wohlstandsentwicklung abgehängt oder dass der obere und der untere Rand der Gesellschaft immer weiter auseinanderdriften würden. Doch das Erstarken der AfD zeigt, dass die Spaltungen geradewegs durch die Mitte der Gesellschaft gehen.

Rechtspopulistische Mobilisierungsthemen und neurechte Weltsichten

Im Zuge der „Flüchtlingskrise“ kam es seit 2015 zu einer Verstärkung der Kritik am „Islam“ und an der Zuwanderung. Sichtbar wird darüber hinaus eine Verknüpfung mit anderen Anti-Gleichstellungsthemen. Polemisiert wurde gegen die vorgeblich übergreifende „Political Correctness“ und die Dekonstruktion einer „heteronormativen Geschlechterordnung“ (Butler 1991) durch „sexuelle Früherziehung“, „Homoehe“ oder „Gendermainstreaming“. Dabei geht es zumeist um religiöse, sexuelle oder ethnische Minderheiten, die jeweils zu viel Aufmerksamkeit oder gar Sonderprivilegien genießen, während die „eigentlichen Probleme“ nicht angegangen würden.

Über Themen wie Modernisierungskritik, sexuelle Vielfalt, negative Migrationsfolgen und Islamkritik finden rechtskonservative, rechtspopulistische, evangelikale und weniger eindeutig positionierte Gruppen zueinander (Siri 2015). Weltanschauliches Verbindungsglied zwischen diesen Gruppen ist die protestförmige Artikulation traditionalistischer Leitbilder, oftmals auch in expliziter Abgrenzung vom „linken Mainstream“ oder vom „linken“ Establishment. Analoge Verbindungen zu konservativen Narrativen finden sich ebenso bei anderen rechtspopulistischen Kernthemen wie „Familie“, „Patriotismus“, „Heimat“ oder der „Pflege des Christentums“. Damit soll keineswegs bestritten werden, dass zwischen rechtsnationalen, rechtskonservativen und rechtspopulistischen Orientierungen gravierende politische und konzeptionelle Unterschiede existieren, doch zeigt sich, dass konservative Narrative als übergreifende Identitätsangebote fungieren und gegen Gleichstellungs-Politiken und die „von oben“ aufoktroyierte Modernisierung in Stellung gebracht werden.

Der Politikwissenschaftler Michael Freeden (2013) definiert Konservatismus als Gegenideologie zu Liberalismus und Sozialismus, den „progressiven Ideologien“ des 19. und 20. Jahrhunderts. In dieser Lesart gewinnt das neokonservative Weltbild der Rechten seine gegenwärtige Überzeugungskraft durch Abgrenzung zum „postmodernen Liberalismus“, der in westlichen Ländern seit den 1980er Jahren durch aufsteigende Mittelschichten verkörpert wird. Konstitutiv für postmodern-liberale Ideologien sind die kulturelle Öffnung und der Anspruch auf Gleichwertigkeit von Lebensformen, Identitäten und Kulturen. Demgegenüber favorisieren die unterschiedlichen rechtskonservativen, rechtsextremen

Prof. Dr. Cornelia Koppetsch

Institut für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt

koppetsch@ifs.tu-darmstadt.de
www.ifs.tu-darmstadt.de

[1] Stark gekürzte Fassung. Der vollständige Text ist unter www.soziopolis.de/daten/kalenderblaetter/beobachten/kultur/artikel/aufstand-der-etablierten online zugänglich. Dort veröffentlicht am 12.04.2017, zuletzt abgerufen am 10.06.2017.

Tabelle 1: Zusammensetzung der Anhängerschaft der AfD nach sozialen Gruppen (Angaben in Prozent)

	4. Quartal 2013	4. Quartal 2014	4. Quartal 2015	1. Quartal 2016
Geschlecht				
männlich	76	71	71	72
weiblich	24	29	29	28
Alter				
18 bis 24 Jahre	10	10	4	5
25 bis 34 Jahre	14	13	15	12
35 bis 44 Jahre	15	17	16	20
45 bis 59 Jahre	26	29	35	32
60 Jahre und älter	35	31	30	32
Bildung				
niedrig	27	22	21	20
mittel	35	51	54	55
hoch	38	28	24	25
Erwerbsstatus				
Berufstätig	56	58	61	63
Arbeitslos	5	4	2	3
Rentner/Pensionäre	29	26	28	27
Sonstiges	10	12	9	7
Berufsgruppe				
Arbeiter	18	20	23	26
Angestellte	63	58	56	53
Beamte	6	9	6	7
Selbständige	13	13	15	14

Quelle: Infratest dimap, jeweils kumulierte Auswertung des DeutschlandTREND und des Morgen-Magazin DeutschlandTREND: 4. Quartal 2013: N = 5 .552; 4. Quartal 2014: N = 8 .850; 4. Quartal 2015: N = 9 .784; 1. Quartal 2016: N = 8 .886. Prozentuiert auf gültige Werte. In: Niedermayer, Oskar und Jürgen Hofrichter (2016): Die Wählerschaft der AfD. Wer ist sie, woher kommt sie und wie rechts steht sie. ZParl. Jahrgang 47(2).

oder rechtspopulistischen Aktivisten kulturelle Schließungen, die die Errungenschaften der jeweiligen Wir-Gruppe – der Nation, des „Volkes“, der Kernfamilie, des Christentums etc. – gegenüber Außenseitern verteidigen wollen. Die Welt nimmt die Form eines Antagonismus an, eines Gegensatzes zwischen Innen und Außen, ingroup und outgroup, der zugleich auch ein Dualismus zwischen dem Wertvollen und dem Wertlosen ist (das Volk gegen die kosmopolitischen Eliten).

Rechte und liberale Wissensordnungen sind darüber hinaus in unterschiedlichen Zeitperspektiven verankert. Das liberale Weltbild ist in die Zukunft gerichtet und setzt auf Wachstum, Selbstüberbietung und Entgrenzung. Demgegenüber sind rechte Weltbilder auf die Vergangenheit gerichtet, sie prämieren das „Alte“, die Tradition durch Bezugnahme auf historische Erzählungen und althergebrachte Moralkodizes.

Verortungen rechtspopulistischer und rechtskonservativer Milieus im sozialen Raum: Abwärtsmobilität und Hysteresis

Neben dem materiellen Klassenkampf, also einem Kampf um knappe Ressourcen und Positionen, ist nach Bourdieu stets auch der symbolische Klassifikationskampf, also der Kampf um Sichtweisen und Positionierungen, zu berücksichtigen. Von dieser Perspektive ausgehend muss auch das rechtspopulistische bzw. rechtskonservative Wissensregime als Teil eines symbolischen Klassenkampfes, als Kampf um Deutungshoheiten und Denkkategorien verstanden werden. Herausgefordert wird das staatliche Deutungsmonopol des Establishments.

Für die sozialräumliche Verortung der neuen Rechten ist nun nicht in erster Linie das Volumen oder die Zusammensetzung des Kapitals, sondern die Mobilitätsrichtung maßgeblich, genauer gesagt: die relative Abwärtsmobilität im Gesamtgefüge sozialer Lagen. Abwärtsmobilität ist dabei nicht mit Prekarität gleichzusetzen, denn eine Deklassierung kann auch dann stattgefunden haben, wenn man nach wie vor ganz gut dasteht. Auch ist sie nicht auf eine spezifische Lage beschränkt, sondern kann klassenübergreifend konstatiert werden. Dabei geht es, wie gesagt, nicht allein um ökonomische Fragen, sondern um symbolische Anerkennung, Status und Macht.

Gemessen an Einkommen und Bildungsniveau weist die AfD eher eine gemischte Wählerschaft auf und ist daher – durchaus vergleichbar mit der CDU und der SPD – als eine Mittelschichtspartei einzustufen (Niedermayer/Hofrichter 2016) (s. Tabelle 1). Deutschland und die USA stellen insofern Sonderfälle dar, als der Rechtspopulismus hier stärker als in den europäischen Vergleichsländern auch von Höhergebildeten und Besserverdienenden unterstützt wird. Gleichwohl zeigt sich, dass auch in den anderen westeuropäischen Ländern rechtspopulistische Parteien die größte Resonanz nicht in der Unterschicht, sondern in der Mittelschicht, vor allem im „traditionellen Kleinbürgertum“, also bei Facharbeitern, Handwerkern und Kleinstunternehmern und bei Angehörigen einfacher Dienstleistungsberufe, finden (Inglehart/Norris 2016; Oesch 2008).

Zudem wird sichtbar, dass das populistische „Wir“, also die Anhängerschaft der neuen Rechten, kein einheitliches Milieu darstellt, sondern Wählergruppen mit unterschiedlichen Einkommensniveaus und Bildungshintergründen sowie unterschiedlichen Beweggründen umfasst. In der AfD z. B. finden sich die Protestwähler, die ihrer Partei einen Denkzettel verpassen wollen, die wertkonservativen, traditionalisti-

schen Wähler, denen die CDU nicht mehr konservativ genug ist und die in der liberalen, postindustriellen Gesellschaft keine politische Heimat mehr finden. Es finden sich aber auch die „Wutbürger“ und die „Zurückgebliebenen“ in den de-industrialisierten Regionen Ostdeutschlands und Nordrhein-Westfalens sowie die Blogger in den sozialen Medien, die zumeist eher aus gebildeten Milieus stammen.

Was eine Mehrheit der Wähler quer durch unterschiedliche Milieus jedoch eint, ist die grundsätzliche Kritik an gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten wie auch die Einschätzung, mit dem Land als Ganzem gehe es bergab, die Zukunft der Kinder werde verspielt und die Eliten kümmerten sich nicht oder seien nicht kompetent (Müller 2016). Gemeinsam ist den Anhängern also ein pessimistisches Gesellschafts- und Zukunftsbild und das Gefühl der Entfremdung von herrschenden Normen und Strukturen. Es ist das Gefühl, dass Verhaltensmaßstäbe, die für die eigene Identität und Stellung in der Gesellschaft und die gesellschaftliche Wertschätzung bislang relevant waren, nicht mehr gelten und dass der eigene Beitrag, die eigenen Leistungen nicht mehr hinreichend geachtet und gewürdigt werden (Hochschild 2016).

Derartige Entfremdungsgefühle zeigen, dass die Passung zwischen subjektiven Dispositionen und objektiven Strukturen aufgebrochen worden ist (Bourdieu 1982: 238) und bislang für selbstverständlich gehaltene Handlungsoptionen verschwinden. Da der Habitus jedoch träge reagiert und dazu tendiert, die Umstände zu erhalten oder wiederzugewinnen, in denen er reibungslos funktionieren kann, wird die Anpassung an neue Bedingungen erschwert. Der Habitus bleibt seinen Entstehungsumständen verhaftet. Man lebt etwa über seine Verhältnisse, kann trotz drastischer Einkommensreduktionen den freigiebigen Lebensstil nicht aufgeben oder wähnt sich nach wie vor in einer überlegenen Position, derer man allerdings längst verlustig gegangen ist. Das nennt Bourdieu „Hysteresis-Effekt“. Die Ursachen für das Nachhinken des Habitus hinter den gesellschaftlichen Umständen müssen allerdings nicht immer in individuellen beruflichen oder sozialen Deklassierungen begründet sein. Sie können auch durch Modernisierungsschübe ausgelöst worden sein. Denn in Zeiten des beschleunigten Wandels vervielfältigen sich nicht nur die Anpassungsbestrebungen, sondern auch die Trägheitsmomente. Diese zeigen sich z. B. im Überdauern klassischer Bilder von Weiblichkeit oder Männlichkeit in der Familie.

Tabelle 2: Wer hat für Trump gestimmt? (Angaben in Prozent)

	Hillary Clinton	Donald Trump
Christen		
weiße „wiedergeborene Christen“ und Evangelikale	16	81
alle anderen	59	35
Wohnort		
Städtisch	59	35
Vorstadt	45	50
Ländlich	34	62
Ethnie		
Weiß	37	58
Schwarz	88	8
Latinos	65	29
Asiatisch	65	29
Bildungsabschluss		
Highschool oder weniger	45	51
Hochschulbesuch	43	52
Hochschulabschluss	49	45
Postgraduiert	58	37
Sexuelle Orientierung		
Schwul, lesbisch, bisexuell oder transgender	78	14
Hetero	47	48
Einkommen		
Weniger als 50.000 US-Dollar jährlich	52	41
Mehr als 50.000 US-Dollar jährlich	47	49

Quelle: www.dw.com/de/wer-hat-f%C3%BCr-trump-gestimmt/a-36326686. Eigene Grafik.

Auch für den Rechtspopulismus liegt die Vermutung nahe, dass er sich aus Gruppen speist, deren inkorporierte Werte und Weltsichten in der einen oder anderen Form erschüttert worden sind. Am Beispiel der USA lässt sich zudem sehr gut zeigen, dass sich der Cleavage bei den US-Wahlen im November 2016 nicht primär am Wohlstands- und Einkommensgefälle, sondern an Fragen kultureller Hegemonie entzündet hat. Evangelikale, Christen ganz allgemein, Weiße und die ländliche Bevölkerung wählten bevorzugt Trump, während Clinton von Schwarzen (in geringerem Umfang auch von Latinos), Transgendermenschen und der städtischen Bevölkerung bevorzugt wurde. (s. Tabelle 2). Es sind somit Menschen, die einst als gesellschaftlich privilegierte „Majorität“ galten und die sich durch die Gleichstellungspolitik der kosmopolitischen Eliten an den Rand gedrängt fühlen (Inglehart/Norris 2016: 28f).

Der Hysteresis-Effekt kann darüber hinaus die Orientierung am Vergangenen in rechtspopulistischen Weltbildern erklären. Rechtspopulismus ist somit ein politischer Kampf um die Macht zur Wiederaufrichtung vergangener Gesellschaftsordnungen.

Etablierte und Außenseiter: Die Urszene rechtspopulistischer Gefühlslagen

Doch warum gehen rechtspopulistische Weltsichten mit Anti-Gleichstellungspolemik und einer aus liberaler Sicht obsessiven Beschäftigung mit „dem Islam“ einher? Die vorgebliche „Überfremdung“ durch Migranten und die „Auflösung des deutschen Volkes“ werden bekanntlich von Rechtspopulisten als Symptome gesellschaftlichen Niedergangs gedeutet.

Der neuralgische Punkt, an dem sich der rechte Zorn entzündet, ist der Umstand, dass die soziale Stellung im Verhältnis zu aufsteigenden Außenseitergruppen ins Wanken geraten ist. Es sind somit Machtkämpfe in der von Elias und Scotson (1990) untersuchten Figuration von Etablierten und Außenseitern, bei dem sich die Etablierten ein Gruppencharisma zuschreiben, während sie die unterlegene Gruppe durch Stigmatisierungen und Abwertungen in den Stand der Gruppenschande versetzen, welche die Urszene rechtspopulistischer Gefühlslagen darstellt. Die Etablierten sind als die Alteingesessenen zutiefst davon überzeugt, über besondere Befähigungen und höhere moralische Standards zu verfügen. Gleichwohl geht eine stete Bedrohung von den Außenseitern aus, deren bloße Existenz als Angriff auf ihr Wir-Bild und ihre Machtressourcen wahrgenommen wird.

Kein Zweifel kann daran bestehen, dass Abstiegswellen im Zuge der neoliberalen Transformation auch in mittleren und privilegierten Soziallagen zu Deklassierungen geführt und die Angst vor andrängenden Außenseitergruppen forciert haben. Relative Positionsverluste erleiden nicht nur traditionelle Facharbeiter und Handwerker, sondern auch Akteure in bislang privilegierten Stellungen (Drasch 2009), z. B. Akademiker, die sich nicht rechtzeitig auf die Wissensökonomien eingestellt und am Ethos ihrer Profession festgehalten haben; Juristen, Mediziner oder Pädagogen, die sich nicht in die Strukturen des New Public Management einfügen konnten oder wollten, aber auch ältere Menschen, die im Sog immerwährender „Umstrukturierungen“ in den Vorruhestand geschickt wurden und nun erkennen müssen, dass ihr Lebenswerk hinfällig wird (Littler et al. 2003). Gruppenbezogene Positionsverluste zeigen sich außerdem im Geschlechterverhältnis, etwa im Verlust männlicher Vorrechte, wie sie ehemals durch die Rolle des Mannes als Vorstand und Ernährer der Familie verbürgt waren (Koppetsch/Speck 2015).

Von allen Gruppen sind es die altindustriellen Fraktionen der unteren Mittelschicht in den westlichen Ländern, die am sichtbarsten an Bedeutung verloren haben. In Deutschland etwa haben Prozesse der De-Industrialisierung im Ruhrgebiet und vor allem auch in Ostdeutschland zur Verarmung und Entleerung ganzer Landstriche geführt (Gornig/Goebel 2013) und einen Rechtsruck in den betroffenen Regionen nach sich gezogen. Status- und Machtverluste erlitten die altindustriellen Gruppen sowohl auf nationaler Ebene gegenüber den aufsteigenden, kosmopolitisch-liberalen Gruppen, wie auch auf internationaler Ebene gegenüber den Mittelklassen der aufschließenden BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). Dass die führenden Industrienationen mit dem Aufstieg asiatischer Wirtschaftsmächte einen Teil ihrer vormaligen Größe eingebüßt haben, rührt daher oftmals empfindlich am Selbstwert all jener Gruppen, die ihre einstige Bedeutung und Identität den Strukturen der Industriemoderne verdankten. Das Verlangen nach Restauration der alten Ordnung entzündet sich nun häufig an den leibhaftigen Repräsentanten des Wandels, den Fremden, den Muslimen und den Flüchtlingen, denen nun die Rolle der Sündenböcke für die Verwerfungen der Globalisierung zugeschrieben werden kann.

Die Ausgrenzung und Stigmatisierung von Außenseitern allein führt allerdings noch nicht zur politischen Mobilisierung. Die Figuration der Etablierten/Außenseiter muss daher um die Rolle eines Dritten erweitert werden, wenn die Dynamik rechtspopulistischer Mobilisierung hinreichend verstanden werden soll. Der Dritte in der Figuration ist das politische Establishment. Dessen Aufgabe sollte aus der Sicht der Etablierten darin bestehen, ihre Interessen zu schützen und die alte, „gerechte“ Ordnung zu restaurieren. Doch genau dies geschieht aus der Sicht der Betroffenen nicht – im Gegenteil: Das Establishment treibe die destruktiven Kräfte der Globalisierung noch weiter voran und reiche auch noch den Außenseitern, nicht den „eigenen Leuten“, die Hand, gebe den Flüchtlingen günstigen Wohnraum, Sozialleistungen und mahne obendrein noch zu Rücksichtnahme. Die Betroffenen fühlen sich nun vom „System“ verraten, da nicht einmal die Regierung auf ihrer Seite zu stehen scheint. Daraus resultiert auch der populistische Hass auf das Establishment. Indem die kosmopolitischen Eliten fordern, Migranten oder Flüchtlinge „gut“ zu behandeln und Frauen oder Homosexuelle nicht zu diskriminieren,

statt die Interessen der eigenen Gruppe zu schützen, begehen sie aus ihrer Sicht Verrat an den Etablierten.

Ob Ressentiments durch rechtspopulistische Parteien auch tatsächlich erfolgreich geschürt bzw. bedient werden können, hängt davon ab, ob die jeweils stigmatisierten „Außenseiter“ als Konkurrenten um gesellschaftliche Machtpositionen, Arbeitsplätze, Wohnraum oder staatliche Zuwendungen wahrgenommen werden. In männlich dominierten Berufen werden z. B. oftmals Frauen als Außenseiter wahrgenommen. Es erklärt auch, warum Flüchtlinge vor allem in strukturschwachen Regionen Deutschlands, in denen Menschen mit höherer Wahrscheinlichkeit staatliche Transferleistungen erhalten und somit auf die Zuweisungen aus öffentlichen Kassen angewiesen sind, stigmatisiert werden. Hier gewinnt die Frage, wer überhaupt dazu gehört, also wer zur staatlichen Unterstützung überhaupt berechtigt ist, eine zentrale Bedeutung.

Versucht man in dieser Weise den unerwarteten Erfolg der Rechtspopulisten im Kontext der Transformation von Klassengesellschaften im 21. Jahrhundert zu deuten, wird sichtbar, dass es in den politischen Kämpfen dennoch weniger um Verteilungs- als um Kulturkonflikte, d. h. um Auseinandersetzungen um Weltsichten, vor allem zwischen auf- und absteigenden Gruppen geht.

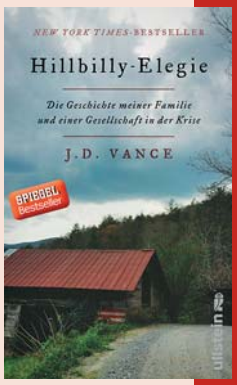
Doch nicht alle Menschen, deren Status durch soziale/berufliche Abstiege oder Modernisierungsschübe bedroht ist, erliegen der rechtspopulistischen Versuchung. Wovon hängt das im Einzelnen ab? Der Unterschied besteht in einer milieuspezifischen Deutung sozialer Statuskonflikte und Erfahrungen des Scheiterns. In liberalen Milieus werden Deklassierungen als individuelles Versagen gedeutet und empfunden. Tief im Inneren ist die Überzeugung vorherrschend, dass individuelle Defizite, etwa mangelnde Fähigkeiten oder Fehlentscheidungen, zum Misserfolg geführt haben müssen.

Ein völlig anderes Bild zeigt sich, wenn die Betroffenen den Eindruck gewinnen, dass sie nicht allein, sondern als Teil einer bislang etablierten Gruppe oder gar als Teil einer gesellschaftlichen Mehrheit von Deklassierungen, Status- oder Geltungsverlusten betroffen sind. Persönliche Abstiegserfahrungen werden dann weniger als individuelles Scheitern, sondern eher als Symptom eines gesamtgesellschaftlichen Niedergangs gedeutet. Diese Haltung erlaubt, am eigenen Gruppencharisma festzuhalten und die Wiederaufrichtung der „Gruppenehre“ zu fordern. Unter dem Dach der propagandistischen Leerformel „Wir sind das Volk“ können ganz unterschiedliche Statusprojekte adressiert werden: die männliche Ehre, die Würde der Arbeiter oder der Landbevölkerung, die Privilegien der autochthonen Deutschen oder der weißen Amerikaner, die entwertete Berufsehre oder auch die in Ostdeutschland häufiger problematisierte „Heimat“. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0217-Literatur-Koppetsch.pdf

Hillbilly-Elegie

LESETIPP!



J. D. Vance. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Gregor Hens. Ullstein, Berlin 2017, 304 S., ISBN 978-3-550-05008-4, 22,00 €.

Armut und Chaos, Hilflosigkeit und Gewalt, Drogen und Alkohol: Genau in diesem Teufelskreis befinden sich viele weiße Arbeiterfamilien in den USA. Aus der Perspektive des „Überlebenden“ beschreibt J. D. Vance, Absolvent der Elite Universität Yale, anschaulich die oft schwer erträgliche Geschichte seiner aus den Bergen der Appalachen stammenden Familie. Eine zentrale Rolle spielt die Großmutter, die dafür sorgte, dass ihr Enkel nicht auf die schiefe Bahn geriet, aber ihren Ehemann mit Benzin übergoss und anzündete. Geschrieben in der Amtszeit Barack Obamas, fällt der Name Donald Trumps nicht.

Das Buch ist, insbesondere weil nicht vornehmlich die Ärmsten Trump gewählt haben, auch nicht als Erklärung für dessen Wahlsieg geeignet. Sehr gut nachvollziehbar wird jedoch, weshalb sich die beschriebenen Hillbillys, die Hinterwäldler, an Obamas Ausdrucksweise und Habitus stören und sich in der Sprache Trumps wiederfinden. Obwohl das Buch im Kern eine Sozialreportage ist, formuliert der 32-jährige Autor keine Forderungen. Ganz konservativ und us-amerikanisch schreibt Vance „Die Politik kann uns unterstützen, aber keine Regierung der Welt kann diese Probleme für uns lösen.“ Familienehre, Religion und Vaterlandsliebe sind die Werte, die seiner Meinung nach in der Hillbilly-Kultur verloren gegangen sind und zurückgewonnen werden müssen. ■ ba

FES-Mitte-Studie 2016:

Rechtspopulismus im ländlichen Raum

Prof. Dr. Beate Küpper

Neben den sich in Großstädten formierenden PEGIDA-Bewegungen gerieten und geraten beim Thema Rechtspopulismus gerade kleinere Städte und der ländliche Raum immer wieder in die Schlagzeilen. Der Beitrag gibt einen kurzen Überblick über die Befunde der Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick/Küpper/Krause 2016[1]) zur Verbreitung rechtspopulistischer, rechtsextremer und neurechter Einstellungen in Deutschland mit einem Blick auf mögliche Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen.[2]

Verbreitung rechtspopulistischer, rechtsextremer und neurechter Einstellungen

In der FES-Mitte-Studie 2016 teilen 20 % der deutschen Bevölkerung eindeutig ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster und sogar 40 % tendieren in diese Richtung. Erfasst wurden rechtspopulistische Einstellungen (Zick/Küpper/Krause 2016) über

- das Ausmaß von Demokratiemisstrauen, das sich in kritischen bis feindselig-pauschalisierenden Äußerungen gegen Politiker, Parteien und demokratische Prozesse richtet,
- einen aggressiven Law-and-Order Autoritarismus, der härtere Strafen und ein härteres Vorgehen gegen Außenseiter und Unruhestifter fordert, sowie
- pauschale Abwertungen von Eingewanderten, Muslimen, Asylsuchenden und Roma, die sich zusammen mit weiteren Abwertungsphänomenen wie Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Sexismus unter dem Terminus der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zusammenfassen lassen (Heitmeyer 2002 – 2011).

Außerdem wurden harte, rechtsextreme Einstellungen in sechs Komponenten erfasst (Decker/Brähler 2006): Verharmlosung des Nationalsozialismus, Befürwortung einer Diktatur unter einem autoritären Führer, nationaler Chauvinismus, Sozialdarwinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Insgesamt teilen heutzutage nur noch knapp 3 % der Bevölkerung solche offen rechtsextremen Einstellungen. Allerdings ist der Anteil jener, die hier zustimmen, in Ostdeutschland von 2,5 % in 2014 auf knapp 6 % in 2016 wieder angestiegen, im Westen liegt er stabil niedrig bei nur gut 2 %. Und noch etwas lässt sich sowohl bei rechtspopulistischen als auch rechtextremen Einstellungen beobachten: Die Meinung ist polarisiert. Während die große Mehrheit eindeutig demokratisch empfindet und sich für soziale und kulturelle Vielfalt ausspricht (und dies 2016 sogar noch deutlicher als 2014), positioniert sich eine nicht ganz kleine, aber laute Minderheit dagegen. So stimmen in 2016 z. B. 56 % der Befragten der klar rechtsextrem konnotierten Aussage: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ überhaupt nicht zu, weitere 10 % stimmen eher nicht zu. Auf der anderen Seite stimmen aber auch immerhin 14 % dieser Aussage voll und ganz zu, 9 % tun dies „überwiegend“ (11 % antworteten mit teils-teils).

Während der laute Rechtspopulismus und insbesondere der harte Rechtsextremismus einfach zu dechiffrieren sind und daher auch von vielen abgelehnt werden, lässt sich inzwischen ein leises Einsickern neurechten Gedankenguts beobachten. Zurückgehend auf die intellektuell und strategisch geschickt operierende sog. „Neue Rechte“ wird hier bis vor Kurzem noch Undenk- und Unsagbares langsam (wieder) salonfähig und auf modernisierte Weise wird über Begrifflichkeiten wie „Identität“ und „Widerstand“ alte völkische Ideologie – jetzt elegant als „Ethnopluralismus“ bezeichnet – bis in seriöse Medien und dann auch die breite Bevölkerung hinein transportiert (dazu Langebach/Raabe 2016).

Foto: privat

Prof. Dr. Beate Küpper

Mercator Fellow, Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen, Hochschule Niederrhein

Beate.Kuepper@hs-niederrhein.de
www.hs-niederrhein.de/sozialwesen

[1] Die Studie wurde unter Leitung von Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt und ist als repräsentative Bevölkerungsbefragung mit rund 2 000 Personen ab einem Alter von 16 Jahren angelegt, die telefonisch interviewt wurden. Die Befragung wurde vom Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum GmbH unter Leitung von Prof. em. Frank Faulbaum im Dual-Frame-Verfahren (70 % Festnetz / 30 % Mobiltelefon) durchgeführt.

[2] Der Beitrag beruht in Teilen auf bereits veröffentlichten Publikationen der Autorin.

28 % der Bevölkerung stimmen in der FES-Mitte-Studie 2016 neurechten Einstellungen zu (Küpper/Häusler/Zick 2016). Beispielsweise meinen 40 % der Befragten „Die Deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert“ (wobei de facto nur 5 – 7 % der Bevölkerung muslimisch sind). Verbreitet ist auch die Unterstellung, die „Meinungsfreiheit“ werde beschnitten. So behaupten 28 % „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen“. Das, was als „freie Meinungsäußerung“ reklamiert und eingeklagt wird, entpuppt sich jedoch nicht selten als purer Rassismus. Die Gefährlichkeit solcher Einstellungen wird in ihrer Nähe zu Gewaltbereitschaft und damit auch zum Rechtsextremismus deutlich: 48 % der Befragten stimmen zumindest teils-teils oder sogar eher bzw. voll und ganz der Aussage zu: „Die Wut der Bürger auf die Zuwanderung ist absolut verständlich“, 14 % geben an „Ich bin bereit, mich mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen“.

Sind rechte Einstellungen im ländlichen Raum besonders verbreitet?

In der soziologischen Literatur gilt der ländliche Raum als besonders anfällig für Fremdenfeindlichkeit. Zurückgehend auf Park (1916) und Durkheim (1893/1977) wird argumentiert, auf dem Land sei es aufgrund der geringeren „Masse“ schwieriger, mit Menschen aus unterschiedlichen Gruppen in Kontakt zu kommen. Aus der sozialpsychologischen Vorurteilsforschung ist wiederum der Kontakt als ein wichtiger Faktor bekannt, der vor Vorurteilen schützen bzw. hilft, Vorurteile abzubauen (Pettigrew/Tropp 2008). Im ländlichen Raum fallen „Fremde“ zunächst einmal viel leichter auf, hinzu kommt ein stärkerer Zwang zur Konformität – weil das Ausweichen nicht so einfach möglich ist –, der sich in eine Neigung zum Autoritarismus übersetzen lässt. Ein weiterer Grund für die höhere Fremdenfeindlichkeit ist die starke Abwanderung von besser qualifizierten und oft auch besser gebildeten Personen gerade aus den ländlichen Regionen im Osten nach der Wende. Zurückgeblieben sind vor allem ältere, weniger gut gebildete, sich abgehängt und politisch machtlos fühlende Menschen, die also Merkmale tragen, die üblicherweise mit einem höheren Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit einhergehen und die zudem ein Klima schaffen, das Fremdenfeindlichkeit wahrscheinlicher macht (Petzke, Endrikat, Kühnel, 2006).

In der Mitte-Studie 2016 sind rechtspopulistische, rechtsextreme und neurechte Einstellungen auf dem Land z. T. zwar signifikant stärker ausgeprägt, aber – das muss betont werden – der Unterschied zwischen Stadt und Land ist dabei nicht sehr groß (hierfür wurden die Daten nach Gemeindegröße analysiert[3]). Es zeigt sich vor allem ein nahezu linear ansteigendes Ausmaß von Autoritarismus und Feindlichkeit gegen „Fremde“, je kleiner die Gemeinde wird. Dies gilt vor allem für die klassische Fremdenfeindlichkeit und die Abwertung von Asylsuchenden, in der Tendenz auch für die Abwertung von Muslimen, die in Großstädten, in denen besonders viele Muslime leben, am wenigsten weit verbreitet ist, während die Abwertung von Sinti und Roma tendenziell in größeren Städten etwas weiter verbreitet ist als auf dem Land. Auch der Glaube an eine Islamverschwörung steigt, je kleiner die Gemeinde ist. Vor allem eine kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union und eine damit verbundene Forderung nach nationaler Rückbesinnung ist auf dem Land weiter verbreitet als in größeren Städten.

Befragte, die auf dem Land wohnen, sympathisieren indes nicht wesentlich häufiger mit der AfD als Einwohner/-innen kleinerer und mittelgroßer Städte. Auf dem Land und in Städten bis 100 000 Einwohnern lag zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2016 der Anteil von Befragten, die sich vorstellen könnten, die AfD zu wählen, bzw. die schon einmal daran gedacht haben, diese Partei zu wählen, bei ca. 11 %; in größeren Städten ab 100 000 Einwohnern bei knapp 8 %. Nur in Großstädten ab 500 000 Einwohnern ist deren Anteil mit knapp 4 % deutlich geringer.

Hinschauen, wenn sich rechtspopulistische Einstellungen verbreiten

Ob pauschale Beschimpfung von Eliten, Verachtung für langwierige demokratische Prozesse oder mal offen, mal subtil – z. B. über die Behauptung unüberwindlicher kultureller Unterschiede – daherkommende Abwertungen von diversen sozialen Gruppen: Der demokratischen Verfasstheit – und dazu gehört im Kern die Gleichwertigkeit in Verschiedenheit – droht nicht nur vom lauten, leicht erkennbarem Rechtspopulismus Gefahr, sondern mehr noch durch sein leises Einschleichen im vermeintlich bürgerlichen Gewand. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0217-Literatur-Kuepper.pdf

[3] Für die Auswertung nach Gemeindegröße standen nur die Daten der Befragten, die über das Festnetz erreicht wurden, zur Verfügung (70 % der Gesamtstichprobe, n = 1 466). Die über das Festnetz erreichten Befragten unterscheiden sich im Ausmaß von rechtspopulistischen, rechtsextremen und neurechten Einstellungen nicht signifikant von jenen, die nur über Mobilanschluss verfügen und über das Handy erreicht wurden (30 % der Gesamtstichprobe, n = 430). Befragte, die nur über einen Mobilanschluss verfügen, sympathisieren etwas und signifikant häufiger mit der AfD als Befragte mit Festnetz (14 vs. 9 %).

Was begründet rechtspopulistische Wahlerfolge in ländlichen Räumen?

Prof. Dr. Titus Simon

Wo die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Instanzen in Folge wirtschaftlicher und sozialer Erosionsprozesse geschwächt wurden und Menschen von der oft propagierten demokratischen Wertegemeinschaft in ihrem konkreten Alltag nichts (mehr) wahrnehmen, ist der Boden für ein Erstarken des Rechtsextremismus und – in Deutschland weitaus später als in anderen europäischen Ländern – des Rechtspopulismus wohlbereitet. Dies gilt keineswegs ausschließlich, aber vermehrt für ländliche Räume und am stärksten in solchen, in denen es für jüngere Akteure der Zivilgesellschaft aus wirtschaftlichen, aber auch aus Gründen des „sozialen Klimas“ keine oder zu gering entwickelte Haltefaktoren gibt.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus wird zur anhaltenden Aufgabe

In Erweiterung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist es mit Blick auf den aktuellen Zustand unserer Gesellschaft zwingend geboten, den Rechtspopulismus als langfristige Herausforderung zu betrachten. Ein „Aufatmen“ nach den Wahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wo die Alternative für Deutschland (AfD) im Frühjahr 2017 ihre gesetzten Wahlziele, abgesehen vom Einzug in die jeweiligen Landtage, deutlich verfehlt hat, ist unangemessen. Es genügen mittlerweile geringfügige Anlässe, um dem Populismus eine offene Bühne zu bereiten und die Wahlchancen der AfD wieder zu erhöhen. Dass trotz chaotischen parteiinternen Vorgängen und unzulänglichen programmatischen Vorlagen weiterhin mit einem soliden Sockel an Wählerstimmen gerechnet und damit auch ein Fortbestand der Partei erst einmal garantiert ist, hat mehrere Gründe:

- Aus unübersichtlich gewordenen globalen Zusammenhängen resultierende Verunsicherungen schaffen in Verbindung mit einer unüberschaubaren Informationsflut eine vermehrte Bereitschaft zur Übernahme von Erklärungen, Positionen und Bildern, die für möglichst rasche emotionale Entlastung sorgen. Gerade im Kreis derer, die sich mehr als andere vom Gemeinwesen und ihren Repräsentanten geschützt und versorgt sehen möchten, sind diese Entlastungsbedürfnisse ausgeprägt. Dies gilt noch vermehrt für unselbständige, Risiken scheuende, unsichere Menschen. Bezüglich der medienverstärkten „Gefühlsaufwallungen“, der abnehmenden Orientierung an den Repräsentanten des „Systems“ und der wachsenden Macht der plausibel aufgemachten unwahren und verfälschten Botschaften steht unsere Gesellschaft erst am Anfang einer bedeutenden Entwicklung.
- Erstmals scheinen sich mit PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes), ihren lokalen Ablegern und der AfD auch in Deutschland nebeneinander außerparlamentarische und parlamentarische Kräfte zu etablieren, die zumindest vorübergehend die traditionellen rechtsextremen Parteien überflügeln.
- Der AfD ist es trotz großer Krisen und der Abspaltung ihres gemäßigten Flügels gelungen, seit 2014 in alle Landtage einzuziehen, die neu gewählt wurden. Auch wenn die Partei gerade in ostdeutschen Großstädten beachtliche Ergebnisse erzielt hat, existiert mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik bei den Wahlergebnissen ein deutliches Land-Stadt-Gefälle.
- Damit erreicht eine Entwicklung Deutschland, die in anderen Ländern Europas be-

Prof. Dr. Titus Simon

Hochschullehrer i. R., lehrte zuletzt an der Hochschule Magdeburg-Stendal, vermehrt schriftstellerisch und publizistisch tätig

titus.simon@gmx.de
www.titus-simon.de

reits seit vielen Jahren nicht nur spürbar geworden ist, sondern bei der Rechtspopulisten, wie z. B. in Finnland, Ungarn, Polen und Italien, entweder an Regierungen beteiligt sind bzw. waren, oder, wie z. B. in Dänemark, selbst als Oppositionspartei maßgeblich die Landespolitik beeinflussen.

- Eine große Bedeutung kommt dem Umstand zu, dass die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus unscharf sind. Damit ist es auch schwieriger geworden, klar zu bestimmen, was noch berechtigte oder wenigstens zulässige Kritik – etwa an der aktuellen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung – darstellt und wo bereits gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beginnt.

Unruhe und Verunsicherung innerhalb demokratischer Gesellschaften produzieren Ungeduld und Unzufriedenheit (Kuleßa, Mühlhausen 2015: 6), aber auch – wie in der jüngsten Zuwanderungskrise – Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft oder gar der Demokratie als Staatsform. Werner A. Perger (erstmals 2009) verweist auf den in der Politikwissenschaft gebräuchlichen Begriff der „democracy fatigue“. Gemeint sind damit eine Art der Übermüdung und ein in Teilen der Bevölkerung wachsendes Desinteresse an der Demokratie:

„Die Enttäuschten, die sich oft auch betrogen fühlen, fordern (...) Veränderungen, mehr Effizienz, und das heißt häufig auch: straffere Führung, stärkere ‚Führer‘, mehr Entschlossenheit und Machtworte, wie sie nicht gerade demokratietypisch sind“ (ebd.).

Ein besonderes Kennzeichen des Rechtspopulismus ist die Emotionalisierung von Politik. Eine daraus resultierende Rückkoppelung entsteht dadurch, dass der Populismus den Frust und die Emotionalisierung seiner Anhänger weiter aufheizt, ohne tatsächlich Abhilfe schaffen zu können.

Die genannten Gründe haben in der Vergangenheit zum Erstarken des Rechtsextremismus beigetragen und gelten unverändert als Ursachen für den wachsenden Rechtspopulismus. Studien, wie etwa die zehnteilige Analyse „Deutsche Zustände“ (Heitmeyer u. a. 2002 ff.) belegen, dass das Verlangen nach autoritärer Führung weit über das Wählerpotenzial der Rechtsextremen hinausgeht und nun vermehrt Nichtwähler mobilisiert, die sich vom brachialen Stil der NPD und ihrer Umfeld-Organisationen abgestoßen fühlten.

Die schrille Vielfalt des Rechtspopulismus

Eine Studie der TU Dresden widerlegt einmal mehr die falsche Annahme, wonach sich die Anhängerschaft des Rechtsextremismus bzw. des Rechtspopulismus vor allem aus dem Kreis deklassierter Jugendlicher, Arbeitsloser und Kleinrentner speist. Der Politikwissenschaftler Hans Vorländer (2015) hat die schwierige Aufgabe bewältigt, der Frage nachzugehen, welche Personenkreise sich an den Dresdener „Montagsdemonstrationen“ von PEGIDA beteiligen.

Zwischen PEGIDA- und AfD-Anhängern gibt es Überscheidungen. Und vor allem 2016 stand für beide Organisationen die massive Kritik der „Überfremdung“ im Vordergrund.

Dabei wird oft übersehen, dass die AfD derzeit noch keine gefestigte Partei ist. Derzeit weist sie noch mehrere Flügel auf:

- Die ursprünglich dominierende neoliberale eurokritische Strömung ist stark geschrumpft und wird heute von einem kleinen Kreis um Jörg Meuthen repräsentiert.
- Interessant ist, dass dieser und sein Umfeld dennoch mit den Rechtsaußen seiner Partei kooperieren.
- Dann gibt es die Nationalkonservativen, deren Staatsverständnis im 19. Jahrhundert wurzelt. Zu diesen zählt beispielsweise der brandenburgische Vorsitzende Gauland.
- Verschiedene Gruppen konservativer Christen („Evangelikale“) finden sich in der Islamfeindlichkeit, im Versuch, ein antiquiertes Familienbild zu bewahren und in der Ablehnung nichtkonventioneller sexueller Orientierungen. Eine typische Vertreterin ist Frauke Petry.
- Brückenbauer nach rechts: Schließlich gibt es vor allem in den ostdeutschen Ländern Gruppen und Einzelpersonen, die regelmäßig die Grenze zum Rechtsextremismus überschreiten. Zu diesen gehören etwa André Poggenburg, Björn Höcke und Hans-Thomas Tillschneider, der sich offen für eine Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung einsetzt.

Was macht ländliche Räume besonders anfällig?

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keinen einheitlichen ländlichen Raum. Das Spektrum reicht von ballungsraumnahen „Schlafdörfern“ über eine abnehmende Zahl typischer, von kleiner und mittlerer Landwirtschaft geprägter Gemeinden, solchen – meist in Nord- und Nordostdeutschland sowie in Teilen Mitteldeutschlands gelegenen –, in denen wenige landwirtschaftliche Großbetriebe dominieren, bis hin zu „sterbenden“ Dörfern in Zonen, die wir als „prekäre ländliche Räume“ bezeichnen. Sie sind gekennzeichnet von Abwanderung, Überalterung, schrumpfender sozialer Infrastruktur, geringeren Wohnstandards und fehlender Finanzkraft, nicht zuletzt auch aufgrund unzureichender oder fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten. Durchmischungen zwischen Alteingesessenen und Neubürgern sind geringer.

Zu deren Besonderheiten gehören die großen Entfernungen zwischen den Orten einerseits und die große Nähe bzw. Sozialkontrolle innerhalb der Orte andererseits. Besonders der letztgenannte Punkt führt häufig zur Tendenz der Homogenisierung der Dorfgemeinschaft und zur Abwehr unkonventioneller Lebensstile. Hinzu kommt die Skepsis gegenüber sog. Experten von außen. Becker und Hafeneger (2012) beschreiben die Wirksamkeit lokalistischer Orientierungen, die im ländlichen Raum noch stärker ist als in relativ anonymen urbanen Siedlungen. Die Verpflichtung gegenüber ihren Nächsten leitet sich aus einer „Nahmoral“ ab, was wiederum einen höheren Konformitätsdruck erzeugt. Daraus erklärt sich auch der Sachverhalt, dass ein von außen – durch „Fremde“ – an dörfliche Gemeinwesen herangetragener Rechtsextremismus sich schwer tut, dort Fuß zu fassen. Wenn es den Rechtsextremen allerdings gelingt, sich als integriert und seriös angepasst darzustellen und dabei auch die Rolle des „lokalen Kümmerers“ gepflegt wird, greift vielerorts eine „Schweigespirale“, was dazu führt, dass diejenigen, die diese Positionen nicht teilen, sich nicht mehr wahrnehmbar artikulieren (ebd.: 150). Diese Wirkmechanismen gelten für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen.

Die unterentwickelten Dörfer besitzen – außer eventuell noch günstigen Immobilienpreisen – wenig Anziehungskraft für besser gebildete und junge Familien.

Die Pluralisierung der Lebenslagen und die zunehmende Mobilität bricht die „Geschlossenheit“ von Dörfern zunehmend auf. Diese existiert allerdings in den peripheren, strukturschwachen ländlichen Sozialräumen noch in stärkerem Maße weiter als in Gemeinden mit einer dynamischen Entwicklung. In Dörfern mit starker Ab- und nur geringer Zuwanderung halten die „Verbliebenen“ noch häufig das „geschlossene System Dorf“ aufrecht. Zugezogene bleiben über Jahrzehnte „Fremde“ oder „Neue“. Familien- und Nachbar-

LESETIPP!

Schweigen heißt Zustimmung

Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen, Aktualisierte Arbeitshilfe

Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.). Berlin 2017, 260 S., ISBN 978-3-00-055217-5, kostenlos als download oder gegen Portokosten beim Bund der Deutschen Landjugend zu beziehen.

Die im Auftrag des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) von Professor Dr. Titus Simon und seinem Team von der Hochschule Magdeburg erstellte Aktualisierung einer 2008 vom BDL herausgegebenen Studie zu Rechtsextremismus in ländlichen Räumen nimmt die Entwicklungen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in den Blick und stellt sich offensiv gegen eine schleichende Vereinnahmung der Dörfer durch Rechtsextreme. Das Buch enthält – neben der Darstellung des Rechtsextremismus im Kontext der Moderne – Ergebnisse empirischer Studien im ländlichen Raum und einen Überblick über rechtsextreme Organisationen und Aktivitäten. Diese werden durch „Erkennungshilfen“ für Symbole, Musik und Kleidung ergänzt – Bomberjacken und Springerstiefel sind heute eher out. Ein wichtiger Teil der Studie sind Handlungsanforderungen und Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus. „Gerade die lokalen prominenten Köpfe müssen klar Haltung beziehen. Gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen muss ein gemeinsames Vorgehen abgestimmt und umgesetzt werden“, so Prof. Titus Simon. Ein Exkurs zum Rechtspopulismus rundet das Buch ab. ■ ba

schaftsstrukturen prägen das kommunale Leben. Offensive Einflüsse von außen werden – etwa bei der Auseinandersetzung um lokale rechtsextremistische Vorfälle – als unnötig oder anmaßend zurückgewiesen.

Innerhalb dieser „geschlossenen Dörfer“ dominieren kommunale Diskursführer. Diese müssen nicht mit den gewählten politischen Repräsentanten übereinstimmen (ebd.). Manchmal wird eher dem Schulleiter, dem Bäcker oder dem Vorsitzenden des Faschingsvereins zugehört. Der Bürgermeister wurde mancherorts nur gewählt, weil es keinen anderen Kandidaten gab oder der Gegenkandidat noch unbeliebter war.

Typisch für viele ländliche Kommunen ist auch der die Öffentlichkeit meidende Umgang mit Konflikten. Es wird meist Wert darauf gelegt, Konfliktlösungen unter sich auszumachen. Externe Dritte sind dabei häufig ebenso ungern gesehen wie staatliche Repressionsorgane.

Die ländlichen Räume Europas und Deutschlands sind nunmehr seit Jahrzehnten einem spürbaren Wandel unterworfen. Homogene und strukturell ländliche Sozialräume gibt es als Folge globaler, nationaler und endogener Entwicklungen nicht mehr – besser noch – es hat sie wohl seit Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr gegeben. Das Zusammenspiel von immanent in den ländlichen Räumen verankerten endogenen Konfliktpotenzialen und Strukturdefiziten und den globalen „externen“ Entwicklungstrends führt zu deutlichen Brüchen und spaltet die ländlichen Räume. Die Erfolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien resultieren in ländlichen Räumen unverändert daraus, dass rechte Ideologien an Fragmenten traditioneller Werthaltungen anknüpfen, die auf dem Lande stärker präsent sind: Konventionalismus, Autoritarismus, Homophobie bis hin zum Rassismus. Vielerorts hat sich über Jahre hinweg ein lokaler ländlicher – gemeinsam geteilter – gesellschaftlicher Sozialisationsraum entwickelt, in dem eine affektive Gestimmtheit für rechte Mentalitäten, Stereotypen und Vorurteile vorherrscht (bereits: Hafeneger 2006: 35).

Ein Fazit

Schaut man auf die gesamte Karte der Bundesrepublik Deutschland, sind Rechtspopulisten in ländlichen Räumen erfolgreicher als in urbanen Zonen. Gründe für ein Erstarken des Rechtspopulismus sind in hohem Maße mit denen identisch, die zuvor bereits eine stärkere Zustimmung zum Rechtsextremismus hervorgerufen haben (bereits: Bund der deutschen Landjugend 2009). Allerdings gelingt es dem Rechtspopulismus im Unterschied zum Rechtsextremismus noch nicht, Angebote zu entwickeln, die für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv sind. Dies gilt sowohl für das klare Bekenntnis zur Gewalt der extremen Rechten als auch für deren breit gefächertes jugendkulturelles Angebot (siehe hierzu: Bund der Deutschen Landjugend 2017: 153 ff.). ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0217-Literatur-Simon.pdf

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa

LESETIPP!

Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien

Frank Decker, Bernd Henningsen, Kjetil Jakobsen (Hrsg.). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015, 414 S., ISBN 978-3-8487-1206-9, 79,00 €.

Der Sammelband greift verschiedene Aspekte des Rechtspopulismus, des Rechtsextremismus sowie des Rechtsterrorismus auf. Im Fokus der Arbeiten stehen dabei die wachsende Rolle der Medien und des Internets sowie Möglichkeiten und Grenzen einer kritischen Auseinandersetzung am Beispiel der nord- und westeuropäischen Staaten. So werden anhand des Falls Breivik der steigende Einfluss digitaler Medien auf Radikalisierungsprozesse und deren Folgen für die norwegische Gesellschaft untersucht. Auch aktuelle Entwicklungen in Deutschland wie der Aufstieg der AfD und der anhaltende Rechtsruck werden thematisiert. Insgesamt schaffen die Autoren eine informative Grundlage, um weitergehend geeignete Gegenstrategien auf gesamteuropäischer Ebene zu erforschen. ■ br

Filterblasen, Echokammern und die Öffentlichkeit der Intermediäre

Dr. Jan-Hinrik Schmidt

Google, Facebook, YouTube oder Twitter sind in den vergangenen Jahren zu bedeutenden „Informationsintermediären“ geworden, also zu Internetangeboten, die wichtige Vermittlungs- und Orientierungsfunktionen erfüllen. Sie stellen ihren Nutzern Mittel zur Verfügung, sich die Fülle und Vielfalt der online verfügbaren Informationen zu erschließen – gerade auch in Hinblick auf solche Themen, die journalistisch-publizistische Anbieter nicht abdecken, etwa gruppenbezogene Belange oder Informationen zu Nischeninteressen. Dazu kommt, dass das Internet seinen Nutzern seit jeher viele Möglichkeiten bietet, selbst aktiv zu werden und Erfahrungen, Erlebnisse und Meinungen mit anderen zu teilen. Neben Inhalten, die sich vor allem an die persönliche Öffentlichkeit des eigenen Freundes- und Bekanntenkreises richten, geht es dabei immer wieder auch um gesellschaftlich relevante Themen und Debatten, zu denen sich Menschen ohne großen Aufwand einbringen können.

Eingeschränkte Vielfalt durch Filterblasen

Und doch prägt ein gewisses Unbehagen den aktuellen Diskurs um Intermediäre, denn offensichtlich verschieben sie das Gefüge von Öffentlichkeit so grundlegend, dass sich auch ungewollte oder gar demokratisch unerwünschte Folgen zeigen. Die derzeit größten Bedenken gelten in dieser Hinsicht wohl dem Szenario der „Filterblasen“, das der Publizist Eli Pariser bereits 2011 popularisiert hat. Er drückte die Sorge aus, dass die gegenwärtige Gestalt des Internets dazu führe, dass Menschen nur noch sehr eingeschränkte Vielfalt erleben und nicht mehr mit Informationen konfrontiert sind, nach denen sie nicht explizit gesucht haben oder die ihr etabliertes Weltbild in Frage stellen würden. Dafür seien drei miteinander verschränkte Ursachen verantwortlich: Um Informationsfülle zu verarbeiten und kognitive Dissonanz zu vermeiden, greifen erstens viele Menschen auf Strategien der selektiven Auswahl zurück, anstatt sich beständig aus allen verfügbaren Quellen in alle denkbaren Richtungen zu informieren. Hinzu kommt zweitens die Tendenz von Menschen, sich mit Personen zu umgeben, die ihnen – z. B. in Hinblick auf Bildungsstand oder politische Einstellungen – ähnlich sind. Diese psychologischen und soziologischen Faktoren treffen bei den Intermediären drittens auf algorithmische Systeme wie etwa den Newsfeed von Facebook oder die Videoempfehlungen auf YouTube. Sie personalisieren Informationen, d. h., sie filtern vorrangig danach, ob bestimmte Quellen oder Inhalte (a) vom Nutzer in der Vergangenheit bereits als relevant eingeschätzt wurden (gemessen etwa durch Klicks oder Verweildauer) sowie (b) ob sie von Mitgliedern seines erweiterten Netzwerks erstellt, kommentiert oder empfohlen wurden. Die drei Faktoren zusammen können, so die These von Pariser, sich wechselseitig verstärken und zu einer sukzessiven Verengung der Weltsicht führen.

Eine Reihe von Studien hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es keinen eindeutigen und deterministischen Zusammenhang zwischen Intermediärsnutzung und Meinungsbildung gibt, dass man also nicht automatisch in Filterblasen landet, wenn man Intermediäre nutzt. Die Mehrheit der Internetnutzer hat ein mehr oder weniger breites Spektrum von Informationsquellen, die Themen von generellem Interesse oder auch unerwartete Informationen liefern. Neben den Intermediären sind in dieser Hinsicht auch die etablierten journalistischen Medien zu nennen, die nach wie vor eine wichtige Rolle dabei spielen, uns über die Welt um uns herum zu informieren.

Doch obgleich für die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Hinsicht Entwarnung gegeben werden kann, gibt es Hinweise darauf, dass Filterblasen existieren, etwa für die Anhänger von Verschwörungstheorien oder auch von politisch extremen Positionen, die – aus gutem Grund – in den journalistischen Medien keinen Platz finden. Für solche Gruppen sind die sozialen Medien unverzichtbar geworden, um sich untereinander mit Informationen zu versorgen, die objektiver journalistischer Prüfung in aller Regel nicht standhalten würden.

Foto: Hans-Bredow-Institut

Dr. Jan-Hinrik Schmidt

Wissenschaftlicher Referent für Digitale Interaktive Medien und Politische Kommunikation, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung, Hamburg

Tel. (040) 45 02 17 - 83
j.schmidt@hans-bredow-institut.de
www.hans-bredow-institut.de

Foto: © Cybrain – Fotolia.com

Wechselseitige Bestätigung vorgefasster Meinungen in Echokammern

Insbesondere auf Netzwerk- und Videoplattformen können Kommunikationsräume entstehen, in denen der verständigungsorientierte Austausch von Argumenten nicht im Vordergrund steht, sondern wo sich Menschen wechselseitig in ihrer vorgefassten Meinung bestätigen. Diese „Echokammern", in denen nur noch zu Gehör kommt, was dem Gruppenkonsens entspricht, sind vor allem dann problematisch, wenn sie um extreme, intolerante und undemokratische Haltungen herum entstehen und die Meinungsäußerungen die Grenzen des Zulässigen streifen oder gar überschreiten. Ohne solche „Hate Speeches" entschuldigen zu wollen – zumindest in einigen dieser Fälle äußern sich Nutzer aus dem Moment heraus und schätzen die Reichweite und Persistenz ihrer Äußerungen nicht ab. Doch gerade bei Themen wie der Flüchtlingskrise geschehen Provokationen und Beleidigungen längst mit Kalkül, um die Grenzen des Sagbaren zu verschieben und Diskurse zu radikalisieren. Längst bleibt dies auch nicht mehr auf die Kommentarbereiche von Facebookgruppen oder einschlägigen Foren beschränkt, sondern schwappt – in Form von PEGIDA-Demonstrationen oder auch fremdenfeindlich motivierten Übergriffen und Anschlägen – ins „echte Leben" über.

Betreiber von Intermediären entziehen sich noch zu oft der Verantwortung, wenn Grenzen des gesellschaftlich Tolerierbaren überschritten werden

Die Betreiber von Intermediären ziehen sich angesichts dieser Problematik bislang meist auf die Haltung zurück, sie würden ja nur die Plattformen bereitstellen, auf denen sich Nutzer äußern können. Doch damit machen sie es sich zu einfach. Zwar erstellen Intermediäre keine eigenen Inhalte, doch sie setzen dem Nutzerhandeln Grenzen und Spielräume, nämlich in Form von Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Community Standards sowie insbesondere durch die Gestaltung der Software selbst. So entsteht ein fundamentaler Konflikt: Die immanenten Regeln eines weltweit operierenden Angebots wie Facebook oder Google treffen auf kulturelle Werte und Normen sowie nationale Rechtsrahmen, die ganz unterschiedliche Grenzen zwischen freier Meinungsäußerung und Hassrede, Verleumdung, Volksverhetzung o. ä. ziehen.

Eli Pariser prägte den Begriff „Filterblase".

Foto: Al Diaz / Knight Foundation (Quelle: www.flickr.com/photos/knightfoundation/6913888023/ – Lizenz: creative-commons.org/licenses/by-sa/2.0/)

Dieser Umstand ist deswegen so bedeutsam, weil eine funktionierende, zivilisierte Öffentlichkeit für den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften unverzichtbar ist: Wir brauchen Kommunikationsräume und Foren, in denen wir mit vielfältigen Informationen über die Welt um uns herum konfrontiert werden und auch kontroverse Meinungen austauschen können, ohne aber die Grenzen des gesellschaftlich Tolerierbaren zu überschreiten. Die Betreiber von Intermediären haben in dieser Hinsicht auch die Verantwortung, die Grundlagen der demokratischen Gesellschaften, in denen sie entstanden sind und denen sie ihren ökonomischen Erfolg verdanken, nicht zu gefährden. Doch bislang scheint es, dass sie sich bestimmten Verpflichtungen – wie der Einräumung demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung oder der Transparenz und Accountability – so weit wie möglich zu entziehen versuchen. Diese Schieflage zu korrigieren, ist eine wichtige gesellschaftliche und politische Aufgabe für die kommenden Jahre. ■

Aktuelle Informationen finden sich im Blog des Autors unter www.schmidtmitdete.de

Mehr Populismus durch Gebietsreformen?

Felix Rösel

Gebietsreformen galten bisher eher als „Leckerbissen“ für Verwaltungsexperten und Technokraten. Die Auswirkungen von geschlossenen Rathäusern und einer geringeren Zahl ehrenamtlicher Kommunalpolitiker gehen jedoch weit über die reine Bürokratie hinaus. Neue wissenschaftliche Studien weisen spürbare politische „Nebenwirkungen“ von Gebietsreformen nach: Die Schaffung größerer Gebietsstrukturen reduziert die politische Teilhabe vor Ort und verstärkt populistische Tendenzen.

Mit Gebietsreformen verbinden sich regelmäßig große Hoffnungen auf Kosteneinsparungen, Effizienzgewinne und Wachstumsimpulse. Nicht nur unter Praktikern, sondern auch in der Wissenschaft ist die Effektivität von Gebietsreformen inzwischen jedoch äußerst umstritten. Die Tabelle gibt einen Überblick über aktuelle Evaluationsstudien.[1] Diese können in ihrer Mehrzahl keine Kosten- oder Effizienzgewinne von Gebietsreformen nachweisen. Der in der Vergangenheit oftmals behauptete Zusammenhang von Einwohnerzahl und Effizienz wird daher inzwischen stark bezweifelt.

Neuere Studien zeigen darüber hinaus, dass dem umstrittenen Nutzen von Gebietsreformen politische Kosten gegenüberstehen können. Gebietsreformen vergrößern nicht nur Verwaltungsräume, sondern auch lokale Demokratieräume. Mit zunehmender Größe steigen auch Anonymität und Fahrwege – die Partizipationsbereitschaft vor Ort sinkt. Eine erzwungene Vergrößerung von Gebietskörperschaften setzt außerdem das Gefühl von Fremdbestimmtheit und Frustration frei, das von populistischen Strömungen aufgegriffen wird.

Foto: ifo Institut

Felix Rösel

ifo Institut, Niederlassung Dresden

Tel. (0351) 2 64 76 - 28
roesel@ifo.de
www.cesifo-group.de/de/ifoHome.html

Gefühlte Distanz zur Kommunalpolitik nimmt zu

Beobachtet wurden eine Reihe weiterer „Nebenwirkungen“. Nach Fusionen von ländlichen mit städtisch geprägten Gemeinden wird z. B. häufig die weniger passgenaue Bereitstellung von öffentlichen Leistungen beklagt. In einer kleinteiligen Gebietsstruktur können die unterschiedlichen Bedürfnisse von Stadt und Umland, beispielsweise hinsichtlich von Hebesätzen und Gebühren, besser berücksichtigt werden als in größeren Einheiten. Die nach Fusionen weder von Stadt noch von Land gewünschten Kompromisslösungen erzeugen oftmals Unzufriedenheit, die Populisten in die Hände spielt.

Nach Gebietsreformen nimmt auch das Gewicht der eigenen Stimme bei Gemeindewahlen ab. Gleichzeitig steigt die Anonymität der Kandidaten auf den Kommunalwahllisten. Durch beide Effekte wächst die gefühlte Distanz zur Kommunalpolitik und der Anreiz zur Stimmabgabe bei Kommunalwahlen geht zurück.

„Kummerkasten“ und Ehrenämter gehen verloren

Durch Gemeindefusionen gehen wichtige Ansprechpartner vor Ort verloren. Bürgermeister und Gemeinderäte in kleinen Gemeinden erfüllen eine wichtige „Kummerkasten-“ und Vermittlerfunktion. Die Schließung des Rathauses sowie der Abzug des Gemeindepersonals reduzieren nicht nur die lokale Kaufkraft, sondern verstärken das Gefühl eines Rückzugs des Staates aus der Fläche. Die hinterlassene buchstäbliche Leere ist ein wichtiger Faktor für die Wahlerfolge von Rechtspopulisten.

Schließlich gehen größere Einheiten mit einer Reduktion ehrenamtlicher Kommunalpolitiker einher. Henkel (2016) schätzt, dass die Zahl der ehrenamtlichen Mandatsträger in Westdeutschland durch die flächendeckenden Gebietsreformen in den 1970er-Jahren um rund 300 000 sank. In größeren Gebietskörperschaften steigt außerdem der Arbeitsaufwand für Kommunalpolitiker drastisch an – es kommt insgesamt zu einer Verschiebung des Anteils der Ehrenamtlichen zugunsten von Berufspolitikern und Funktionären. Beide Effekte schwächen die Verankerung der Demokratie in der Bevölkerung.

Empirische Studien belegen Populismus-Anstieg

Drei aktuelle Studien aus dem deutschsprachigen Raum untersuchen statistisch den Zusammenhang von politischer Teilhabe und Gebietsreformen. Die Studien finden deutliche empirische Hinweise auf die oben beschriebenen „Nebenwirkungen“ von Gebietsreformen.

[1] Die zugrunde liegende Studie von Blesse und Rösel (2017) ist online abrufbar unter: www.cesifo-group.de/DocDL/wp-2017-234-blesse-roesel-gebietsreformen.pdf

Tabelle: Effekte von Gebietsreformen

	Reformeffekt	Beispielhafte Studie
Kosten und Effizienz		
Höhe der kommunalen Gesamtausgaben	nicht signifikant	Baskaran und Blesse (2016), Blom-Hansen et al. (2016)
Verwaltungsqualität/-effizienz	nicht signifikant	Allers und Geertsma (2016), Studerus (2016)
Verschuldung	nicht signifikant	Hansen et al. (2014), Studerus (2016)
Zufriedenheit mit der Verwaltung	sinkt	Hansen (2015)
Politische Teilhabe		
Zufriedenheit mit der Demokratie	sinkt	Hansen (2015)
Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen	sinkt	Fritz und Feld (2016), Rösel (2016)
Kandidaturen bei Kommunalwahlen	sinkt	Blesse und Rösel (2017)
Stimmanteile für populistische Parteien	steigt	Rösel (2016)
Wachstum und Ungleichheit		
Ungleichheit zwischen Ortsteilen	steigt	Pickering et al. (2016), Lomeau et al. (2016)
Bevölkerungswachstum, Nettozuwanderung	nicht signifikant	Studerus (2016)
Verlust des Status als Kreisfreie Stadt [a)]	nicht signifikant	Heider et al. (2016)
Verlust des Sitzes der (Kreis-)Verwaltung [a)]	sinkt	Becker et al. (2015), Heider et al. (2016)

a) Effekt auf das Bevölkerungswachstum

Quelle: Blesse und Rösel (2017), die eine vollständige Referenzliste bieten. Siehe auch Fußnote 1.

In seiner Dissertationsschrift untersucht Fritz (2016) umfassend die fiskalischen, soziodemografischen und politischen Folgen der großflächigen Gemeindefusionen in Baden-Württemberg in den 1970er Jahren. Seine Ergebnisse zeigen einen signifikanten Rückgang der Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen sowie der Partizipation freier Wählergemeinschaften in fusionierten Gemeinden gegenüber nicht-fusionierten Gemeinden.

Ein zweites Fallbeispiel ist die Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Reform wurden die mit Abstand flächenmäßig größten Landkreise Deutschlands geschaffen. Rösel und Sonnenburg (2016) zeigen, dass Gemeinden in besonders stark vergrößerten Landkreisen höhere Stimmanteile für die Alternative für Deutschland (AfD) aufweisen. Der Studie zufolge spielen die gestiegenen Fahrzeiten in die Kreisstadt eine eher untergeordnete Rolle; entscheidend sei die Zunahme der „politischen Distanz“ zwischen Kreispolitik und Bürgerschaft.

Beispiel drei: Die österreichische Steiermark. Rösel (2016) analysiert das Wahlverhalten in steirischen Gemeinden, die im Jahr 2015 zu größeren Gemeinden fusioniert wurden, mit der Entwicklung in nicht-fusionierten Gemeinden. Bis zur Gebietsreform zeigen sich über fast 30 Jahre hinweg keine signifikanten Unterschiede im Stimmanteil für die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) in beiden Gruppen von Gemeinden. Nach der Gebietsreform driften die Wahlergebnisse jedoch auseinander: In fusionierten Gemeinden wurden signifikant mehr Stimmen für die FPÖ abgegeben.

Fazit

Bei vergangenen Bemühungen um Gebietsreformen wurden die politischen Nebenwirkungen auf die Demokratie vor Ort systematisch unterschätzt. Neuere wissenschaftliche Studien zeigen übereinstimmend, dass sich der aufkommende Frust und das Gefühl der Heimatlosigkeit nach Gebietsreformen in einem Rückgang der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und einer Verstärkung rechtspopulistischer Tendenzen niederschlagen kann. Mildere Mittel wie interkommunale Kooperationen oder Funktionalreformen sollten daher verstärkt in den politischen Fokus genommen werden. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0217-Literatur-Roesel.pdf

Verstetigung der Jugendbeteiligung

Kooperation zwischen den LEADER-Regionen Wesermünde-Süd und Leipziger Muldenland

Birgit Böhm, Nina Kaiser, Dr. Christiane Sell-Greiser, Lisa Petter, Matthias Wagner

Angesichts des demografischen Wandels hat sich ein Diskurs entwickelt, bei dem es vielfach um ältere Menschen geht. Ländliche Regionen sind für junge Leute jedoch nur attraktiv, wenn diese das Gefühl haben, dass auch ihre Interessen und Bedürfnisse Gehör finden und sie bei Entwicklungen in der Region mitreden können. Dies kann zum einen die Bindung an die Region fördern und Abwanderungstendenzen vorbeugen. Zum anderen könnte es helfen, die die Anfälligkeit für rechtspopulistische Denkweisen zu verringern.

LEADER-Kooperation „Jugendbeteiligung & Regionalentwicklung“

Hoch im Norden der Republik ist die LEADER-Region Wesermünde-Süd im Landkreis Cuxhaven (Niedersachsen) lokalisiert, die aus den Gemeinden Schiffdorf, Beverstedt, Loxstedt und Hagen im Bremischen besteht. In Deutschlands Mitte befindet sich die LEADER-Region Leipziger Muldenland (Sachsen), welche sich aus 14 Städten und Gemeinden östlich und südöstlich von Leipzig zusammensetzt. Sie sind kilometerweit voneinander entfernt und trotzdem durch eine Kooperation eng miteinander verbunden. Jugendliche und ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, ihre Einbeziehung in Prozesse der ländlichen Entwicklung, sind konkrete Schwerpunkte der Kooperation.

Bereits in der Förderphase 2007 – 2013 gab es erste regelmäßige Erfahrungsaustausche zwischen den beiden LEADER-Gruppen. Dies wurde insbesondere durch gemeinsame Besuche sowie durch Arbeitstreffen mit regionalen Akteuren und potenziellen Projektpartnern umgesetzt. Eine Absichtserklärung aus dem Jahr 2014 dokumentierte schließlich das gemeinsame Interesse an einer überregionalen Kooperation auch in der Förderphase 2014 – 2020. Im August 2016 wurde deshalb eine Kooperationsvereinbarung zum Thema „Jugendbeteiligung & Regionalentwicklung“ unterzeichnet. Aufbauend auf diesen Grundlagen soll zukünftig die Zusammenarbeit vertieft werden.

Lisa Petter und Matthias Wagner
Tel. (03437) 70 70 71
regionalmanagement@leipzigermuldenland.de
www.leipzigermuldenland.de

Birgit Böhm und Dr. Christiane Sell-Greiser
www.leader-wesermuende-sued.de

Nina Kaiser
www.lokale-demokratie.de

Ziele der Kooperation sind der Erfahrungsaustausch zu Organisation und Durchführung eines Jugendforums, der Austausch von konkreten Projektideen der Jugendlichen, aber auch der Austausch zwischen regionalen Akteuren wie Vertretern des Landkreises, der Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit zu Themen der Jugendbeteiligung. Ebenso spielen die gegenseitige Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten von und mit Jugendlichen, die Förderung des Austausches der Jugendlichen beider Regionen sowie konkrete gemeinsame Ansätze und Projektideen zur Verstetigung von Jugendbeteiligung in beiden LEADER-Regionen eine wichtige Rolle.

Eine Region erneuert sich: Jugendbeteiligung in der LEADER-Region Wesermünde-Süd

Die LEADER-Region Wesermünde-Süd verfügt über einen großen Erfahrungspool in der Jugendarbeit. Prozessorientiert werden junge Menschen in die Gestaltung der Regionalentwicklung einbezogen und können von spezifischen jugendbezogenen Projekten profitieren. Die intensive Teilhabe der Jugend ist fest im regionalen Leitbild „Ressourcen erkennen, Potenziale fördern. Wesermünde-Süd: eine Region erneuert sich“, verankert.

Die vier Kommunen der LEADER-Region Wesermünde-Süd haben individuelle Jugendbeteiligungsprozesse. Im jährlichen Jugendforum in der Gemeinde Loxstedt kommen die für die Jugend relevanten Themen im direkten Austausch mit den Kommunalpolitikern zur Sprache. Auf dem im Zweijahresrhythmus stattfindenden „Tag der Jugend“ in der Kommune Schiffdorf werden stets zwei der favorisierten Vorhaben ausgewählt und über die Kommunalpolitik umgesetzt. So sind z. B. neue Räumlichkeiten für Jugendaktivitäten entstanden und eine Bushaltestelle wurde saniert. Die Jugendarbeit in den Jugendhäusern ist zudem kommunal fundiert. Auch freie Träger widmen sich ausgewählten

* Zur besseren Lesbarkeit werden im vorliegenden Artikel personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf Frauen und Männer beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt. Hiermit wollen die Autoren jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

Schwerpunkten. Außerdem sind Jugendliche im Jugendsozialausschuss der Kommune Beverstedt vertreten. Der „Ozeanblaue Zug“ des „Letzten Kleinodes“ am historischen Bahnhof in Geestenseth inszeniert regelmäßig Kindertheaterprojekte. In Hagen im Bremischen wird aktuell ein Jugendforum aufgebaut.

Der LEADER-Region Wesermünde-Süd ist es gelungen, schon in der letzten Förderphase Jugendliche in die LAG zu integrieren und ihnen eine Stimme zu geben. In dieser Förderphase haben die Jugendlichen den Wunsch nach zwei Stimmen eingebracht, dem die LAG gern nachgekommen ist. Der ganze Ablauf der LAG-Sitzungen ist durch die Jugendbeteiligung verändert und angepasst worden. So gibt es nach der Vorstellung von Projekten nun eine Beratungspause, insbesondere für die Jugendlichen, damit diese sich austauschen können, denn es sind max. 12 Jugendliche aus vier Kommunen, die zwei Stimmen haben.

Wichtiges weiteres Ziel ist die Anbindung der Jugendbeteiligung der Kommunen an die LAG-Sitzungen und die Verstetigung dieser Prozesse. So werden aus der Gemeinde Loxstedt beispielsweise die Jugendlichen, die im Jugendforum als Sprecher gewählt werden, in die LAG entsendet.

LEADER-Vorhaben zur Jugendbeteiligung im Leipziger Muldenland

Im Leipziger Muldenland wird die Jugendbeteiligung vor allem projektorientiert profiliert. Das LEADER-geförderte Vorhaben „Schulskills 2016“ verbindet die Suche der jungen Leute nach dem passenden Beruf und die Suche der lokal und regional tätigen Unternehmen nach adäquaten Bewerbern für ihre Ausbildungsangebote. Am „Schulskills-Tag“ konnten sich die jungen Leute, darunter auch Flüchtlinge, im Rahmen des Stationsbetriebes in Abläufen und Schritten der praktischen Arbeit testen. Dieses Projekt fördert somit die Bindung der Jugendlichen an die Region und kann Abwanderungstendenzen vorbeugen.

Das Projekt „Planspiel Jugendkreistag – Jugendbeteiligung als Antwort auf den demografischen Wandel“ möchte außerdem zu einer nachhaltigen, positiven Entwicklung der Region beitragen, indem es sich auf die Auswirkungen des demografischen Wandels für junge Menschen und ihre Familien fokussiert. Es baut auf den Erfahrungen des Pilot-Planspiels im Landkreis Mansfeld-Südharz auf, das

Jugendkreistagssitzung im Leipziger Muldenland im Rathaussaal der Stadt Grimma am 4. April 2017

der Träger Akademie für Lokale Demokratie e.V. 2015/2016 erstmals umgesetzt hat. Insgesamt 50 Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums St. Augustin Grimma und des Freien Gymnasiums Naunhof fanden sich zu zwei Projekttagen und am 4. April 2017 schließlich zur ersten Jugendkreistagssitzung im Leipziger Muldenland zusammen, um gemeinsam über die Top-Jugendthemen abzustimmen. Hier wurde den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, für einen ganzen Tag in die Rolle von Kreistagsabgeordneten zu schlüpfen, Parlamentsdebatten nachzuspielen und Kreispolitik aus nächster Nähe kennenzulernen. Dadurch wuchs bei den Jugendlichen das Verständnis für die Komplexität demografischer Prozesse.

Die Jugendlichen erhalten damit die Möglichkeit, ihre Anliegen, Bedürfnisse und Meinungen untereinander sowie mit kommunalen Entscheidungsträgern zu diskutieren. Gerade in kommunalen Parlamenten finden sich immer weniger junge Menschen, die die Ansichten ihrer Altersgruppe in den politischen Prozess einbringen. Dies führt wiederum dazu, dass die Stimme der Jugendlichen immer leiser wird und es damit auch immer schwieriger wird, auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Schließlich werden durch diesen Kreislauf viele Regionen unattraktiver für junge Menschen, was den demografischen Wandel beschleunigt. Um die Motivation zu Teilhabe und politischem Engagement für junge Menschen zu erhöhen, braucht es neue Kommunikationsformen. Das Planspiel zählt zu diesem Lösungsansatz und soll am Ende den Anreiz liefern, langfristige und nachhaltige Jugendbeteiligungsstrukturen in die Region zu überführen. ■

PFEIL 2014-2020 Gezielt ins Land
EUROPA FÜR NIEDERSACHSEN
LEADER
EPLR Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum im Freistaat Sachsen 2014 - 2020
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums: Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT
Freistaat SACHSEN

Toleranz und Demokratie im Landkreis Birkenfeld

Kathrin Schmitt und Laura Brenner

Im Landkreis Birkenfeld werden Toleranz und interkulturelle Begegnungen groß geschrieben. Seit Jahrzehnten gehören Amerikaner der Amerikanischen Base sowie Chinesen eines Chinesischen Handelszentrums zur Bevölkerung wie jeder andere auch. Um gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz ein Zeichen zu setzen, wurden mehrere Projekte bereits umgesetzt oder sind in Planung. Im Vordergrund steht bei diesen immer das Zusammenbringen von Menschen verschiedener Kulturen. Im Rahmen der „Woche der Toleranz 2016“ entstand so eine Gruppe engagierter junger Menschen. Für die Projektidee „Gruppe der Nationen“ wurde diese Jugendgruppe beim Jugend-Engagement-Wettbewerb 2016 mit einem Preisgeld von 1 000 € ausgezeichnet. Erste Projekte der Gruppe befinden sich bereits in der Umsetzung oder Planung. Besonders spannend sind diejenigen Projekte, die direkt von Jugendlichen geplant und umgesetzt werden. So ist z. B. eine Veranstaltung „Harry Potter, Star Wars & Co. – Helden aller Nationen“ oder ein Picknick der Nationen geplant.

Woche der Toleranz 2016

Schüler/-innen sprachen mit Politikern, bearbeiteten während dieser Woche Probleme wie Mobbing, Sucht und Extremismus und stellten sie am Projekttag Demokratie im Rahmen der Woche der Toleranz vor. Schüler/-innen aus verschiedenen Lehranstalten mit unterschiedlichem gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrund begegneten sich, sprachen miteinander, hatten zusammen Spaß beim Skaten und bei Musik. Den Abschluss bildete ein kulturelles Begegnungsfest mit Ausstellungen, Tänzen, Musik, Snacks aus mehreren Ländern, Workshops und vielem mehr. Toleranz konnte so in verschiedenen Facetten besprochen und erlebt werden.

Workshop „Typisch …“

wurde konzipiert, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener Kulturen zu thematisieren. Hierfür wurden Schwerpunktthemen ausgewählt (Essen, Feste, Freizeit, Typisch…). Gemeinsam werden zu einzelnen Themen Plakate und Infoblätter erstellt, welche langfristig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Zusätzlich haben alle Teilnehmer/-innen die Möglichkeit, ihren Heimatort in einer Karte zu markieren und ggf. ihren Weg nach Deutschland zu zeigen.

Während des Treffens können auch Bilder gemacht, Geschichten aufgeschrieben und Fragen zu den Kulturen beantwortet werden. Mit Hilfe von MyStory-Board-Steckbriefen kann die eigene Geschichte aufgeschrieben werden. Im Mai haben bereits zwei „Probe-Workshops“ im Internationalen Café stattgefunden. Teilnehmer sind hierbei Ehrenamtliche, Geflüchtete und die Jugendgruppe. Der Workshop wird in weiteren Internationalen Cafés, Jugendzentren und Schulen stattfinden. Hierzu wird öffentlich eingeladen.

Deutsch-Amerikanisches Freundschaftsfest im Juli 2017

Die Gruppe der Nationen wird einen Infostand aufbauen, an dem Kinder verschiedener Herkunft zum Basteln und Malen zusammenkommen. Dort wird auch das Informationsmaterial (Plakate und Infoblätter zu verschiedenen Ländern) präsentiert, das im Rahmen des Workshops „Typisch …“ erstellt wurde. Jede/-r Besucher/-in hat zudem die Möglichkeit, Besonderheiten seiner Nation oder anderer Nationen aufzuschreiben oder darzustellen. Was ist für uns typisch deutsch? Was ist für einen Amerikaner oder Syrer typisch deutsch bzw. typisch syrisch/amerikanisch?

Foto: privat

Kathrin Schmitt
Projektmanagerin für Haltestrategien
K.Schmitt@landkreis-birkenfeld.de

Laura Brenner
Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte
L.Brenner@landkreis-birkenfeld.de

Kreisverwaltung Birkenfeld, www.landkreis-birkenfeld.de

Foto: privat

Post-Its © Style-Photography – Fotolia.com

„Gruppe der Nationen“ – Preisträger beim Jugend-Engagement-Wettbewerb Rheinland-Pfalz

Kochkurs im Frauencafé Juli/August 2017

Hier sollen Rezepte aus verschiedenen Ländern gesammelt und gemeinsam ausprobiert werden. Anschließend werden die Rezepte zusammen mit Geschichten über Feste und kulturelle Bräuche einzelner Nationen gesammelt und in einem kleinen Kochbuch zusammengefasst. Das Kochbuch soll Texte in verschiedenen Sprachen enthalten und so für Menschen aller Nationen zugänglich sein.

Diese offenen Treffs (Internationales Café & Frauencafé) bieten Flüchtlingen die Möglichkeit, bei Getränken und Snacks zu spielen, Kontakte zu knüpfen und Beratung in Anspruch zu nehmen.

Regionalanalyse „Wer seid ihr denn?“ Mai 2017

Junge Menschen hatten die Möglichkeit, etwas über das Leben in anderen Ländern und über unbekannte Kulturen zu erfahren. Hierfür waren ca. 20 Jugendliche in Integrations- und Sprachkursen, in Jugendzentren und Internationalen Cafés unterwegs. Ihre Ergebnisse präsentierten sie dann vor Presse, Politik und interessierten Bürgern. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Regionalanalyse war, dass sich die Geflüchteten mehr Kontakt mit Deutschen wünschen, um so die deutsche Sprache und Kultur besser zu erlernen. Eine mit über 100 Kindern durchgeführte Malaktion hat eindrucksvoll gezeigt, dass Heimat nicht unbedingt ein Ort sein muss, sondern die Menschen, mit denen man in einer Gemeinschaft lebt, ein Heimatgefühl vermitteln können.

Wut, Verachtung, Abwertung

Rechtspopulismus in Deutschland

LESETIPP!

Beate Küpper, Ralf Melzer, Dietmar Molthagen, Andreas Zick (Hrsg.). Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2015, 220 S., ISBN 978-3-8012-0478-5, 16,90 €.

Basierend auf der Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2014 beschäftigt sich der Sammelband mit steigenden rechtspopulistischen Tendenzen in Teilen der Bevölkerung. Neben demokratiefeindlichen Einstellungen weisen diese zunehmend eine feindselige und gewaltbereite Stimmung gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf, die durch bereits vorhandene Ängste und Einstellungen begünstigt werden kann. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf die Rolle der AfD in der deutschen Parteienlandschaft und auf ihre gesellschaftlichen Auswirkungen eingegangen. Die Autoren stellen als Ergebnis ihrer Arbeit sowohl mögliche Konsequenzen einer enthemmten Gesellschaft als auch Entwürfe zu Gegenstrategien vor. ■ br

Das „Demokratische Wohnzimmer“

Ingo Schenk

2014 – 2015 qualifizierte ein LEADER-Projekt des Landesjugendpfarramtes der Evangelischen Kirche der Pfalz Jugendliche in fünf Dörfern und Kleinstädten der LEADER-Region Donnersberger Land und Lautrer Land zu „Dorfraum-Pionieren“[1]. Im Zuge der Dorferkundungen führten die Jugendlichen auch Interviews mit Einwohner/-innen, bei denen sich in der Zurückgezogenheit des privaten Wohnzimmers gute und politische Gespräche ergaben. Derartige Gespräche finden jedoch nicht in der Öffentlichkeit statt, was sich u. a. daran zeigte, dass bei der Präsentation der Ergebnisse der Dorfforschung kaum Bürger die Veranstaltung besuchten. Die jugendlichen Forscher/-innen in Obermoschel (Donnersbergkreis) entwickelten daraufhin die Idee, das Wohnzimmer in die Öffentlichkeit zu holen und mit dem Thema „Demokratie heute“ zu besetzen.

In der von Abwanderung, dem Rückzug von Organisationen und Institutionen wie Kirche und öffentlichen Einrichtungen sowie durch Leerstand geprägten Nordpfalz soll mit dem „Demokratischen Wohnzimmer“ öffentlich nicht nur auf die Missstände aufmerksam gemacht, sondern das demokratische Gespräch, die Debatte, wieder in den öffentlichen Raum gebracht werden. Dies ist umso mehr notwendig, da sich durch den Rückzug oben genannter Akteure ein rechts-konservatives bis rechtsextremes Weltbild breit macht. Dieses Weltbild nährt sich durch den „Nordpfalz-Fatalismus“, also die Erfahrung, schon immer abgehängte Region zu sein. Die Relevanz alternativer, auch christlicher Menschen- und Weltbilder, steht in Frage. Daher ist auch das Thema Friedensarbeit in dieser Region zentrales Thema.

Im September 2016 debattierte das „Demokratische Wohnzimmer“ zum ersten Mal in der Innenstadt von Obermoschel bei einer Teilnehmerzahl von ca. 40 Personen. Zzt. findet es in der BBS Rockenhausen statt. Am 16. September 2017, beim Jugendfestival „Freiräume“ der Evangelischen Jugend der Pfalz, soll das „Demokratische Wohnzimmer“ in der Altstadt aufgebaut werden und beim Mitarbeiter/-innenforum der Evangelischen Jugend der Pfalz am 10. – 12. November wird Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Wohnzimmer zu Gast sein.

Foto: I. Schenk

„Demokratisches Wohnzimmer“ in Obermoschel. Zu Gast war Dr. Jamill Sabbagh, Kreisbeigeordneter und Vorsitzender der „Donnersberger Initiative für Menschen in Not e.V.“. Moderiert wurde das Gespräch von den Dorfraum-Pionierinnen Melanie Bauer (l.) und Eileen Vogel (r.) sowie Prof. Dr. Bernhard Haupert, Katholische Hochschule Mainz (nicht im Bild).

In der Zwischenzeit setzt das Projekt auf vier Ebenen an:

1. Die Debatte auf der Straße.
2. Um mehr Mitstreiter/-innen zu gewinnen, sind erste Termine an der BBS Rockenhausen durchgeführt worden. Hier wurde mit Schülerinnen und Schülern aus der Region zum Thema „Demokratie – Wahlen – Zivilcourage gearbeitet.
3. Um Kindern die Möglichkeit zu geben, alternative, christlich-humanistische Perspektiven zu erleben und zu formulieren, soll in diesem Bereich wieder mehr investiert werden.
4. Mit der Landesregierung laufen Gespräche, um den erfolgreichen, in der Landeshauptstadt stattfindenden Demokratietag auch in der Nordpfalz zu veranstalten. Ziel ist hier eine „Nordpfalzerklärung Demokratie und Frieden“. ■

Foto: privat

Ingo Schenk

Referent für Grundsatzfragen und Organisationsentwicklung, Landesjugendpfarramt der Evangelischen Jugend der Pfalz, Kaiserslautern

Tel. (0631) 36 42 - 0 18
schenk@evangelische-jugend-pfalz.de
www.ev-jugend-pfalz.de

[1] S. LR 01/2016, S. 44f.

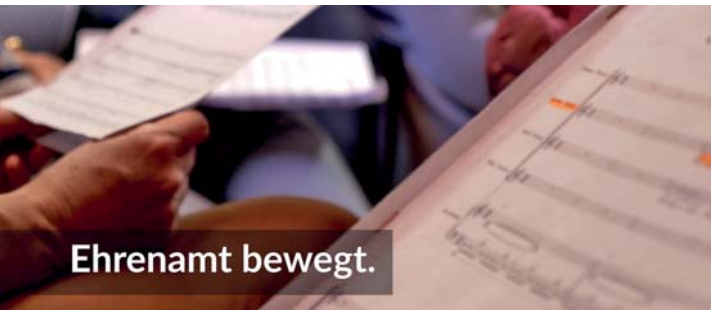
VereinspilotInnen

Susanne Dengel

Der demografische Wandel und die Bürokratisierung stellen für viele Vereine Herausforderungen dar. Deshalb bietet die Bundesakademie für musikalische Jugendbildung Trossingen seit 2016 die Weiterbildung zu „VereinspilotInnen“ an, die sich an Vorstände aus dem ganzen Bundesgebiet richtet. Sie werden bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit unterstützt und beispielsweise zu einer gezielten Nachwuchsarbeit angeregt, die auch bislang weniger beachtete Zielgruppen berücksichtigt.

Ehrenamt leistet Beitrag zur Demokratiestärkung

Im ländlichen Raum sind besonders viele Menschen ehrenamtlich in Musikvereinen und Chören engagiert. Diese Vereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Demokratiestärkung in unserer Gesellschaft. Sie schaffen Orte, an denen die Bevölkerung zusammenkommt, Freude hat und ein für sie wichtiges Ziel gemeinsam verfolgt. Musik wirkt nicht zuletzt deshalb integrativ, weil sie auch dort verbindet, wo eventuell Sprachbarrieren bestehen. Schließlich



erhöht das kulturelle Angebot der Vereine die Lebensqualität auf dem Land und hemmt zugleich Abwanderungsbewegungen. Für viele Vereine ergeben sich aber durch die wachsende Bürokratisierung und den demografischen Wandel Probleme. Oftmals ist es beispielsweise schwierig, Nachwuchs für das Ehrenamt zu finden. Dem soll mit der durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Weiterbildung zu „VereinspilotInnen“ entgegengewirkt werden.

Weiterbildung „VereinspilotInnen“ auf konkreten Bedarf zugeschnitten

Wie gewinnt man ehrenamtlichen Nachwuchs? Was heißt modernes Management im Verein? Was gilt es hinsichtlich GEMA und Veranstaltungsrecht zu beachten? Diese und weitere Fragen sind relevant für die Zukunftsfähigkeit vieler Musikvereine und Chöre und werden in der Weiterbildung thematisiert. Das Angebot stößt auf sehr positive Resonanz. Binnen kurzer Zeit gingen rund 200 Anmeldungen aus dem ganzen Bundesgebiet ein, über 50 Interessierten aus zehn Bundesländern wurde 2016 eine Teilnahme ermöglicht. Aufgrund der hohen Nachfrage setzt die Bundesakademie das Angebot auch zukünftig fort. Projektpartner ist die Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände (BDO).

Das Konzept der Weiterbildung geht auf die Bedarfserhebung bei Verbänden und Vereinen anlässlich der in der Bundesakademie 2016 veranstalteten Netzwerkveranstaltung „Ehrenamtliches Engagement in der Musik“ zurück. Rund 60 Vertreter/-innen von Verbänden und Vereinen diskutierten hier über Probleme von Musikvereinen und Chören und entwickelten die inhaltliche Ausrichtung des Weiterbildungsangebotes mit. Die Erhebung ergab u. a., dass sich die Vereine insbesondere bei den Themen Nachwuchsgewinnung, Vereins- und Veranstaltungsrecht, Projektmanagement, Förderprogramme, Fundraising, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Unterstützung wünschen.

Neben den Präsenzterminen an der Bundesakademie erhalten die Teilnehmer/-innen der Weiterbildung Muster-Vereinssatzungen, Musterverträge und -formulare, die sie langfristig bei der Vereinsarbeit unterstützen. Speziell zu diesem Zweck entwickelte digitale Onlineseminare können immer wieder angeschaut und von vielen Akteur/-innen genutzt werden. Auf dem YouTube-Kanal der Bundesakademie steht außerdem der eigens zu diesem Zweck produzierte Film „Ehrenamt bewegt“ zur freien Verfügung. Die Musikvereine und Chöre sind dazu eingeladen, mit dem Film bei ihren Veranstaltungen auf die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hinzuweisen. ■

Susanne Dengel

Dipl.-Kulturwissenschaftlerin und Kulturmanagerin, Bundesakademie für musikalische Jugendbildung Trossingen

Tel. (07425) 94 93 - 20
dengel@bundesakademie-trossingen.de

Foto: N. Pudimat

Weitere Informationen unter www.bundesakademie-trossingen.de

Für Gleichwertigkeit und Meinungsfreiheit:

Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung hat es sich seit ihrer Gründung 1998 zur Aufgabe gemacht, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und jetzt auch Rechtspopulismus die Stirn zu bieten und jene zu unterstützen, die dies ebenfalls tun. Ein besonderer Schwerpunkt der Stiftungsarbeit liegt auf dem ländlichen Raum. Seit ihrer Gründung hat die Stiftung 1 200 Projekte gefördert. Daneben entwickelt sie eigene Projekte, besonders dann, wenn Lücken in staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln deutlich werden.

Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft

Mit der Plattform netz-gegen-nazis.de (2008 von der ZEIT gestartet, 2009 von der Amadeu Antonio Stiftung übernommen) dehnten sich die Aktivitäten der Stiftung auf das Internet aus. Um dem erweiterten Themenspektrum gerecht zu werden, erhielt die Plattform im April 2017 einen neuen Namen: Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft. Aktuell widmet sich die Stiftung v. a. auch den Themen Hate Speech und Debattenkultur im Netz. Dazu gehört u. a. ein Monitoring relevanter rechtsextremer und -populistischer Akteure im Netz sowie die Darstellung ihrer Themen und Strategien.[1] Auf Belltower.News stellt die Stiftung – neben einer Berichterstattung zu allen Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – Argumente, Diskussionshilfen und Informationsquellen zu den von ihr bearbeiteten Themenbereichen zur Verfügung.

Veröffentlichungen

Weiterhin veröffentlicht die Amadeu Antonio Stiftung Handreichungen, z. B. zum Thema Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien oder zum argumentativen Umgang mit Rechtspopulisten.[2]

debate//de:hate

Das Projekt, bestehend aus zwei Teilprojekten, wendet sich gegen Hetze und offenen Hass gegenüber Flüchtlingen, Helfer/-innen und anderen Personen in sozialen Netzwerken. debate dient der umfassenden Aufklärung und Sensibilisierung von Internetnutzer/-innen über Hate Speech, indem Fragen aufgeworfen und besprochen werden. In de:hate werden gezielt Gegenmaßnahmen in den Sozialen Netzwerken eingeleitet und umfassende Aufklärungskampagnen, Analysen und Einschätzungen zusammengestellt.[3]

Initiative für Zivilcourage Online / Online Civil Courage Initiative (OCCI)

Mit der europäischen „Initiative für Zivilcourage Online“ sollen diejenigen gestärkt werden, die sich gegen Hate Speech und für eine demokratische Kultur online einsetzen. Partner sind neben Facebook und Belltower.News/Amadeu Antonio Stiftung das Institute for Strategic Dialogue (ISD) und das International Centre of the Study of Radicalisation and Political Violence (ICSR).

Die Initiative unterstützt europäische NGOs, die online gegen Extremismus und Hassrede aktiv sind, sowohl finanziell als auch in Bezug auf ihre Marketing-Aktivitäten. Darüber hinaus sollen gemeinsam mit Expert/-innen wirkungsvolle Instrumente und Best-Practice-Beispiele erarbeitet werden, um online auf Extremismus und Hassrede zu antworten. ■ za/fa

[1] Monitoringbericht 2015/16: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/monitoringbericht-2015.pdf. Der Bericht 2016/17 erscheint in wenigen Wochen.

[2] www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hetze-gegen-fluechtlinge.pdf, www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/afd-handreichung.pdf

[3] www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/projekte/debate-dehate/

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit in Jena gegründet

Die außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung hat im August 2016 die Arbeit aufgenommen und wird durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gefördert. Anlässe zur Gründung des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) seien der NSU-Komplex und das Scheitern staatlicher und nichtstaatlicher Stellen, das rassistische Morden zu erkennen, schreibt Dr. Matthias Quent, Leiter des IDZ in der ersten Ausgabe der Schriftenreihe des Instituts. Anspruch des IDZ ist, die Forschung und den Transfer von Befunden, Erfahrungen, Entwicklungen und Erklärungskonzepten zu befördern. In Abgrenzung zu klassisch politikwissenschaflichen Ansätzen der Politikforschung und -beratung steht nicht die Verfasstheit des Staates im Vordergrund, sondern das Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen in der Gesellschaft auf Grundlage der Grund- und Menschenrechte. Das IDZ möchte den Hass auf abgewertete Gruppen erforschen und sichtbar machen und zur Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Versachlichung von Konflikten und Diskursen beitragen. Die ersten Veröffentlichungen sind abrufbar unter www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Schriftenreihe01_Web_klein.pdf ■ ba

Personalie

Die ASG gratuliert Dr. Hans-Hermann Bentrup zum 80. Geburtstag

Am 25. Juni 2017 wurde StS a.D. Dr. Hans-Hermann Bentrup 80 Jahre alt. Er war von 1985 bis 1995 Staatsekretär im Landwirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen und von 1996 bis zu seinem Ruhestand im Jahr 2000 im Brandenburger Landwirtschaftsministerium. 11 Jahre lang engagierte er sich im Vorstand der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., von 1998 bis 2010 als Vorsitzender. Die ASG gratuliert ihrem ehemaligen Vorsitzenden herzlich zu seinem Ehrentag und wünscht ihm weiterhin alles Gute, besonders eine gute Gesundheit.

Termine

Weitere Informationen unter: www.festival-dkkd.de

LandKULTUR – kulturelle Aktivitäten und Teilhabe in ländlichen Räumen

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) fördert im Rahmen von BULE innovative Projekte, die kulturelle Aktivitäten und kulturelle Teilhabe in ländlichen Räumen erhalten und weiterentwickeln. Gesucht werden Projekte aus den Bereichen bildende Kunst, Literatur, darstellende Künste (Theater, Tanz, Film etc.), Musik, angewandte Künste (Design, Architektur etc.), kulturelles Erbe sowie Kombinationen dieser Sparten. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Juli 2017.

Weitere Informationen unter: www.ble.de/landkultur

Lesetipp

Niemand ist bei den Kälbern

Alina Herbing. Arche Literaturverlag, Hamburg 2017, 256 S., ISBN 978-3-7160-2762-2, 20,00 €.

Christin, Anfang 20, lebt bei ihrem Freund Jan und seiner Familie auf einem Milchviehbetrieb in der nordwestmecklenburgischen Provinz. Insgeheim träumt sie von einem Leben fernab des starren Hofalltags und von der Flucht in die Großstadt. Dort hofft sie, all ihre Sehnsüchte erfüllen zu können. Auf sehr direkte, teilweise tragikomische Weise beschreibt Alina Herbing in ihrem Roman die verzweifelten Versuche Christins, aus ihrem Leben auszubrechen. Die ungeschönte Darstellung und eigensinnigen Charaktere lassen dabei gar nicht erst den Anschein eines romantischen Landlebens aufkommen. Stattdessen rufen die Protagonistin und ihre Umgebung schwankende Gefühle von Empathie bis Abneigung hervor. Herbings Debütroman fesselt und macht die beklemmende Atmosphäre in Schattins Sommerhitze förmlich spürbar. So zeichnet die Autorin insgesamt einen eindringlichen Gegenentwurf zur Landlust-Sehnsucht, der lange nachwirkt. ■ br

Konkrete Nachhaltigkeit

Welche Natur wir für zukünftige Generationen erhalten sollten

Aurélie Halsband. Ethik in der Nachhaltigkeitsforschung 3, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016, 326 S., ISBN 978-3-8487-3464-1, 59,00 €.

Das Konzept der Nachhaltigkeit wird als essenziell für die Sicherung der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen angesehen. In diesem Zusammenhang geht die Autorin philosophisch der Frage nach, was Nachhaltigkeit eigentlich bedeutet. Neben einer Erläuterung von „Biodiversität“ und dem „guten Leben“ steht die Anwendung von Martha Nussbaums Fähigkeiten-Ansatz im Fokus. Unter dem Stichwort der intergenerationellen Gerechtigkeit wird die Perspektive zur Erhaltung einer funktionsfähigen Natur für zukünftige Generationen beschrieben. Eine hohe naturräumliche Vielfalt gilt dabei als unerlässlich. Das Ergebnis der Arbeit bildet eine Reihe handlungsleitender Ansätze. Diese sollen dazu beitragen, Halsbands Vorstellung von Nachhaltigkeit umzusetzen. br

Aus der Forschung

Pegida im Spiegel der Medien – Vom „bürgerlichen Protest“ zur „Bedrohung von rechts“

Paul Bey, Mark Haarfeldt, Johannes Richter und Regina Wamper, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, gefördert durch die Otto Brenner Stiftung, Dezember 2016

Scheinbar wie aus dem Nichts versammelten sich im Oktober 2014 die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) in Dresden und entwickelten in der Folge eine hohe Mobilisierungskraft. Die politische Einordnung von Pegida war lange weniger ein Thema der Politikwissenschaft als der Medien und der Gesellschaft als Ganzes. Die Studie des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung beschäftigt sich mit den politischen Inhalten Pegidas und ihrer medialen Rezeption. Sie soll Aufschluss über den Umgang mit einem extrem rechten Zusammenschluss geben, der sich von bisher gängigen Inszenierungen der extremen Rechten unterscheidet. Durch den diskursanalytischen Ansatz wird auch die gesellschaftliche Wirkung von Pegida beleuchtet und mögliche Wechselbeziehungen zwischen politischen Akteur/-innen und Medien können erfasst werden.

Abrufbar unter www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2016/12/DISS-Pegida-im-Spiegel-der-Medien-2016.pdf

Wirtschaftliche Auswirkungen von guter Erreichbarkeit und schnellem Internet

BBSR-Berichte KOMPAKT 01/2017. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Wie wirken sich die Verbesserungen der verkehrlichen Erreichbarkeit und der digitalen Infrastruktur von Standorten oder Regionen volks- und regionalwirtschaftlich aus? Gilt nach wie vor die Erkenntnis, dass Erreichbarkeit eine wichtige Grundlage für Kostenvorteile für Unternehmen und effizientes Wirtschaften darstellt? Welche Effekte etwa für die Produktivität oder die Beschäftigung sind weiterhin von der Verfügbarkeit schnellen, leistungsfähigen Internets zu erwarten? Diese Fragen beschäftigen seit jeher die Regionalwissenschaften und sind darüber hinaus allzeit aktuelle Themen der regional-, verkehrs- und wirtschaftspolitischen Diskussion. In einem Fachgespräch des BBSR haben Experten aus der Wissenschaft aktuelle Ergebnisse aus entsprechenden Studien präsentiert, die in der aktuellen Ausgabe der BBSR-Berichte KOMPAKT zusammengefasst werden.

Abrufbar unter www.bbsr.bund.de → Veröffentlichungen → BBSR-Berichte KOMPAKT

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen einsetzt.

In ihrer Arbeit verknüpft die ASG wissenschaftliche Forschung, Gutachtertätigkeit, Bildung, Politik und Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den bearbeiteten Themenfeldern gehören Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik, Dorf- und Regionalentwicklung, Nachhaltigkeit und Ökologie, Strukturwandel in Landwirtschaft und ländlichen Räumen sowie Mensch, Gesellschaft und Umwelt.

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber
Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung
Dipl.-Ing. agr. Michael Busch
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Karin Zander, M. A.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors / der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Layout
Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

Nachdruck und sonstige Verbreitung
(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Ländlicher Raum
erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals).
Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Zeitschrift ist auch online auf der ASG-Website als pdf verfügbar. Abonnenten/Abonnentinnen können zusätzlich oder alternativ zur Print-Ausgabe auch die Online-Ausgabe erhalten.

Preise
Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- €
plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studenten 36,- €) enthalten.

Konto
Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 57 2605 0001 0001 087 006
BIC: NOLADE21GOE

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.